

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

#1
2022

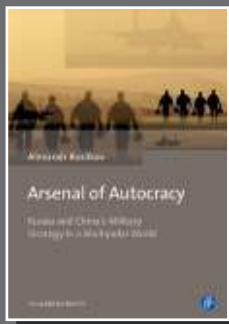
Die Rückkehr des starken Mannes?

Antidemokratische Dynamiken
unter Beobachtung

Das autoritäre Subjekt zwischen Kontinuität und Wandel

von Julia Rasp | Rechts und radikal liberal von Elias Hechinger |

Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und
(Rechts-)Populismus von Niklas Waldner | Von Schreibschulen
und Pegida-Verstehern von Laura Karoline Rogalski | Tagungsbericht
zu „Starke Männer – Figuren disruptiver Politik in
transnationaler Perspektive“ von Simon Lieb



39,90 € (D)
41,10 € (A)

Alexandr Burilkov

Arsenal of Autocracy

Russia and China's Military Strategy in a Multipolar World

2022 • ca. 250 Seiten • Hc.
ISBN 978-3-8474-2327-0
auch als eBook erhältlich



42,00 € (D)
43,20 € (A)

Jerzy J. Wiatr

Political Leadership Between Democracy and Authoritarianism

2022 • 203 Seiten • Hc.
ISBN 978-3-8474-2538-0
eISBN 978-3-8474-1693-7 (Open Access)



34,90 € (D)
35,90 € (A)

Andreas Heinemann-Grüder,
Claudia Crawford, Tim Peters (Hrsg.)

Lehren aus dem Ukraine Konflikt

Krisen vorbeugen, Gewalt verhindern

2022 • 249 Seiten • Kart.
ISBN 978-3-8474-2555-7
eISBN 978-3-8474-1702-6



36,00 € (D)
37,10 € (A)

Jerzy J. Wiatr (ed.)

New Authoritarianism

Challenges to Democracy in the 21st century

2019 • 184 Seiten • Hc.
ISBN 978-3-8474-2221-1
eISBN 978-3-8474-1249-6 (Open Access)

Editorial

Die Rückkehr des starken Mannes? Antidemokratische Dynamiken unter Beobachtung

Das anwachsende Aufkommen populistischer Bewegungen, antidemokratischer Tendenzen und zunehmender Autoritarismus stellen einen Angriff auf liberale Demokratien dar. Es sind vieldiskutierte Aufstiegsgeschichten auf parlamentarischer Seite mit Persönlichkeiten wie Marine Le Pen und dem *Rassemblement National* oder Björn Höcke und der *Alternative für Deutschland*. Hinzu kommen außerparlamentarische antidemokratische Bewegungen wie *Pegida* oder Strömungen unter den sogenannten *Querdenker*innen*, deren Präsenz sowohl im analogen als auch im digitalen Raum seit geraumer Zeit unter kritischer Beobachtung steht. Autoritäre Dynamiken werden aber nicht erst seit der Wahl Donald Trumps, dem Brexit-Referendum oder den Erfolgen national-konservativer Regierungen in Osteuropa beschrieben und analysiert. Bereits in den 1950er Jahren wurde umfangreich zu antidemokratischen Dynamiken geforscht. Den vielzitierten, aber auch nicht ganz unumstrittenen Klassiker der sozialwissenschaftlichen Autoritarismusforschung stellt das Forschungsprojekt *The Authoritarian Personality* der Studiengruppe um Theodor

W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford dar, welches bis heute als Grundlage für viele theoretische und empirische Studien dient. Ein aktuelles Beispiel stellen die *Leipziger Autoritarismus Studien* dar, welche die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland sowie die Ursachen ihrer Entstehung empirisch untersuchen. Neben der kritisch theoretischen oder psychoanalytischen Herangehensweise nähern sich die Sozialwissenschaften auch aus systematischer (u.a. Juan Linz' *Totalitarian and Authoritarian Regimes*) oder analytischer (u.a. Max Weber) Perspektive.

Das Heft „*Die Rückkehr des starken Mannes? Antidemokratische Dynamiken unter Beobachtung*“ liefert eine Bandbreite an unterschiedlichen Perspektiven auf autoritäre Dynamiken und wir hoffen so, eine sich notwendig fortführende Diskussion und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Themen anzuregen.

Zum Einstieg in den Schwerpunkt des Heftes erwartet euch ein Experteninterview mit dem Oldenburger Philosophen

Andreas Stahl, geführt von Hannah Lindner. Dabei sprachen sie die Aktualität der Theorie des autoritären Charakters und den thematischen Sammelband, den Stahl zusammen mit Katrin Henkelmann, Christian Jäckel, Niklas Wunsch und Benedikt Zopes im Jahr 2020 herausgegeben hat, an. Neben der für ihn fruchtbaren Synthese sozialwissenschaftlicher und psychologischer Ansätze plädiert Stahl für einen ganzheitlichen Blick auf unsere gegenwärtige Gesellschaft und erörtert ausgehend davon die Ursachen für autoritäre Persönlichkeitsausprägungen.

2

Im Schwerpunktteil findet ihr darüber hinaus drei spannende Beiträge, die sich über unterschiedliche Zugänge dem Thema Autoritarismus nähern. Den Anfang macht der Beitrag „*Das autoritäre Subjekt zwischen Kontinuität und Wandel*“, in welchem sich die angehende Psychotherapeutin Julia Rasp aus psychoanalytisch-entwicklungspsychologischer sowie kritisch theoretischer Perspektive mit der Frage beschäftigt, inwiefern die gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung hindurch bereits die Konstitution von Subjekten beeinflussen. Dabei grenzt sie sich in ihrem Zugang von ungleichheitstheoretischen Ansätzen ab, die ihrer Ansicht nach nicht ausreichend erklären können, weshalb Menschen sozioökonomischen Krisenerfahrungen autoritär und nicht durch das Eintreten für Solidarität und Gerechtigkeit begegnen.

Sie plädiert hingegen dafür, entsprechend der Tradition der Frankfurter Schule, die Ursachen in der frühkindlichen Entwicklung und Erziehung zu suchen und diese in Zusammenhang mit den vorherrschenden ideologischen Leitbildern, wie den neoliberalen Konkurrenz- und Leistungsnormen, zu bringen.

In dem Beitrag „*Zur inneren Verwandtschaft von Rechtsextremismus und Libertarismus*“ untersucht Elias Hechinger die Verbindungen von Libertarismus mit Rechtsextremismus. Aus politisch-soziologischer Perspektive beschäftigt er sich mit autoritärem und rechtspopulistischem Denken und zeigt auf, inwiefern markt-radikale, respektive, libertäre Ansichten an dieses anknüpfen.

Über den deutschsprachigen Raum autoritärer Dynamiken hinaus geht der dritte Schwerpunktbeitrag von Niklas Waldner, der sich mit den Autokratisierungsprozessen in Polen und Ungarn zwischen 2010 und 2020 auseinandersetzt und diese als Verschiebung auf einem Demokratie-Autokratie-Kontinuum analysiert. Im Artikel „*Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (Rechts-) Populismus: eine Ursachenanalyse der Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn*“ versucht Waldner Autokratietendenzen mit Wahlerfolgen populistischer Parteien zu erklären, deren Wahlerfolge wiederum Rechtspopulismus hervorbringen. Dazu

werden sozioökonomische, soziokulturelle und politisch-institutionelle Erklärungsansätze verfolgt.

Simon Lieb hat am 24. und 25. März 2022 die Online-Tagung „Starke Männer – Figuren disruptiver Politik in transnationaler Perspektive“, ausgerichtet vom Sonderforschungsbereich (SFB) *Helden – Heroisierungen – Heroismen* an der Universität Freiburg im Breisgau, besucht und einen spannenden Tagungsbericht verfasst, der sowohl wesentliche Inhalte des SFB, als auch aktuelle internationale Forschungen vorstellt.

Laura Karoline Rogalski setzt sich im Perspektiventeil mit der *Neuen Rechten* und deren Auftreten in literaturkritischen Formaten auseinander. Im Beitrag „Von Schreibschulen und Pegida-Verstehern - Neurechte Literaturkritik“ thematisiert sie aus einer literatursoziologischen Perspektive die sich intellektualisierende *Neue Rechte* und ihr zunehmendes Interesse an Wissenschaft und Kultur. Ihr Auftreten im Kulturbetrieb wurde bislang in soziologischen Untersuchungen vernachlässigt. Der Beitrag zeigt auf, an welchen Stellen eine soziologische Annäherung neurechter Literaturkritik perspektivisch ansetzen könnte. Anhand des YouTube-Literatur-Formats *Aufgeblättert. Zugeschlagen–Mit Rechten lesen* wird beispielhaft dargestellt, wie eine solche Analyse aussehen könnte.

Weiterführend zum Thema hat Nils Haacke sowohl Klassiker als auch aktuelle Litteraturempfehlungen recherchiert. Einen Überblick der anstehenden online sowie offline stattfindenden Tagungen hat Annabell Lamberth zusammengestellt.

Wir danken allen Involvierten, die dieses Heft durch ihre Beiträge, ehrenamtliche Redaktionsarbeit, Anregungen und kritischen Kommentare möglich gemacht haben und wünschen viel Freude bei der Lektüre. Wir hoffen, die Beiträge können die ein oder andere Auseinandersetzung und Diskussion anregen.

Stellvertretend für die Redaktion des Soziologiemagazins, Mai 2022

*Dominik Dauner, Annabell Lamberth
und Andreas Schulz*

Das Editorial wurde von **Emma Schaber** lektoriert.

MAGAZIN FÜR STUDIERENDE UND SOZIOLOGIEINTERESSIERTE

SOZIOLOGIE
MAGAZIN
Publizieren statt archivieren

SONDERHEFT 7

2022



Upside Down

Krisen und Chancen des Raums in
der (Post-)Corona-Gesellschaft

Die Corona-Pandemie als Krise des Raums von Anna Baatz &

Luca Reinold | Nachbar*innenschaft – „findet pandemie-

bedingt online statt“?! von Nina Böcker & Steffen Jähn | „No tears

for the creatures of the night?“ von Steven Reinhardt

Sonderheft 7 | 2022 | E-Journal: www.soziologiemagazin.de

Außerdem: Expert*inneninterviews | Ausgewählte Fachliteratur

SONDERHEFT 7
JETZT ONLINE VERFÜGBAR

www.soziologiemagazin.de

1 / 2022

Editorial 1
 Die Rückkehr des starken Mannes? Antidemokratische Dynamiken unter Beobachtung
 von Dominik Dauner, Annabell Lamberth und Andreas Schulz

Interview

„Es gibt in unserer Gesellschaft einen Sog zum Autoritären“ 7
 Ein Experteninterview mit Andreas Stahl | geführt von Hannah Lindner

Schwerpunkt

Das autoritäre Subjekt zwischen Kontinuität und Wandel 19
 von Julia Rasp

Rechts und radikal liberal..... 39
 Zur inneren Verwandtschaft von Rechtsextremismus und Libertarismus | von Elias Hechinger

Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (Rechts-)Populismus..... 59
 Eine Ursachenanalyse der Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn | von Niklas Waldner

Perspektive

Von Schreibschulen und Pegida-Verstehern 77
 Neurechte Literaturkritik | von Laura Karoline Rogalski

Tagungsbericht zu „Starke Männer - Figuren disruptiver Politik in transnationaler Perspektive“ 95
 von Simon Lieb

Aus der Redaktion

Literaturhinweise 102

Tagungen und Termine 106

Redaktionsteam und Danksagung 108

Impressum..... 111



Wer würde nicht gerne in einem Magazin erscheinen?

Falls du gerne schreibst und Begeisterung für die Soziologie aufbringst, könnte in der nächsten Ausgabe dein Beitrag hier gelistet sein!

INTERVIEW



„Es gibt in unserer Gesellschaft einen Sog zum Autoritären“

Ein Experteninterview mit Andreas Stahl

geführt von Hannah Lindner

7

SozMag: *Erst einmal vielen Dank, Andreas, dass du dir die Zeit für ein Gespräch mit uns nimmst! Du hast 2020 mit vier anderen Studierenden einen Sammelband zur Erklärung aktueller autoritärer Tendenzen herausgegeben (Henkelmann et al., 2020). Darin interessiert ihr euch vor allem dafür, ob die Theorie des autoritären Charakters der Frankfurter Schule heute noch Relevanz besitzt. Möchtest du als Einstieg kurz erklären, wie du dazu gekommen bist, dich mit der Entstehung von autoritären Einstellungen zu beschäftigen?*

Andreas Stahl: Der Band ging zurück auf eine Veranstaltungsreihe mit Abschlusstagung, die wir 2018 in Trier ver-

anstaltet haben. Wir Herausgeber*innen haben dort alle unterschiedliche Fächer studiert – Jura, Psychologie, aber auch Sozialwissenschaften und Philosophie. Die Tagung entstand aus dem Rosa Salon heraus, einer lose an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz angebundenen Hochschulgruppe, in der wir seit 2016 viele Vorträge und Diskussionen organisiert haben. Als Gruppe hatten wir bereits im Oktober 2017 einen dreitägigen politisch-wissenschaftlichen Kongress zu den Schriften von Karl Marx ausgerichtet, dessen Hauptwerk „Das Kapital“ sich zu dieser Zeit zum 150. Mal jährte und zu dessen 200. Geburtstag im Jahre 2018 die Stadt Trier große Feierlichkeiten plante. Da

uns die ökonomiekritische Kapitalismusanalyse von Marx grundsätzlich überzeugt, uns aber gerade Fragen der Ideologie und Psychologie in dem Zusammenhang zu kurz kommen bzw. bei dem genannten Kongress nur angerissen werden konnten, stießen wir, unter anderem inspiriert durch die Beiträge von Ingo Elbe¹ und Lars Rensmann² auf dem genannten Kongress, auf die Theorie des autoritären Charakters. Das war eine Zeit, in der das Thema Rechtspopulismus ziemlich breit diskutiert wurde und sowohl akademisch als auch medial und politisch omnipräsent war. Wir hatten den Eindruck, dass es dabei häufig um die Frage ging, wie autoritäre Parteien entstehen, was da in der Politikwissenschaft sogenannte Gelegenheitsstrukturen sind, aber es beschränkte sich dann meistens auf diese elektorale Ebene. Der Elefant im Raum war aber ja die Frage, warum so viele Leute diese Parteien wählen oder sich autoritären Bewegungen zugeneigt fühlen. Zumindest in der Politikwissenschaft, die ich studiert habe, spielte die politische Psychologie kaum eine Rolle. Das war aber für uns eine zentrale Frage: Wir leben doch in einer liberalen, relativ aufgeklärten Gesellschaft, warum vertreten so viele Leute antidemokratische, autoritäre Positionen?

Da fanden wir die vorhandenen Erklärungen unbefriedigend. Die treffen schon oft wichtige Punkte, Oliver Nachtweys Theorie der *Abstiegsgesellschaft* (2016) zum Beispiel oder das Buch von Jan-Werner Müller zu *Populismus* (2016). Aber die grundsätzliche Frage danach, wie autoritäre Positionen in der modernen Gesellschaft produziert werden und sich trotz aller Aufklärungs- und Widerlegungsversuche behaupten können, wird in fast allen relevanten Arbeiten zum Thema gar nicht oder nur unzureichend beantwortet.

SozMag: *Was ist denn deiner Meinung nach dann der spezifische Erklärungswert, den die Theorie des autoritären Charakters anbieten kann?*

AS: Die Theorie des autoritären Charakters ist Teil einer umfassenden Gesellschaftstheorie, die die Frankfurter Schule entwickelt hat. Das Fortschrittliche an dieser Theorie war und ist, dass sie versucht, subjekt- und ideologietheoretische mit allgemeinen gesellschaftskritischen Überlegungen zu verbinden. Das Subjekt muss sich in bestimmte Konkurrenzverhältnisse begeben, aber dort werden eigene Interessen und Bedürfnisse nicht in der

¹ (siehe dazu: „Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx“, hier nachhörbar: <https://www.youtube.com/watch?v=OaLTcQoXrZo>, nachlesbar in „Theorie als Kritik“: <https://www.ca-ira.net/verlag/buecher/kettner-mentz-theorie-kritik/>; siehe auch: Abschlussdiskussion des „Marx!?“-Kongress, hier nachhörbar: https://youtu.be/j_veF-TAmplE).

² (siehe dazu: „Identität und Innuendo. Zur Rekonstruktion der postmarxistischen Antisemitismusanalyse Adornos“, hier nachhörbar: <https://youtu.be/RjKOEZm8WNw>; in Teilen auch zu sehen im Film „Im Vorhof der Geschichte“, siehe auch: <http://gegenfeuer-produktionen.de/subnavi/vorhof.html>).

Andreas Stahl

Andreas Stahl studierte Politikwissenschaften und Philosophie in Trier und absolviert derzeit seinen Philosophie-Master an der Universität Oldenburg. Er ist seit vielen Jahren in der politischen Bildung, insbesondere beim Rosa Salon und den Studierendenvertretungen in Trier und Oldenburg, und mittlerweile auch in der neu gegründeten Gesellschaft für kritische Bildung (www.kritischebildung.de) aktiv. 2020 veröffentlichte er gemeinsam mit Katrin Henkelmann, Christian Jäckel, Niklas Wunsch und Benedikt Zopes den Sammelband „Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters“ im Verbrecher Verlag. Im Herbst 2022 erscheinen von ihm: *Subjekt und Befreiung. Beiträge zur kritischen Theorie* (Hg.: Jaro Ehlers, Katrin Henkelmann, Micha Keiten, Askan Schmidt, Andreas Stahl), Verbrecher Verlag; *Probleme des Antirassismus. Critical Whiteness, Intersektionalitätsforschung und Postkoloniale Studien in der Kritik* (Hg.: Ingo Elbe, Robin Forstehäusler, Katrin Henkelmann, Jan Rickermann, Hagen Schneider, Andreas Stahl), Edition Tiamat; *Gesichter des politischen Islam* (Hg.: Fatma Keser, Jonas Kruthoff, David Schmidt, Andreas Stahl); Ça ira Verlag.



erwarteten Weise befriedigt. Es kann aber trotzdem nicht aus diesen Verhältnissen heraus. Und da kann die Theorie des autoritären Charakters erklären (zur allgemeinen Einführung Elbe, 2020), wie diese Einstellungen spezifische Bewältigungsversuche der Anforderungen der modernen Gesellschaft an das Subjekt sind und wie diese nicht nur in einer bestimmten historischen Epoche innerhalb der modernen Gesellschaft produziert wurden, sondern notwendig aus der Struktur der Gesellschaft entstehen. Ich glaube, dieser sehr umfassende Erklärungsanspruch unterscheidet die Kritische Theorie von

soziologischen Gegenwartsdiagnosen, die immer wieder versuchen, Panoramen auf Gesellschaft zu werfen, dabei aber nur einen bestimmten Aspekt hervorheben – zum Beispiel Oliver Marcharts Theorie der *Prekarisierungsgesellschaft* (2016) oder die *Gesellschaft der Singularitäten* von Andreas Reckwitz (2017). Das ist nicht per se falsch, aber der Blick auf die Grundstrukturen dieser Gesellschaft scheint ihnen – ob aus theoretischen oder politischen Gründen heraus – verstellt. Dazu kommt noch die Interdisziplinarität, die oft versprochen, aber meiner Wahrnehmung nach selten eingelöst wird. Die Kritische Theorie hat

tatsächlich versucht, nach dem Zusammenhang zwischen Ökonomie, Psychologie und Soziologie zu fragen. Ich würde behaupten, das findet in vielen zeitgenössischen Gesellschaftstheorien nicht mehr statt. Es gibt zum Beispiel eine relative starke antipsychoanalytische Haltung innerhalb der Soziologie als auch im Fach der Psychologie selbst. Die Interdisziplinarität wurde sicherlich auch von der Kritischen Theorie nicht ausreichend eingelöst, aber es gab den Versuch, und das fanden wir interessant.

SozMag: *Das heißt, du würdest sagen, dass gerade wegen dieser Psychologievergessenheit der Sozialwissenschaften die psychoanalytische Fundierung der Kritischen Theorie erkenntnisbringend sein kann?*

AS: Es gibt berechtigte Kritik an der Psychoanalyse, aber sie stellt trotzdem Begriffe zur Verfügung, die notwendig sind, um zu verstehen, wie Weltbilder und gesellschaftlich geformte Triebstrukturen funktionieren, wie all diese Prozesse im Subjekt wirken. Sonst gibt es immer diese Schranke vor dem Subjekt, es wird dann nur auf Interaktionsstrukturen oder Ähnliches geschaut. Das ist auch wichtig, aber die Verfestigung von Weltbildern kann damit nicht erklärt werden. Wird den Leuten gesagt, dass es keine Rothschilds oder Bilderberger gibt, die die Welt beherrschen, glauben sie das ja trotzdem, weil sie eine emotionale Bindung an dieses Weltbild haben. Und solche emo-

tionalen Prozesse, also warum Menschen bspw. an offensichtlich irrationalen Ideologien festhalten, sind mit soziologischen Begriffen allein nicht zu fassen, weil sie ja den Gegenstandsbereich der Soziologie per definitionem überschreiten.

SozMag: *Gerade diese psychoanalytischen Aspekte der Theorie des autoritären Charakters werden oft als Gegenargument gegen die heutige Anwendbarkeit verwendet, weil sich bei Familienstrukturen und Erziehungsstilen seit der Entstehung der Theorie in den 1930er Jahren so viel gewandelt hat.*

AS: Damit haben wir uns natürlich auch konfrontiert gesehen. Wir können jetzt nicht behaupten, dass wir uns schon im Vorhinein aller Probleme dieser Theorie bewusst waren. Einerseits ist das eine Theorie, die eine riesige Resonanz erfahren hat, es gibt tausende Anschlussstudien und -texte. Andererseits ist das aber auch der Grund, warum es total unübersichtlich ist und eine sehr uneinheitliche Rezeption besteht. Ich würde zwischen mindestens zwei zentralen Deutungssträngen unterscheiden. Der eine ist der psychoanalytische, den du jetzt erwähnst, es gibt aber auch eine polit- oder sozioökonomische Rezeptionslinie (Henkelmann et al., 2020), die noch grundsätzlicher fragt, welche Anforderungen die moderne, demokratische kapitalistische Gesellschaft an das Individuum stellt und wie dieses im Regelfall damit umgeht. Das heißt, wir müssen diese

psychoanalytischen Erklärungen nicht alle mittragen, um die Theorie verteidigen zu können. Es können auch Teile der psychoanalytischen Begriffe aktualisiert oder beiseite gelegt und trotzdem daran festgehalten werden, dass die Theorie des autoritären Charakters einen Erkenntnisfortschritt bedeutet.

SozMag: *Aber wenn mensch die psychoanalytische, spezifisch auf die Familien- und Arbeitswelt im Fordismus gemünzte Erklärung wegnimmt, was bleibt dann von der Theorie als Erklärungswert noch übrig außer „irgendwie ist der Kapitalismus schuld“?*

AS: Das wäre jetzt eine zu Recht zugespitzte Erklärung, aber die Frage ist ja noch, wie das eigentlich genau funktioniert und warum es bei den einen so und den anderen anders verläuft. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit der Ohnmachtserfahrung der modernen Gesellschaft umzugehen, die Übernahme autoritärer Charakterstrukturen ist eine davon. Du hast recht, in der linken Öffentlichkeit würden sicher viele bei der kapitalismuskritischen Haltung mitgehen, nicht allerdings bei der Radikalität der Diagnose. Ich glaube nicht, dass die meisten linken Sozialwissenschaftler*innen sagen würden, dass wir autoritäre, rassistische oder sexistische Ideologien nur überwinden, wenn wir auch kapitalistische Gesellschaftsstrukturen abschaffen. Ein Anschluss an Marx, an die Fetischismuskritik zum Beispiel, würde da

nicht stattfinden, schon allein deswegen nicht, weil „Das Kapital“ als unwissenschaftlich abgelehnt wird. Sie wollen dann ein paar Verteilungsschrauben drehen und einen etwas höheren Hartz-IV-Satz einführen und glauben, damit würden sich entsprechende Probleme erledigen. Oder Leute versteigen sich zu irgendwelchen anthropologischen oder quasi-anthropologischen Grundannahmen über die ehernen Gesetze menschlicher Gesellschaften. Aber das Interessante an der Theorie des autoritären Charakters ist, dass sie eben nicht sagt, dass autoritäre Züge nur bei armen Leuten vorkommen, sondern potentiell jeden betreffen. Gerade auch Workaholics wie Manager, die dauerhaft in diesen harten Konkurrenzkampf eingebettet bleiben, sind teilweise vielleicht stärker betroffen als Leute, die an der Armutsgrenze leben. Die Theorie des autoritären Charakters ist eine umfassende Theorie, die sich nicht auf sogenannte Globalisierungsverlierer*innen, prekarierte Gruppen oder die absteigende Mittelschicht beschränkt. Was bleibt, ist also eine sehr grundlegende Vorstellung davon, wie Subjekte in dieser Gesellschaft zugerichtet werden.

SozMag: *Vielleicht nochmal zum ersten Teil deiner Antwort, dass sozial privilegierte Lebenslagen auch nicht vor autoritären Positionen schützen. Ist dann womöglich die Achillesferse dieses umfassenden Ansatzes, dass sehr stark das Gemeinsame der Lebenslagen, nämlich die kapitalistische Einbettung,*

betont und die Bedeutung sozialer Ungleichheiten darüber vernachlässigt wird?

AS: Bei der Ableitung aus der sozialen Lage bleiben zum einen die psychischen Zusammenhänge immer eine Blackbox, zum anderen scheinen da immer auch Gegenbeispiele auf. Der Nationalsozialismus zum Beispiel wurde ja auch und gerade von Intellektuellen getragen. Gleichzeitig würde ich auch sagen, dass individuelle Biographien, die natürlich mit der sozialen Stellung in der Gesellschaft zu tun haben, eine wichtige Rolle spielen. Aber es gibt genug Hinweise darauf, dass der autoritäre Charakter kein Phänomen ist, das sich auf prekäre Lagen beschränken lässt. Nein, andere Leute haben auch ein schwieriges Leben und die nehmen entgegengesetzte Positionen ein. Aber warum? Das hat sicherlich sehr unterschiedliche Gründe, die sowohl von der individuellen Biographie als auch vom direkten und erweiterten sozialen Umfeld sowie von vorherrschenden Normvorstellungen abhängen.

SozMag: *Dann könnte mensch aber doch sagen, wir leben alle in einer kapitalistischen Gesellschaft, also müssten wir auch alle autoritär sein. Aber so ist es ja nicht. Auf der anderen Seite meinstest du, dass mensch eine psychoanalytische Herleitung über spezifische Familienstrukturen auch nicht mittragen muss. Was, wenn nicht die auch im Kapitalismus uneinheitliche familiäre Sozialisation erklärt, warum*

manche Menschen autoritäre Züge entwickeln und andere nicht?

AS: Was aus der Psychoanalyse hier mitzunehmen ist, ist die Notwendigkeit eines individuellen Narzissmus in der Gesellschaft. Aber das ist auch die Stärke und Schwäche dieser Theorie. Sie kann auf einer grundsätzlichen Ebene sehr viel erklären, ist aber wegen ihrer weiten Reichweite immer schwammig und bedarf der Spezifizierung. Die Analyse kommt nicht darum herum, bei jeder einzelnen Person zu fragen, wie das kommen konnte. Die Neigung zum Autoritären ist wie ein Sog in der Gesellschaft, gegen den die Einzelnen sich je nach den Mitteln, die sie intellektuell, materiell und sozial besitzen, gut oder weniger gut wehren können. Und natürlich hat das auch etwas mit Erziehung und primärer Sozialisation zu tun. Aber ich würde da grundsätzlich eine antisozialistische Position in der Hinsicht einnehmen, dass das mit individueller Freiheit zu tun hat, dass Leute sich auch gegen etwas entscheiden können, und sie potentiell auch in der Lage sind, so etwas zu reflektieren. Dieser Narzissmus ist eine sehr zentrale Komponente, die außerhalb der Kritischen Theorie kaum thematisiert wird. Narzissmus ist hier nicht als ein psychopathologischer Narzissmus, sondern als allgemeinerer sozialdiagnostischer Begriff zu verstehen. Einerseits gibt es den Zwang zur individuellen Selbsterhöhung: Menschen müssen die Energie aufbringen, jeden Morgen aufzustehen und

zu arbeiten, um die Mittel zur Selbsterhaltung zu erlangen. Andererseits erfahren sie eine permanente Kränkung, es reicht nie. Es gibt immer Leute, die besser sind, es ist immer ein Konkurrenzverhältnis. Dieses Wechselverhältnis von permanenter narzisstischer Besetzung der eigenen Person und der dauernden Kränkung führt zu einem Gefühl allgemeiner Ohnmacht, das Leo Löwenthal Malaise nannte, und mit dem der oder die Einzelne dann unterschiedlich umgehen kann. Diese Malaise können sie nur auf die Verhältnisse oder nur auf sich selbst schieben oder aber weiter differenzieren, Letzteres wäre dann die reflektierte Variante. Welche dieser Varianten die Einzelnen letztlich „wählen“, hängt allerdings stark von der öffentlich-kulturellen Präsenz bestimmter Weltdeutungen, also der diskursiven Logik sowohl innerhalb der Öffentlichkeit allgemein als auch in ihrem direkten Umfeld ab. Das politisch-kulturelle Klima, aber natürlich auch so etwas wie Tabus spielen für den offenen Ausbruch autoritärer Züge eine zentrale Rolle.

SozMag: *Die Theorie besagt, dass die Entwicklung autoritärer Züge triebökonomisch als rationaler Umgang mit der Ohnmachtserfahrung angesehen werden muss, eigentlich aber irrational ist. Müsste mensch dann dementsprechend nicht einfach den Autoritären ihre eigene Irrationalität vorführen? Also, überspitzt gesagt, alle Soziologie studieren lassen?*

AS: Rational im emphatischen Sinne heißt für Kritische Theorie immer die Abschaffung von bestimmten Herrschaftsverhältnissen. Dass das der Rationalitätsbegriff ist, den auch andere Leute meinen, glaube ich eher nicht. Rationaler Umgang würde erst einmal bedeuten, sich die eigene Ohnmacht einzugestehen, ohne in Defätismus oder Zynismus zu verfallen. Der kognitive Umgang hängt zwar mit dem emotionalen zusammen, ist aber eine andere Ebene. Menschen können das alles reflektieren und trotzdem immer in Muster verfallen, die kognitiv irrational, triebökonomisch als Ersatzbefriedigung aber eben rational sind. Ich kann meine Bedürfnisse zwar nicht befriedigen, aber durch die Übernahme bestimmter Weltbilder eine „Schiefeilung“ (Busch et al., 2016) erfahren. Das ist ja auch das Interessante an den *Studien zum autoritären Charakter*, die nicht zuvorderst sagen, dass bestimmte Inhalte für den autoritären Charakter typisch sind. Vor allem geht es um spezifische psychologische Verarbeitungsmuster wie Zynismus, stereotypes Denken, pathische Projektion etc. Das sind alles keine anthropologischen Kategorien, sondern spezifische Muster der modernen Gesellschaft, die tief in der Psyche des modernen Subjekts verankert sind, selbst wenn es sie reflektiert. Das ist die Schwierigkeit, die nicht einfach auflösbar ist. Die liberale Antwort wäre, schlicht zu sagen, „aber das ist doch gar nicht so, schau doch mal hin: Individuelle Freiheit ist in unserer Gesellschaft

verwirklicht, Gerechtigkeit auch.“ Es gibt Leute, die lassen sich davon erst einmal überzeugen, merken aber, irgendwie geht’s mir jetzt auch nicht besser und so richtig stimmen tut das ja auch nicht, verfallen aber nicht in radikal autoritäre Muster. Dann gibt es Leute, bei denen sind diese Weltbilder so verfestigt, dass sie gar nicht mehr eingebunden sind in soziale Beziehungen und Institutionen, die dem entgegenwirken könnten. Das Problem der liberalen Position, die ich natürlich trotzdem politisch erst einmal gegen die autoritäre unterstützen würde, ist, dass sie nicht in der Lage ist, das Leid dahinter zu erkennen oder sogar aufzuheben. Ich glaube, alle Soziologie studieren zu lassen, würde schnell auf ökonomische, politische und soziale Schranken stoßen, abgesehen davon, dass dort auch viel Unsinn gelehrt wird und Soziologie unbedingt der philosophischen Reflexion bedarf. Ganz idealistisch gedacht wäre die Lösung auf der strukturellen Ebene, dass die Leute nicht mehr der Ohnmacht ausgesetzt sind, die den Narzissmus nötig macht. Es gäbe genügend Zeit, genügend Muße, genügend Solidarität, alle könnten ihr Leben so gestalten, wie sie es möchten, und der maßgebliche Druck wäre weg. Das wäre, glaube ich, das ideale Gegenbild dazu: der aufgeklärte, mündige Mensch, der sich nicht ständig damit beschäftigen muss, sich materiell zu reproduzieren und im Konkurrenzkampf zu bestehen.

SozMag: Würdest du dann sagen, dass alle Verschwörungstheoretiker*innen autoritäre Charaktere sind und umgekehrt?

AS: Ja, alle Verschwörungstheoretiker*innen sind autoritäre Charaktere. Umgekehrt gibt es wieder das Problem der Unschärfe dieser Begriffe. In den *Studien zum autoritären Charakter* (Adorno, 1995) war es so, dass achtzig bis neunzig Prozent der Befragten potentiell faschistisch veranlagt waren. Es geht ja um das Potential, nicht um bekennende Nazis oder offene Antisemit*innen, sondern um „normale“ Bürger*innen, den Durchschnitt der Gesellschaft. Alle Verschwörungstheoretiker*innen besitzen autoritäre Charaktereigenschaften und große Teile der Gesellschaft tendieren dazu, autoritäre Erklärungen zu teilen und Politik zu personalisieren. Ob das dann offen ausbricht, hängt natürlich auch davon ab, ob das bedient wird, ob es Widerspruch gibt, und wie sehr die Leute zur Reflexion in der Lage sind.

SozMag: Wenn du sagst, dass Personalisierung von Politik ein Element des autoritären Charakters ist, wie verhält sich dann der Begriff des autoritären Charakters zu dem des Populismus?

AS: Der autoritäre Charakter ist der Nährboden für Populismus, links wie rechts. Leider finden rechte und linke Parteien immer wieder zusammen, insbesonde-

re mit Blick auf internationale Politik, was an dem dort besonders ausgeprägten Putin-Verständnis gerade wieder zu sehen ist. Die Inhalte von Rechts- und Linkspopulismus unterscheiden sich teilweise stark, aber in bestimmten Mustern gleichen sie sich, das war auch die Beobachtung der damaligen Studien, zum Beispiel, was Personalisierung angeht. Auch linke Bewegungen und Parteien wie die „Indignados“, Syriza, Mélenchon oder „Aufstehen“ arbeiten ganz stark mit personalisierender Kapitalismuskritik, mit Volk-vs.-Elite-Rhetorik, die ich als zentrales Muster von Populismus fassen würde. Das ist nicht vollständig aus der Luft gegriffen, natürlich gibt es Eliten, aber die Vorstellung, dass diese Eliten solch überbordenden Einfluss hätten und nur durch die richtigen Eliten ausgetauscht werden müssten, ist falsch und tendiert zum Verschwörungstheoretischen. Dass diese Vorstellung weit verbreitet ist, liegt natürlich auch daran, dass große Teile der Gesellschaft keine Begriffe davon haben, wie Politik, Ökonomie oder die gesellschaftliche Reproduktion funktionieren. Das Argument der Kritischen Theorie mit Marx ist, dass der Kapitalismus bestimmte ideologische Verklärungen hervorbringt, zum Beispiel, dass Lohnarbeit natürlich sei oder gesellschaftliche Organisation ohne Geld nicht möglich sei. Das bringt Verklärungen hervor, die etwa die Zirkulationssphäre, also Banken, Kreditwesen usw., von der Produktion abtrennen. Das entspricht

der Gegenüberstellung im Nationalsozialismus, die das „schaffende Kapital“, also die „ehrlichen deutschen Arbeiter“, vom „raffenden Kapital“, das dann als jüdisch galt, abtrennte, obwohl Produktions- und Zirkulationssphäre beide notwendig zum Kapitalismus dazugehören. Das heißt, in dieser vereinfachten Kapitalismuskritik selbst steckt ein stark autoritärer Zug, der sich im Linkspopulismus zeigt.

SozMag: *Könnte mensch dann verschiedene Spielarten von Autoritarismus in unterschiedliche politische Strömungen übersetzen? Also eine kapitalismuskritische autoritäre Strömung, eine nationsfokussierte und vielleicht noch eine grün-esoterische?*

AS: Ja, das wäre bestimmt möglich. Das sind dann alles bestimmte inhaltliche Füllungen dieser autoritären Grundstruktur der Psyche. Interessant ist ja, dass es auch in der Rechten starke antikapitalistische Strömungen gibt. Der Nationalsozialismus war von der Ideologie her ein völkischer Antikapitalismus, der genau diese Trennung von Produktion und Zirkulation zwischen angeblichen bösen jüdischen Banker*innen und angeblichen guten deutschen Arbeiter*innen macht. Da kommen rechte und linke populistische Positionen leider zusammen. Das Grün-Esoterische gehört zu antimodernen, in der harten Version zu völkischen Bewegungen. Das war ja auch ein relevanter Teil im Nationalsozialismus, die Verbundenheit zum Boden, zur Natur

gegen die moderne Gesellschaft, in der alles nur noch abstrakt und anonym sei. Starke autoritäre Strömungen gibt es aber auch im Konservatismus, in der Sozialdemokratie und auch im liberalen Milieu.

SozMag: *Was ziehst du für dich persönlich aus diesem Sammelband heraus? Bist du da selbst in dieses extreme Ohnmachtsgefühl gefallen?*

AS: Ja, aber das kenne ich schon (lacht). Was mich an der Arbeit persönlich motiviert, ist auch, mit Leuten darüber zu diskutieren, im Gespräch neue Positionen zu entwickeln. Wir machen mit dem Rosa Salon viele Bildungsveranstaltungen, und wenn ich merke, dass die Vorträge Leute interessieren, motiviert mich das. Ich würde jetzt auch nicht in Defätismus verfallen wollen, auch der oder die Einzelne kann auf jeden Fall versuchen, etwas zu verändern. Aber ich möchte auch nicht suggerieren, dass das alles leicht sei und ich eine Lösung hätte, das ist ja eine offene Frage.

SozMag: *Als der Sammelband entstanden ist, habt ihr alle noch studiert. Wie habt ihr es als Studierende geschafft, dass euch die Autor*innen und der Verlag zugesagt haben? Die haben wahrscheinlich ziemlich viele Anfragen.*

AS: Das war ein bisschen Zufall und persönliche Vermittlung. Wir hatten diese Tagung organisiert, in deren Nachgang uns

Tom Uhlig, der Mitherausgeber der Zeitschrift „Psychologie und Gesellschaftskritik“ ist, gefragt hat, ob wir nicht Interesse an einem Sammelband beim Verbrecher Verlag hätten. Dann habe ich da angerufen, sie waren vielleicht auch ein bisschen skeptisch, aber sehr zugewandt. Der Verlag war dann wohl, wie wir auch, überrascht, dass ein relativ großes Interesse am Band bestand. Der Verbrecher Verlag macht auch richtig gute Werbung. Wir geben dort jetzt auch weitere Bände heraus, gerade eine Reihe mit dem Titel „Beiträge zur kritischen Theorie“. Die ist aus einer Online-Vortragsreihe entstanden, die wie mit ein paar Leuten in Oldenburg veranstaltet haben, wo einige von uns Herausgeber*innen jetzt hingezogen sind. Dort gibt es noch eine relativ große Anzahl an Leuten, die sich für kritische Theorie interessiert.

SozMag: *Wie bekommt ihr das denn alles hin? Das klingt ja schon nach Vollzeitbeschäftigung, aber soweit ich weiß, studiert ihr ja alle noch nebenbei.*

AS: Wir arbeiten sogar an noch mehr Projekten. Zum Beispiel an einem Band über Probleme des Antirassismus. Aber ja, das ist schon eine Vollzeitbeschäftigung, bei mir geht das jetzt auch nur, weil ich ein Stipendium habe, das wegen Corona verlängert wurde. Viele in dem Bereich leben meistens sehr prekär und opfern ihre Freizeit, wir haben da auch ein Jahr oder so nicht richtig studiert. Wir sind teilweise

sehr motiviert, vor allem politisch, das ändert schon etwas. Und ich habe dann einfach das gemacht, was mich interessiert. Wer das intensiv verfolgt, kann, glaube ich, vielleicht irgendwann auch in diesem Bereich arbeiten.

Das Interview wurde von **Hannah Lindner** vor- und nachbereitet und von **Andreas Schulz** und **Tobias Bauer** lektoriert.

SozMag: *Vielen Dank für das spannende Gespräch!*

LITERATUR

Adorno, T. W. (1995). *Studien zum autoritären Charakter*. Suhrkamp.

Busch, C., Gehrlein, M. & Uhlig, T. (Hrsg.) (2016). *Schiefeheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus*. Springer VS.

Elbe, I. (2020). Triebökonomie der Zerstörung. Kritische Theorie über die emotionale Matrix der Judenvernichtung. In K. Henkelmann, C. Jäckel, A. Stahl, N. Wünsch & B. Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen: Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 83–106). Verbrecher.

Henkelmann, K., Jäckel, C., Stahl, A., Wünsch, N. & Zopes, B. (2020). Vorrede. In dies. (Hrsg.), *Konformistische Rebellen: Zur Aktualität des autoritären Charakters* (S. 13–20). Verbrecher.

Marchart, O. (2013). *Die Prekarisierungsgesellschaft: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*. transcript.

Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Suhrkamp.

Nachtwey, O. (2016). *Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Suhrkamp.

Reckwitz, A. (2017). *Gesellschaft der Singularitäten*. Suhrkamp.

SCHWERPUNKT



Das autoritäre Subjekt zwischen Kontinuität und Wandel

von Julia Rasp

19

Der Beitrag sucht nach aktuellen Erklärungsversuchen für die Verbreitung autoritärer Einstellungen. Ausgehend von ungleichheitstheoretischen Ansätzen, die alleine nicht plausibel machen, weshalb Menschen sozio-ökonomischen Krisenerfahrungen autoritär und nicht durch das Eintreten für Gerechtigkeit begegnen, erscheint das Erklärungspotential einer stärker psychoanalytisch-entwicklungspsychologischen und kritisch theoretischen Perspektive attraktiv. Es gilt zu fragen, inwiefern die gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung hindurch bereits die Konstitution der Subjekte beeinflussen. In den Fokus geraten strukturelle Zwänge, die prägend für die frühkindliche Entwicklung sind und auch heute die Herausbildung autoritärer Persönlichkeitsmuster begünstigen. An die Stelle des väterlich autoritären Erziehungsstils, mit dem die psychoanalytisch informierte Kritische Theorie die Möglichkeit autoritärer Charaktere in der Mitte des 20. Jahrhunderts begründete, sind ökonomische Konkurrenz- und Leistungsnormen getreten, die unterschiedlichste Lebensbereiche beeinflussen und in Form einer de-personalisierten Autorität auf die Subjekte wirken. Auf dieser theoretischen Basis werden abschließend kurSORISCH Möglichkeiten diskutiert, autoritären Überzeugungen entgegenzuwirken.

abstract

Schlagwörter

Kritische Theorie; Psychoanalyse; Autoritäre Persönlichkeit;
Frühkindliche Entwicklung; Gesellschaftlicher Wandel

Das autoritäre Subjekt zwischen Kontinuität und Wandel

[N]ur wenn die Theorie ... auf dem Immergleichen im scheinbar Neuen besteht, kann sie vielleicht dem Immergleichen das Versprechen des Neuen ab-zwingen. (Adorno, 2003 [1952], S. 37)

Öffentlich diskutiert und wissenschaftlich belegt wird gegenwärtig, dass große Teile der deutschen Bevölkerung zu autoritären Einstellungen neigen. Die bundesweiten *Querdenker-Demos* lieferten jüngst einen populären Gegenstand dieser Auseinandersetzung. Oliver Nachtwey (2020) untersuchte die Proteste unlängst in einem Forschungsprojekt als zeitgenössische Erscheinung zivilgesellschaftlichen Autoritarismus: Die *Corona-Rebellen* würden den politischen Status quo anprangern und ihm mit autoritären Forderungen gegenüberreten. Oliver Decker teilt diese Auffassung und erklärte anlässlich der Großdemonstration in Berlin im August 2020, die Demonstrant*innen verschiedenster politischer Couleur einte nicht etwa die Kritik an der politischen Reaktion auf die Pandemie, sondern vor allem ein Konglomerat aus Verschwörungsmythen, Antisemitismus und einer Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Ordnung (vgl. Decker & Brähler, 2020, S. 16). Man dürfe dabei nicht unterschätzen, wie verbreitet autoritäre Weltbilder in weiten Teilen der Gesellschaft seien (vgl. ebd., S. 16f.).

Die Ergebnisse der *Leipziger Autoritarismus-Studien (LAS)* von 2018 und 2020 untermauern diese Einschätzung. Sie stellen eine Fortführung der *Leipziger Mitte-Studien* dar, im Rahmen derer Decker et al. zwischen 2002 und 2016 repräsentative Erhebungen zu flächendeckend verbreiteten autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland vorgestellt haben. In Anlehnung an die Konzeption der autoritären Persönlichkeit in den historischen Studien der Kritischen Theorie¹ gehen sie von einem *autoritären Syndrom* aus, dessen Prävalenz und Bedingungsfaktoren sie zu erheben suchen. Ganz ähnlich wie schon beim Forscher*innen-Team um Adorno besteht dieses in einem Konglomerat folgender Eigenschaften und Denkweisen: Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Konventionalismus sowie Aberglaube und Verschwörungsmentalität (vgl. Adorno, 1982, S. 322ff.; Decker, Brähler, Schließer, et al., 2020, S. 187f.). Sie werden bei Decker, Brähler, Schließer, et al. (2020) in nahezu gleicher Weise wie in den historischen Studien (vgl. Adorno et al., 1982) definiert. Auch mit Blick auf die aktuellen Ergebnisse der LAS können verblüffende Parallelen zum Forschungsprojekt der *Authoritarian Personality* festgehalten werden. Erstens wird in beiden Studien das zusammenhängende Vorkommen der verschiedenen Komponenten des autoritären Syndroms deutlich: Befragte, die in einem der angeführten Indikatoren die Neigung zu autoritären Überzeugungen zu erkennen gaben,

zeigten diese signifikant auch in anderen Bereichen (vgl. Adorno et al., 1982, S. 101; Decker, Brähler, Schließer, et al., 2020, S. 197). Zweitens weisen sowohl die früheren als auch die gegenwärtigen Ergebnisse auf eine gesamtgesellschaftliche Verbreitung autoritärer Einstellungen hin: Der Blick auf die soziodemografischen Daten beider Projekte legt offen, dass keine Bevölkerungsgruppe frei von autoritären Orientierungen ist. Diese sind vielmehr in verschiedenen politischen Lagern, Altersgruppen, Bildungsschichten, Einkommensverhältnissen und Geschlechtszugehörigkeiten vertreten (vgl. Adorno et al., 1982, S. 99f.; Decker, Brähler, Handke, et al., 2020, S. 50ff.).²

Vor dem Hintergrund dieser Analogien verwundert es nicht, wenn die Leipziger Forschungsgruppe erklärt, sie offenbare mit ihren Studienergebnissen ein „weit zurückreichendes Erbe“ (Decker et al., 2014, S. 16). Mit Blick auf die umfangreichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse seit der Durchführung der Studien Adornos et al. allerdings, ist jene These gewagt. Während die Kritischen Theoretiker*innen ihrerzeit die väterliche Autorität zur zentralen Begründung einer autoritär eingestellten, *Ich*-schwachen Persönlichkeit heranzogen, wird Kindern in ihrem Aufwachsen heute viel mehr Selbstbestimmung gewährt. Aus der Veränderung kindlicher Sozialisationsbedingungen resultiert gegenwärtig daher eine weitgehende Abkehr von Theorien der frühen Persönlichkeitsentwicklung.

Stattdessen richtet sich das wissenschaftliche Interesse verstärkt auf die sozio-ökonomischen Auslösefaktoren autoritärer Überzeugungen. Ob Heitmeyer mit der *Theorie Sozialer Desintegration* (u.a. 2010), Nachtwey und *Die Abstiegs-gesellschaft* (2016) oder Oesterreich's lerntheoretisch ausgerichteter Ansatz (u.a. 1996) – sie alle eint die Betrachtung autoritärer Denk- und Verhaltensmuster vor allem als *Reaktion* auf nicht eingelöste Leistungsversprechen materieller Sicherung und sozialer Integration (vgl. Decker, 2018, S. 42ff.; Decker, Brähler, Schließer, et al., 2020, S. 190).

Der vorliegende Beitrag soll herausstellen, in welcher Hinsicht aktuelle Ansätze wie diese jedoch alleine nicht ausreichen, um autoritäre Einstellungs- und Verhaltensmuster zu begründen. Dementsprechend werden Erklärungsversuche diskutiert, welche die frühkindliche Persönlichkeitsentwicklung wieder in den Blick nehmen. Es gilt der Frage nachzugehen, wie Ursachen autoritärer Überzeugungen mit Blick auf die Persönlichkeitsentwicklung innerhalb der heutigen Gesellschaft begriffen werden können. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden zunächst diskutiert, welche strukturellen Zwänge gegenwärtig den frühkindlichen Entwicklungsverlauf prägen. Darauf aufbauend wird zu zeigen sein, inwiefern daraus eine Persönlichkeitsstruktur resultiert, die die Ausbildung autoritärer Einstellungen und Verhaltensweisen ermöglicht. Die Argumentation vollzieht

sich auf einer theoretischen Metaebene unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Kritischen und psychoanalytischen Theorie, ohne dabei gesellschaftliche Transformationsprozesse auszublenden: Auch wenn die entwicklungspsychologischen Gründe für die Ausbildung autoritärer Charakterstrukturen in Form von personellen Autoritäten in den letzten Jahrzehnten weniger geworden sind, so die These, existieren gegenwärtig dennoch strukturelle Zwänge, die autoritäre Überzeugungen begünstigen.

22 Die theoretische Annäherung wird dabei als fruchtbar angesehen, insofern sie aus der Distanz Strukturen offenlegt, „denen wir sonst ohnmächtig ausgeliefert sind“ (Meyer-Drawe, 1984, S. 257). Sie vermag es gerade weil sie als Thematisierung von Faktizität nicht deckungsgleich mit dieser in eins zu setzen ist, das Sehen bestimmter Zusammenhänge überhaupt erst zu ermöglichen (vgl. ebd., S. 255). Der Anspruch, den Untersuchungsgegenstand empirisch zu beleuchten, stellt auf dieser Basis einen komplexen und zugleich vielversprechenden Anknüpfungspunkt dar.

Die Bedeutung der Kritischen und psychoanalytischen Theorie für die Erklärung autoritärer Einstellungen

Eingangs wird nun zunächst das grundlegende Erklärungspotenzial des kritisch

theoretischen, psychoanalytischen Zugangs herausgestellt. Dies erfolgt auch über die Lokalisierung von offenen Fragen, die Erklärungsansätze wie die oben angeführten (vgl. Heitmeyer, 2010; Nachtwey, 2016; Oesterreich, 1996) produzieren.

Wenn soziologische respektive psychologische Untersuchungen, autoritäre Einstellungen als eine Folge sozio-ökonomischer Unsicherheiten und Konflikte beschreiben, bleibt unbeantwortet, weshalb diesen Problemen autoritär und nicht beispielsweise durch das Eintreten für eine gerechtere Verteilung begegnet wird. Insofern die Frage nach dem *Warum* nicht systematisch einbezogen wird, legen diese Erklärungsmodelle in letzter Konsequenz die Annahme nahe, autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen seien anthropologisch als *natürliche* Reaktion auf bestimmte Auslöser zu verorten. Unklar bleibt ebenso, warum diejenigen, die in den Studien aktuell ein hohes Maß an autoritären Einstellungen aufweisen, nicht nur sozial oder materiell benachteiligten Bevölkerungsschichten angehören. Darüber hinaus erscheint es zweifelhaft, dass die autoritäre Reaktion tatsächlich eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage des Individuums bewirkt. Zu fragen bleibt deshalb, wie jene spezifische Form der Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrungen dennoch plausibel gemacht werden kann.

Autoritäre Einstellungen lassen sich nicht allein im Sinne eines logischen Reiz-Reaktions-Schemas (vgl. Oesterreich, 2000) durch den Blick auf das Sichtbare, das heißt über soziale Zusammenhänge auf Mikro- und Makroebene (vgl. Berghan et al., 2019) begründen. Um die Komplexität subjektiver Bewusstseinsbildung zu begreifen, muss das Denken und Verhalten von Menschen darüber hinaus auch als Ausdruck (unbewusster) Bedürfnisse und Konflikte verstanden werden (vgl. Decker, Brähler, Schließer, et al., 2020, S. 187f.). Diese sind in die psychische Struktur eingelassen und reichen aus der frühkindlichen Sozialisation in die erwachsene Gegenwart hinein. Psychoanalytisch beeinflusste Erklärungsansätze können insofern verteidigt werden, als dass sie nicht nur die sichtbare menschliche Reaktion, sondern darüber hinaus jene Strukturen zu erfassen suchen, die dieser Reaktion vorausgehen. Sie offenbaren den Vermittlungszusammenhang, in dem gesellschaftliche Prozesse die subjektive Gewordenheit der Einzelnen prägen. Die historischen, psychoanalytisch informierten Untersuchungen des *Instituts für Sozialforschung* zum *autoritären Charakter* stellen demzufolge einen fruchtbaren theoretischen Ansatzpunkt in Aussicht. Die Frage, wie und *weshalb* Menschen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen das Bedürfnis nach Unterwerfung sowie irrationale Feindbilder entwickeln, steht im Mittelpunkt ihres Interesses.

Das gesellschaftstheoretische Potenzial der historischen Studien anzuerkennen, heißt jedoch nicht, gegenwärtigen Phänomenen alte Erklärungsmodelle überzustülpen. Vielmehr geht es darum, die Bedingungen frühkindlicher Entwicklung und deren Einfluss auf die Persönlichkeit neu zu bestimmen. Schon Horkheimer stellte seinerzeit heraus, dass im 20. Jahrhundert zwar die bürgerliche Kleinfamilie die Empfänglichkeit autoritärer Einstellungen konstituierte, diese zentral durch die Eltern verkörperte Form jedoch nur eine (historisch spezifische) Möglichkeit darstelle, autoritäre gesellschaftliche Dynamiken zu vermitteln (vgl. Decker et al., 2014, S. 15). Die Theorie selbst erfordert also, insofern sie von der Formung der Persönlichkeit durch herrschende Normen und Strukturen ausgeht³, gesellschaftliche Veränderungen einzubeziehen. Aus dem Umstand, dass die sozialen Verhältnisse, die die Kritische Theorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Erklärung autoritärer Persönlichkeitsstrukturen heranzog, heute nicht mehr in identischer Weise anzutreffen sind, darf nicht gleich die vollständige Verwerfung dieses Ansatzes resultieren. Stattdessen können gerade seine grundlegenden Annahmen beansprucht werden, um die aktuellen Bedingungen zu analysieren. Ist es heute nicht mehr primär die patriarchale Kleinfamilie, die die Persönlichkeitsstruktur der Individuen durch gesellschaftlich vermittelte, triebrepressive Erziehungsweisen prägt,

so kann dennoch die zugrundeliegende Idee der subjektiven Internalisierung äußerer Zwänge fruchtbar gemacht und auf neue Konstellationen bezogen werden. Die produktive Essenz der Kritischen Theorie besteht in dieser Hinsicht nicht nur in der Darstellung, wie konkret sich strukturelle Unterdrückungszusammenhänge subjektiv auswirken, sondern vor allem in der zugrundeliegenden Erkenntnis, dass sie es tun. Es bringt die Diskussion in diesem Punkt also nicht voran, die autoritären Charakterstudien in polarisierender Manier entweder *à la es ist wie damals* ins Heute zu verpflanzen oder aber deren Gehalt gänzlich *ad acta* zu legen.

24

Bedingungen von Kindheit im Wandel und veränderte autoritäre Dynamik

Auf jener Grundlage gilt es folglich zu fragen, inwiefern vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen, in denen patriarchal-autoritäre Sozialisationsverhältnisse immer mehr an Bedeutung verlieren (vgl. Peuckert, 2012), dennoch eine autoritäre gesellschaftliche Dynamik auszumachen ist.

Mit Blick auf verschiedene sozialwissenschaftliche Befunde kann dabei, verbunden mit einer Transformation der Produktionslogik und sozialstaatlichen Programmatik, seit den 1970er Jahren das vermehrte

Eindringen ökonomischer Rationalitätskalküle in den privaten Lebensbereich konstatiert werden (vgl. Hochschild, 1997). Neoliberale Imperative wirken in Gestalt einer de-personalisierten autoritären Dynamik auf die Subjekte ein, indem sie die „weitestgehende Unterordnung [ihrer] Wünsche und Lebensziele“ (Decker, 2018, S. 55) (er-)fordern. Dementsprechend werden die Einzelnen zu Selbstständigkeit aufgerufen, ohne, dass die Mittel zu deren konkreter Verwirklichung gegeben wären. Infolgedessen sind sie darauf angewiesen, sich eigenverantwortlich in den Verhältnissen zu behaupten und darüber an die Gesetze des Marktes anzupassen. Diese Konstellation prägt nicht nur die Lebensführung lohnabhängiger Individuen. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten beeinflussen, vermittelt durch sozialstaatliche Regulierungspraktiken und zwischenmenschliche Umgangsweisen, ebenso den Verlauf moderner Kindheit (vgl. Zeiher, 2005).

Formen des Zusammenlebens haben sich seit der Mitte des letzten Jahrhunderts ausdifferenziert (vgl. Böllert & Peter, 2012). Die frühe Kindheit vollzieht sich nicht mehr nur im traditionell strukturierten familiären Raum. Zu großen Teilen findet sie darüber hinaus in öffentlich organisierten Einrichtungen statt und wird staatlich reguliert (vgl. Mierendorff 2010, S. 146). Für die Heranwachsenden ergibt sich einerseits insofern ein Zugewinn an Freiheit, als sie

nicht mehr der relativen Willkür ihrer Eltern ausgesetzt sind, sondern allgemeingültige Rechte und öffentliche Leistungen erhalten. Andererseits geht der Prozess auch mit einer Zunahme struktureller Kontrolle einher. So dringen ökonomische Prinzipien vermehrt in die Entwicklungsverläufe der Heranwachsenden ein. Helga Zeiher (2005) unterstützt diese These und argumentiert, dass professionell und institutionell regulierte respektive ausgeübte Sorge- und Erziehungsarbeit in vielerlei Hinsicht von Rationalisierungsprinzipien der modernen Arbeitswelt durchzogen sind. Sie begründet dies auch mit dem Verweis auf den Dienstleistungscharakter und die Warenförmigkeit öffentlich erbrachter Tätigkeiten, welche dementsprechend einer formalen zeit-räumlichen Ordnung folgen. Auch die Abläufe in den Familien seien durch die gesteigerte Berufstätigkeit in Kombination mit den nach wie vor bestehenden familialen Verantwortlichkeiten von Rationalitäts- und Effizienzdruck geprägt. Zugespitzt bezeichnet Zeiher Kinder in dieser Hinsicht als „Auslöser von Zeitproblemen ihrer Eltern und somit als betriebswirtschaftliche Störfaktoren“ (ebd., 2005, S. 221).

Darüber hinaus weisen verschiedene Autor*innen (vgl. u.a. Bauer & Hurrelmann, 2020; Tippelt, 1992) auf gestiegene Leistungsansprüche an Kleinkinder hin, die auch über öffentliche Institutionen implementiert, standardisiert und gelenkt

werden. Angetrieben durch Sozialisationsforschung und Entwicklungspsychologie habe sich das Konzept des Lernens umfassend auf das, was Kinder von Geburt an erleben, erweitert. Frühkindliche Bildungsprogramme stehen exemplarisch für diesen Prozess. Der seit 2007 in fast allen hessischen „Lernorten“ (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration & Hessisches Kultusministerium, o.J.) des Elementar- und Primärbereichs implementierte Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder ab 0 (!) Jahren kann beispielhaft für diese Entwicklung betrachtet werden. Durch seinen Einsatz wird das Ziel verfolgt, die „Basiskompetenzen des Kindes“ (ebd., 2015, S. 3) zu stärken, um zukünftig den veränderten „Anforderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt“ (ebd., S. 17) entsprechen zu können. Gefragt seien „Eigeninitiative ... Verantwortungsübernahme ... und Innovationsfreude“ (ebd.), welche es bereits in der frühkindlichen Entwicklungsphase zu fördern gelte.

Vor dem Hintergrund kann ein normativer Wandel verzeichnet werden: Während Prinzipien wie Unterordnung und Gehorsam die Erziehung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten und wesentlich über Verbote und Bestrafungen vermittelt wurden, erscheinen diese Methoden seit den 70er Jahren angesichts sozialer, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen zunehmend unangemessener (vgl. Mierendorff, 2010, S. 160ff.). Die

früheren Erziehungsziele wurden jedoch nicht einfach aufgehoben, sondern vielmehr abgelöst: Programme wie das obige stellen (auch heute) nicht das Kind an sich, mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen in den Mittelpunkt, sondern den Erwerb spezifischer Qualifikationen wie Wettbewerbsfähigkeit, Selbstoptimierung und Eigenverantwortlichkeit. Letztere ist auch auf rechtlicher Ebene als erstes Erziehungsziel im KJHG verankert (vgl. ebd., S. 123). Anna Hein erkennt in dem Zusammenhang die Norm eines leistungsstarken, „kompetente[n] Kind[es], das sich selbst sozialisiert“ (2011, S. 37).

26

Aktuelle Erklärungsversuche autoritärer Einstellungen

Das heranwachsende Individuum ist in seiner Entwicklung jedoch nicht nur auf die Abwesenheit von Unterdrückung, sondern auch auf positive Bedingungsfaktoren angewiesen, wenn es nicht als „perfekt ausgestattete*r Erwachsene*r ohne Lehrzeit“ (Eichler, 2019, S. 144) imaginiert und damit sich selbst überlassen werden soll. Der psychoanalytischen und Kritischen Theorie nach muss das Kind in seinem Aufwachsen bestimmte Entwicklungsschritte und „Aneignungsprozesse“ (Bandt, 2011, S. 78) vollziehen, bevor es in der Gesellschaft handlungsfähig ist. Dabei besteht ein wesentliches Entwicklungsziel in der Ausbildung einer

Ich-starken Persönlichkeitsstruktur, um die Fähigkeit zu erlangen, eigene Bedürfnisse sowie Forderungen von außen möglichst selbstbestimmt zu einem ausgewogenen „Gesamtinteresse zu synthetisieren“ (Bayer, 2014, S. 752). Scheitert die Ausbildung einer stabilen *Ich*-Instanz, verbleibt das Verlangen, Orientierung im Außen zu suchen, sich mit Autoritäten zu identifizieren und das eigene Handeln nach deren Maßgaben zu richten (vgl. Eichler, 2019, S. 131). Wenn wir uns so eine Vorstellung davon gemacht haben, welche innerpsychischen Fähigkeiten autoritären Orientierungen entgegenwirken, kann von hier aus erörtert werden, inwiefern verschiedene Arten von Fürsorge die Ausbildung dieser Fähigkeiten ermöglichen bzw. hemmen (vgl. Nussbaum, 2002, S. 210).

Die Ambivalenz der Autorität

Ein Bedingungsfaktor für die Entwicklung einer *Ich*-starken Persönlichkeit liegt paradoxerweise in der Autorität selbst. Denn zunächst, so differenziert die Kritische Theorie, muss von einer entwicklungspsychologisch notwendigen Identifikation des Kindes mit einer erwachsenen Autoritätsperson ausgegangen werden, damit es sich darüber zu einem eigenständigen Gesellschaftsmitglied herausbilden kann (vgl. Adorno, 2019). Diese funktionale Gestalt der Autorität darf nicht mit der starren Anpassung des Individuums und

der Repression seiner grundlegender Bedürfnisse verwechselt werden. So bildet Horkheimer zufolge „der Glaube an Autorität eine teils produktive, teils hemmende menschliche Triebkraft“ (1987, S. 22). Der Perspektive folgend kommt Autorität unter bestimmten Voraussetzungen eine nützliche Funktion im Entwicklungsverlauf zu. Sie dient dann als Mittel, nicht als Selbstzweck. Indem die Bezugspersonen diese Form der Autorität verkörpern, bereiten sie das Kind auf die Teilnahme an der gesellschaftlichen Ordnung vor (vgl. Nussbaum, 2002, S. 210f.). Es geht in dem Prozess auch darum, dem Kind einen konstruktiven Umgang mit Versagungen und den daraus resultierenden Gefühlen zu vermitteln (vgl. ebd., S. 216). Gerade diese Fähigkeit ermöglicht es ihm, sich konkret im Zusammensein mit anderen und abstrakt im gesellschaftlichen Leben als Ganzes einzufinden. So lassen sich auch die Worte Markards (2003) deuten, wenn er erklärt, wir wollen unseren Lebensumständen nicht ausgeliefert sein, sondern Verfügung über sie gewinnen, „handlungsfähig und in diesem Sinne ‚frei‘ werden“.

Nachdem sich das heranwachsende Individuum also zunächst mit einer oder mehreren erwachsenen Autoritätsperson(en) identifiziert und darüber einen vermittelnden Umgang mit seinen Empfindungen und der Umwelt ausbildet, geht es idealerweise darum, die Identifikation

zu lösen und zu einem selbstständigen Menschen zu werden. Das, was vorher die Autorität verkörperte, wird mehr und mehr in die eigene Person integriert (vgl. Freud, 2020, S. 501). Gelingt dieser Entwicklungsschritt, kann das Kind schließlich selbst eine konkrete Situation unter Berücksichtigung allgemeiner Prinzipien sowie individueller Vorstellungen und Bedürfnisse beurteilen. Erst durch die Abarbeitung an der erwachsenen Autorität wird so die *Ich*-Instanz gestärkt. Jenes zweckdienliche Moment der Autorität ist der Möglichkeit zur Selbstständigkeit damit unmittelbar vorausgesetzt und zugleich ein zu überwindendes.

Es steht im Kontrast zur repressiven Gewalt des traditionellen Familienvaters, welche eine persistierende Identifikation mit Autoritätsfiguren begünstigt(e) (vgl. Adorno, 2019). Denn wird Verzicht unter drohender Repression von außen erzwungen, resultiert daraus der Theorie nach unbedingter Gehorsam aus Angst vor Bestrafung und nicht auf der Basis eigener Einsicht sowie (selbst-)bewusster Vermittlung (vgl. Mitscherlich, 1992, S. 96). Autorität kehrt sich dann vom Mittel zum Zweck, an den das Individuum dauerhaft seine Strebungen anpasst, ohne dass dadurch das Ziel der Selbstständigkeit in Aussicht gestellt wird. Doch wird in Anbetracht dieser hemmenden Wirkung jedwede Autorität negiert, produziert dies gleichzeitig eine Unterschlagung ihrer dargestellten

zweckdienlichen Seite. Die Vorstellung des kompetenten, eigenverantwortlichen Kindes, „das sich selbst sozialisiert“ (Hein, 2011, S. 37), erzeugt vor dem Hintergrund der Kritischen und psychoanalytischen Theorie auch ein kindliches „Ausgesetztsein in der Fremdwelt“ (Mitscherlich, 1992, S. 199). Ohne die temporäre stellvertretende Verantwortungsübernahme durch primäre Bezugspersonen, kommt es in der Folge zu einer „herrschaftlichen Unmittelbarkeit“ (Dubiel, 2001, S. 49) des ökonomischen Zwangs. Die Gesellschaft wirkt dann über den Kopf der Erziehungsberechtigten hinweg direkter auf das Kind ein, als durch sie hindurch, das heißt über persönliche Beziehung vermittelt (vgl. Mitscherlich, 1992, S. 216). Gerade aus der Verneinung von Autorität resultiert demnach nicht nur die Unterschlagung ihrer befähigenden Wirkung, sondern paradoxerweise gleichzeitig die Verdeckung und Purifizierung der (dennoch) herrschenden, autoritären Dynamik. Die Individuen müssen die Anstrengungen um die Erhaltung des Gleichgewichts in der Gesellschaft, welche nach wie vor die Unterordnung unter herrschende Normen erfordert, aufbringen, ohne dass diese begreiflich gemacht werden. Somit wiederum wird deren Verinnerlichung und die darauf aufbauende Möglichkeit der reflexiven Bezugnahme erschwert (vgl. Schüßler, 2020, S. 191).

Die Bedeutung der Anerkennung

Nicht nur hinsichtlich der Vermittlung eigener Bedürfnisse mit Bedingungen und Anforderungen der Umwelt ist das Subjekt in seiner Entwicklung auf Bezugspersonen angewiesen. Neuere psychoanalytische Theorien (vgl. u.a. Altmeyer & Thomä, 2010; Benjamin 1996) richten den Blick weniger auf die klassische Triebtheorie, entsprechend der das Kind sein menschliches Gegenüber vor allem als Bedürfnis befriedigendes bzw. begrenzendes Objekt erfährt. Sie setzen einen Schritt zuvor an und verstehen frühe zwischenmenschliche Interaktionen als Voraussetzung des Subjekts dafür, sich selbst und die eigenen Bedürfnisse überhaupt erst zu erkennen: „[Intersubjektive] Bezogenheit ist die psychische Matrix, aus der sich intrapsychische Triebe und [das] Ich ... herausdifferenzieren.“ (Loewald, 1986, S. 203)

In diese Richtung ist auch der prominente Satz Donald Winnicotts (2006) zu interpretieren: *There's no such thing as an infant*. Ihm zufolge kann das Kind in seiner ersten Lebensphase niemals isoliert, sondern immer nur in der Verbindung mit (einem) anderen Menschen begriffen werden, weil es nicht nur Fürsorge, sondern auch ihre Anerkennung auf grundlegende Weise für seine Existenz bedarf. Folglich muss als weitere die frühe Persönlichkeitsentwicklung bedingende Dimension die

Angewiesenheit auf menschliche Anerkennungsbeziehungen herausgestellt werden. Diese neuere theoretische Konstruktion der Entwicklung des Individuums wurde in den letzten Jahrzehnten auch empirisch durch Ergebnisse der Säuglingsforschung vorangebracht (vgl. Altmeyer & Thomä, 2010, S. 14). Aus ihnen geht hervor, dass das Kind von Geburt an in Interaktion mit seinen Bezugspersonen tritt, Kontakt sucht und nicht nur als „passives Triebbündel“ (Eichler, 2013, S. 469) erscheint. Die Stillerrfahrung zum Beispiel wird dabei nicht ausschließlich unter dem Aspekt des Hunger-Stillens betrachtet. Indem die stillende Person im Kontakt zum Säugling steht, seinen Blick aufnimmt und erwidert, ist dieser Prozess zugleich als emotionale Interaktion zu verstehen.⁴ Wenn das Kind erlebt, dass ein anderer Mensch es sieht, erhält es wie durch einen Spiegel den Beweis dafür, dass es als Wesen existiert (vgl. Schäfer, 2001, S. 71). So entsteht ein „paradoxes Gleichgewicht“ (ebd.) aus gegenseitiger Bezugnahme und Selbstbehauptung. Die Qualität der frühen Interaktion des Kindes mit primären Bezugspersonen konstituiert und prägt also die Weise, in der es sich selbst, die Umwelt sowie das eigene Verhältnis zu dieser wahrnimmt. Über den authentischen, mitfühlenden Kontakt mit einem von sich unterschiedenen anderen erfährt es einen Zugang zu seinen Emotionen, Bedürfnissen und beginnt gleichzeitig die Umwelt als etwas von sich selbst

Unterschiedenes zu begreifen (vgl. Lo, 2020, S. 144). Erst durch ein zugewandtes Gegenüber, das die kindlichen Regungen in ihrer Individualität anerkennt, kann es sich somit selbst(-bewusst) erfahren. Während zuvor jenes zweckdienliche Moment der Autorität beschrieben wurde, das der Möglichkeit zur Selbstständigkeit vorausgesetzt ist, wird an dieser Stelle deutlich, dass die Eigenständigkeit des heranwachsenden Individuums zunächst von primären Bezugspersonen *gesehen* werden muss, damit sie sich, in Verbindung mit anderen, entfalten kann. Altmeyer beschreibt diesen Prozess als „Verwandlung einer ... wertschätzenden Beziehung in eine Modalität des Selbst[- und Welt] erlebens“ (2004, S. 227). Intersubjektive, bedingungslose Anerkennung wird so zur basalen Bedingung für die Ausbildung einer stabilen *Ich*-Instanz, die im Idealfall anschließend durch die Abarbeitung an einer funktionalen Autorität gestärkt wird. Sie kann als frühkindlich angelegtes Potenzial begriffen werden, auf dem die individuelle Entwicklung fußt.

Wenn, wie Decker es ausdrückt, bereits in der Interaktion des Kindes mit seinen frühen Bezugspersonen das „herrschende Tauschprinzip“ (2018, S. 58) und Verrechnungslogiken wirken, wird diese Dimension der Persönlichkeitsentwicklung beeinträchtigt. Indem die Heranwachsenden, wie oben ausgeführt, von Anfang an zweckgebunden, in Hinblick auf ihre

zukünftige Leistungsfähigkeit adressiert werden, stehen dabei nicht ihre Eigenarten und Empfindungen im Fokus der Bezugnahme (vgl. Bauer & Hurrelmann, 2020, S. 130f.). Diese werden vielmehr *durch die Brille* der gegenwärtigen gesellschaftlichen respektive ökonomischen Anforderungen *erblickt* und beantwortet (vgl. Zeiher, 2005, S. 213f.). Es kommt zu einer Verkennung und damit letztlich zur Unterdrückung der kindlichen Eigenständigkeit: Nicht der heranwachsende Mensch in seiner Individualität und Bedürftigkeit wird (an-) erkannt, sondern er wird betrachtet, wie er vor dem Hintergrund herrschender Normen sein soll. Arlie Hochschild veranschaulichte diesen Prozess beispielhaft mit der Beobachtung, Mütter würden Effizienzdruck und häusliche Zeitnot mit der unbewussten Strategie „emotionaler Askese“ (nach Zeiher, 2005, S. 213) zu bewältigen suchen: Im Namen der Autonomie leugnen sie eigene Bedürfnisse sowie die ihrer Kinder, um nicht auf diese reagieren zu müssen (ebd.). Die autoritäre Dynamik setzt sich in Form eines beziehungsgestaltenden Prinzips durch. Sie wirkt über herrschende Imperative, die die Art der Interaktionen strukturieren, auf die Entwicklung der Individuen ein: „Der abstrakte Druck gesellschaftlicher Leistungsimperative ersetzt die Stellung konkreter Drill-Instanzen ... bereits in der präverbalen Phase“ (Schüßler, 2020, S. 190f.). Entbehrt das Kind den frühen Blick von außen, der es in dem, was es

fühlt und äußert statt im Hinblick auf eine bestimmte Zielvorstellung sieht, erschwert dies die Entwicklung eines reflexiven Bewusstseins für sich selbst und die von sich unterschiedene Außenwelt.

Ich-Schwäche und autoritäre Persönlichkeitsstruktur

Während in der Kritischen Theorie der Nachkriegszeit das schwache *Ich* wesentlich mit der autoritären Repression der Autonomie des Kindes erklärt wurde, kann dieses in Anbetracht gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gerade durch den gegenwärtigen *Zwang* zur Autonomie begründet werden, welcher ebenfalls autoritär erscheint. So wenig sich das Kind zu einem eigenständigen Subjekt entwickeln kann, wenn seine Wünsche permanent unterdrückt werden, so wenig kann es autonom sein, sofern die Bedingungen zur Selbstständigkeit nicht gegeben sind und es sich gleichzeitig in der Leistungsgesellschaft behaupten muss. Wird die entwicklungspsychologische Bedeutsamkeit *vermittelnder* und *aner kennender* Beziehungserfahrungen im Namen der Autonomie des Kindes vernachlässigt, ist es damit im *doppelten Sinne frei* von direkter Unterdrückung und gleichzeitig von Voraussetzungen, die sein Aufwachsen positiv bedingen. Der Theorie nach kommt es in der Folge paradoxerweise zu einer übersteigerten Abhängigkeit der Subjekte

von äußeren Instanzen (vgl. Menz, 2019). Ohne die Vermittlung seiner Bedürfnisse mit äußeren Anforderungen sowie die aktive Anerkennung seiner Person, kann das heranwachsende Individuum diese nicht hinreichend integrieren und ein Bewusstsein für sich selbst als eigenständig und zugleich in Beziehung zum Außen schaffen. Anstatt eine starke *Ich*-Instanz zu entwickeln, bleibt es an herrschende Maßstäbe gebunden, um den Mangel an (bzw. die *Freiheit* von) Autonomie überhaupt erst ermöglichenden Entwicklungsfaktoren zu *prothetisieren*. Wenn sich die Heranwachsenden zuvor das Gebot des *gefürchteten Vaters* einverleibten, unterwerfen sie sich vor diesem neuen Hintergrund geltenden Konkurrenz- und Leistungsnormen, welche die unterschiedlichsten Lebensbereiche ergreifen. Auch wenn die personelle Autorität in dem Prozess vermehrt durch abstrakte Maximen, sogenannte „sekundäre Autorität“ (Decker, 2015), ersetzt wurde, bleibt die subjektive Reaktion der *Identifikation mit dem Aggressor*. Diese wiederum produziert Aggression, welche kanalisiert und auf Gesellschaftsmitglieder verlagert wird, mit denen sich das Individuum nicht identifiziert. Jene dienen ferner als Projektionsfläche für alles Unkontrollierbare, Widersprüchliche und Bedrohliche, das die Autorität erzeugt bzw. nicht zu erklären vermag. Wenn das Ideal der Ökonomie zu erodieren droht, kommt diese Dynamik in besonderem Maße zum Ausdruck (vgl. Menz, 2019).

Einerseits steigt die Aggression gegen die Unterdrückung an, wenn ihre kompensatorisch bedürfnisbefriedigende Wirkung fernbleibt und sie dem Individuum mehr abverlangt, als sie ihm gibt. Andererseits gilt es jenes Ideal in der Krise gleichzeitig umso vehementer zu verteidigen, insofern die eigene Identität an dieses gebunden ist. Die sekundäre Autorität kann in dem Prozess auch durch eine primäre ersetzt werden. Das Festhalten an einer personellen Autorität bietet ebenfalls eine unbewusste Strategie, sich dem Zwang zur Selbstständigkeit zu entziehen. Wenn die Orientierung und Anerkennung spendende Wirkung der ökonomischen Imperative häufig ausbleibt, verlangt es dem Individuum immer mehr Strapazen ab, diesen zu folgen. Laut Decker wächst dann „die Sehnsucht nach dem primären Führer, der es gestattet, den Zwang der Selbstkontrolle abzuschütteln, ohne das Versprechen der kapitalistischen Ökonomie aufgeben zu müssen“ (2018, S. 55). (Selbst-)Verantwortung und Disziplinierung werden an Autoritätspersonen abgegeben.

Anstelle der Auflösung oder Persistenz der autoritären Charakterfigur wird auf dieser Basis vielmehr ihre Transformation konstatiert. Diese ist nicht zufällig zu verstehen, sondern im Rahmen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, welche veränderte Anforderungen der kapitalistischen (Re-)Produktionsweise bewirkten. Die Regulation kapitalistischer Akkumulation bezieht

sich dabei sowohl auf sozialstaatliche Maßnahmen, die Organisation des Zusammenlebens als auch auf zwischenmenschliche Interaktionsformen, die Entwicklung, das Bewusstsein und Unbewusste der Einzelnen. Während die kapitalistische Produktionslogik zur Zeit der Entstehung der historischen Studien primär die disziplinarische Unterordnung der Subjekte und ihrer Bedürfnisse unter personelle Autoritäten erforderte, sind in post-fordistischen Verhältnissen verstärkt aktive Eigeninitiative und Selbstaufopferung gefragt. Sowohl die Charakterstruktur, die Adorno et al. beschreiben, als auch jene transformierte zeitgenössische, stellen dabei den Ausdruck einer Gesellschaftsform dar, die ihre Mitglieder und ihre Individualität, in je historisch spezifischer Weise, von Geburt an dem Zwang der ökonomischen Waren- und Marktgesetze aussetzt. Sie bildet das epochal allgemeine Fundament autoritärer Persönlichkeitsstrukturen. Diese können als ein subjektiver Ausdruck des Sozialisationsprozesses im kapitalistischen Gesellschaftsgefüge betrachtet werden. Nur wenn wir also das „Immergleichen im scheinbar Neuen“ (Adorno, 2003, S. 37) berücksichtigen, können wir „vielleicht dem Immergleichen das Versprechen des Neuen abzwängen“ (ebd.). Das *Neue* würde vor diesem Hintergrund in einer Gesellschaftsform bestehen, in welcher die Bedürfnisse und Lebensvollzüge ihrer Mitglieder nicht länger dem Zwang der kapitalistischen Ökonomie unterstellt sind.

Ausblick: Die Möglichkeit zur Veränderung

Über den kritisch theoretischen, psychoanalytischen Zugriff wurde deutlich, dass autoritäre Einstellungen nicht die *natürlich menschliche* Reaktion auf herrschende Gegebenheiten darstellen, sondern die Verhältnisse durch den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung hindurch bereits die Konstitution der Subjekte prägen. In autoritären Denkmustern offenbaren sich aus dieser Perspektive nicht einfach logische Folgen sozio-ökonomischer Krisenmomente, sondern (versagte) Bedürfnisse des autoritären Subjekts, die es im Medium seiner spezifisch gesellschaftlich geprägten Persönlichkeit transportiert. Gerade weil die psychoanalytisch fundierte Kritische Theorie es dabei vermag, autoritäre Überzeugungen in ihrer strukturellen Gewordenheit zu untersuchen, eröffnet sich gleichzeitig die Möglichkeit der Veränderung. Der Gedanke der sozialen Hervorbringung allein enthält insofern freiheitliches Potenzial, als er den Verhältnissen ihre Naturwüchsigkeit abspricht. An diesem Punkt gilt es zu betonen, dass der Blick auf das Subjekt in der Kritischen Theorie zwar ein kennzeichnender ist, sich jedoch immer auch auf „den dynamischen und konflikthaften Charakter der Einbindung“ (Knapp, 2012, S. 50) in die Gesellschaft beruft. Dass die Einzelnen nicht vollständig in den entworfenen Charakterkonzeptionen aufgehen

bzw. bloßes Produkt der Verhältnisse sind, beweist die Tatsache, dass Menschen auch in nicht-autoritären Weisen die Konfrontation mit den herrschenden Strukturen zu bewältigen suchen. Da die aktuellen LAS zwar vornehmlich auf die Verbreitung autoritärer Überzeugungen hinweisen, gleichzeitig jedoch zeigen, „dass im gesamten Bundesgebiet auch viele Menschen mit einer ... demokratischen Einstellung leben“ (Decker et al., 2018, S. 70), erscheint es umso dringlicher, sowohl die autoritäre Dynamik als auch umgekehrt demokratische Schutzfaktoren aufzudecken. Wie schon Adorno mit seinen Überlegungen zur *Erziehung zur Mündigkeit* verdeutlichte, gilt es, trotz bzw. neben der Einsicht in ihre strukturelle Gestalt, die autoritäre „Besinnungslosigkeit“ (Adorno, 2019, S. 90) der Einzelnen auch auf subjektiver Ebene und innerhalb des Bestehenden zu unterminieren. Folglich müsste es konkret darum gehen, Strukturen zu fördern, die für die Einzelnen ganz besonders zu Beginn ihres Lebens unterstützende Orientierung, gegenseitige Anerkennung und damit widerständige Erfahrungen jenseits der herrschenden gesellschaftlichen Logiken ermöglichen. Implizit wäre solchen weiterführenden Überlegungen erstens die Akzeptanz „menschlicher Hilfsbedürftigkeit“ (Brückner, 2004) und zweitens die würdigende Aufwertung von Sorge- und Beziehungszeit (vgl. Zeiher, 2005). Auf Basis der vorliegenden Auseinandersetzung ginge es auch darum, das

„Kontinuum zwischen Befähigung und Zwang“ (Lessenich, 2005, S. 24) auszuloten. Denn so wenig Befähigung nicht mit dem Imperativ zur zwanghaften Eigenverantwortungsübernahme zu verwechseln ist, so wenig sollte in ihrem Namen die kindliche Autonomieentwicklung unterdrückt werden. Die repressive Bevormundung des heranwachsenden Individuums sowie die Nichtberücksichtigung seiner Angewiesenheit bilden demnach zwei falsche Alternativen in Hinblick auf die Ausbildung einer *Ich*-starken Persönlichkeit.

Diese beiden Konstellationen sollen keine isolierten Erklärungszusammenhänge liefern, aus denen sich die Genese autoritärer *Ich*-Bildungen monokausal ableiten ließe. Frühkindliche Entwicklungserfahrungen treffen im Lebensverlauf auf vielfältige Einflüsse, die das Denken, Fühlen und Handeln eines Individuums prägen und verändern können. Für die Analyse autoritärer Einstellungen und Reaktionen ist es deshalb von Bedeutung, ebenfalls die konkreten sozio-ökonomischen Gegebenheiten zu beleuchten, in denen sie auftreten. Die psychoanalytisch entwicklungspsychologische Perspektive kann als nicht zu vernachlässigender Baustein eines Erklärungskomplexes verstanden werden und gerade in Verbindung mit empirischen Forschungsansätzen produktiv zur Erhellung des Untersuchungsgegenstandes beitragen. Die vorliegenden Ausführungen liefern in dem Zusammenhang nicht nur

deshalb einen fruchtbaren Boden, weil sie Forschungsthesen generieren können, sondern auch, weil sie entsprechend des kritisch theoretischen Paradigmas das wechselseitige Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum (zurück) in den Fokus stellen.

¹ Die *Studien zum autoritären Charakter* entstammen dem Forschungsprojekt *The Authoritarian Personality* aus den 1940er Jahren. Das Erkenntnisinteresse war praktisch motiviert und bestand in der Frage nach den subjektiven Gründen für die *erfolgreiche* Durchsetzung des Faschismus. Insofern die Studien nicht im (post-)faschistischen Deutschland, sondern in den USA durchgeführt wurden, nahm Theodor W. Adorno in Zusammenarbeit mit Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford (1982) an, dass die sozialpsychologischen Ursachen des Faschismus eine rekonstruierbare Struktur besäßen, welche nicht nur in Abhängigkeit vom spezifischen national-politischen Rahmen anzutreffen sei. Auf Basis der wichtigen früheren Arbeiten des *Instituts für Sozialforschung* (v.a. Fromm, 1983 [1929/30]; Fromm, 1987 [1936]; Horkheimer, 1987 [1936]), die die Sozialisation in den modernen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen als entscheidenden Faktor bei der Ausbildung autoritärer und potentiell faschistischer Persönlichkeiten herausstellten, ging es darum, diese Annahme empirisch zu prüfen. Bisher wurden nur zentrale Ausschnitte der umfangreichen Studie ins Deutsche übersetzt. Die vorliegende Untersuchung bezieht sich überwiegend auf die deutsche Übersetzung *Studien zum autoritären Charakter*, die 1973 erstmals im Suhrkamp Verlag erschienen ist.

² Detaillierte Informationen zur den Ergebnissen sowie Erhebungsmethoden, Stichprobenziehungen und Randomisierungsverfahren lassen sich vor allem in den ersten beiden Kapiteln der *Studien zum autoritären Charakter* (1982) und bei Decker, Brähler, Handke, et al. (2020) nachlesen.

³ Die relationale Sicht auf Gesellschaft, Sozialisation und Subjekt, die sich im Begriff der Persönlichkeit bzw. des Charakters auch in heutigen psychoanalytisch fundierten Forschungen ihren Ausdruck verschafft, soll nicht missverständlich dazu führen, individuelles Fühlen, Denken

und Verhalten als strukturell determiniert zu interpretieren. Busch (1999) und Gottschalch (1999) beispielsweise üben Kritik an einer eindimensionalen Auffassung des Verhältnisses von Gesellschaft und Individuum durch den Charakter-Begriff. Auch Knapp argumentiert zurecht gegen eine „übersozialisiert[e]“ (2012, S. 42) Vorstellung des Menschen. Aus dieser Kritik, soll jedoch im Gegenzug kein *untersozialisierter* Blick aufs Subjekt resultieren. Würden wir ausschließlich von individuellem Eigensinn ausgehen, verlore des Verhalten von Menschen in Gesellschaft jede Regelmäßigkeit und Logik.

⁴ Benjamin (1996) verwendet in diesem Zusammenhang das Beispiel des Stillens. Der damit veranschaulichte Prozess und seine Bedeutung wären jedoch auch in Form einer anderen Art der Fürsorge erklärbar.

LITERATUR

Adorno, T. W. (1982 [1950]). Typen und Syndrome. In ders. (Hrsg.), *Studien zum autoritären Charakter* (S. 303–359). Suhrkamp.

Adorno, T. W. (2003 [1952]). Die revidierte Psychoanalyse. In *Gesammelte Schriften* (S. 20–41). Suhrkamp.

Adorno, T. W. (2019 [1966]). Erziehung nach Auschwitz. In G. Kadelbach (Hrsg.), *Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969* (S. 88–104). Suhrkamp.

Adorno, T. W. (2019 [1969]). Erziehung zur Mündigkeit. In G. Kadelbach (Hrsg.), *Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969* (S. 133–147). Suhrkamp.

Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Nevitt Sanford, R. (1982 [1950]). Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur. In T. W. Adorno (Hrsg.), *Studien zum autoritären Charakter* (S. 37–174). Suhrkamp.

Altmeyer, M. (2004). *Narzissmus und Objekt. Ein intersubjektives Verständnis der Selbstbezogenheit*. Vandenhoeck & Ruprecht.

Altmeyer, M. & Thomä, H. (2010). Einführung: Psychoanalyse und Intersubjektivität. In dies. (Hrsg.), *Die vernetzte*

- Seele. *Die intersubjektive Wende in der Psychoanalyse* (S. 7–33). Klett-Cotta.
- Bandt, A. (2011). Kinder und Politik. In Promotionskolleg Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung (Hrsg.), *Kindheitsbilder und die Akteure generationaler Arrangements* (S. 69–88). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bauer, U. & Hurrelmann, K. (2020). *Einführung in die Sozialisationstheorie. Das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung*. Beltz.
- Bayer, L. (2014). Instanzenmodell. In M. A. Wirtz (Hrsg.), *Dorsch – Lexikon der Psychologie* (S. 752). Hogrefe.
- Benjamin, J. (1996 [1988]). *Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht*. Suhrkamp.
- Berghan, W., Küpper, B. & Zick, A. (2019). Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In dies. (Hrsg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019* (S. 15–38). Dietz.
- Böllert, K. & Peter, C. (2012). Vorwort. In K. Böllert & C. Peter (Hrsg.), *Mutter + Vater = Eltern? Sozialer Wandel, Elternrollen und Soziale Arbeit* (S. 7–16). Springer VS.
- Brückner, M. (2004). Der gesellschaftliche Umgang mit menschlicher Hilfsbedürftigkeit. Fürsorge und Pflege in westlichen Wohlfahrtsregimen. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 29(2), 7–23.
- Busch, H.-J. (1999). Plädoyer für die Aufhebung der Psychohistorie im Rahmen einer kritischen Sozialisationsgeschichte. Thesen zum Verhältnis von Psychohistorie und kritischer politischer Psychologie. In H.-J. Busch & A. Krovova (Hrsg.), *Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie* (S. 38–58). Psychosozial-Verlag.
- Decker, O. (2015). Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 21–34). Psychosozial.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–64). Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020). Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In dies. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments* (S. 15–26). Psychosozial.
- Decker, O., Brähler, E., Handke, B., Kiess, J., Pickel, G., & Schuler, J. (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments* (S. 27–88). Psychosozial.
- Decker, O., Brähler, E., Handke, B., Kiess, J. & Schuler, J. (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 65–116). Psychosozial.
- Decker, O., Brähler, E., Schließer, C., Schuler, J. & Yendell, A. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Brähler, E. & Kiess, J. (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung Leipzig.
- Dubiel, H. (2001). *Kritische Theorie der Gesellschaft*. Juventa.
- Eichler, L. (2013). *System und Selbst. Arbeit und Subjektivität im Zeitalter ihrer strategischen Anerkennung*. transcript.
- Eichler, L. (2019). Vater Staat und Mutterland. Autoritarismus als gescheiterte adoleszente Triangulierung. In O. Decker & C. Tücke (Hrsg.), *Autoritarismus. Kritische Theorie und Psychoanalytische Praxis* (S. 123–152). Psychosozial.
- Freud, S. (2020 [1933]). Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. In ders. (Hrsg.), *Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse* (S. 443–615). Nikol Verlag.
- Fromm, E. (1983 [1929/30]). Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches - Eine sozialpsychologische Untersuchung. In W. Bonß (Hrsg.), *Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*. Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Fromm, E. (1987 [1936]). Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In M. Horkheimer (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung* (S. 77–135). Dietrich zu Klampen.
- Gottschalch, W. (1999). Charakter und Gesellschaftsform (mit Diskussion). In H.-J. Busch & A. Krovoza (Hrsg.), *Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie* (S. 13–37). Psychosozial.
- Hein, A. (2011). Historischer Zufall oder gesellschaftliche Notwendigkeit? In Promotionskolleg Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung (Hrsg.), *Kindheitsbilder und die Akteure generationaler Arrangements* (S. 21–42). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heitmeyer, W. (2010). Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In ders. (Hrsg.), *Deutsche Zustände* (S. 13–38). Suhrkamp.
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, & Hessisches Kultusministerium (2015). *Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen*.
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, & Hessisches Kultusministerium (o.J.). *Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren. Implementation - Begleitung der Praxiseinrichtungen durch das Land*. <https://kultusministerium.hessen.de/Schulsystem/Schulformen-und-Bildungsgaenge/Grundschule/Grundschule/Bildungs-und-Erziehungsplan>
- Hochschild, A. R. (1997). *The time bind: When work becomes home and home becomes work*. Metropolitan Books.
- Horkheimer, M. (1987 [1936]). Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie. Allgemeiner Teil. In ders. (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung* (S. 3–76). Dietrich zu Klampen.
- Knapp, G.-A. (2012 [1993]). Der „weibliche Sozialcharakter“ – Mythos oder Realität. Soziologische und sozialpsychologische Aspekte des Sozialcharakter-Konstrukts. In dies. (Hrsg.), *Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung* (S. 29–56). Springer VS.
- Lessenich, S. (2005). „Activation without work“. Das neue Dilemma des „konservativen“ Wohlfahrtsstaats. In H. J. Dahme & N. Wohlfahrt (Hrsg.), *Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis* (S. 21–29). Schneider Verlag Hohengehren.
- Lo, M.-C. (2020). *Jenseits des Leidens. Adornos Beitrag zu einer „Denkpsychologie“*. De Gruyter.
- Loewald, H. W. (1986 [1977]). Triebtheorie, Objektbeziehungen und psychische Strukturbiologie. In ders. (Hrsg.), *Psychoanalyse. Aufsätze aus den Jahren 1951–1979* (S. 193–205). Klett-Cotta.
- Markard, M. (2003). *We don't need no education! – Kann man zur Freiheit erzogen werden?* Verein „Gegenentwurf“ – für eine solidarische Gesellschaft e.V. <http://www.gegenentwurf-muenchen.de/mormar.htm>
- Menz, W. (2019). Ent-Legitimierung, Marktautoritarismus und globalisierte Vergleichsordnungen. Beiträge der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In N. Burzan (Hrsg.), *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*. http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/1102/1389
- Meyer-Drawe, K. (1984). Grenzen pädagogischen Verstehens - Zur Unlösbarkeit des Theorie-Praxis-Problems in der Pädagogik. *Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik*, 60, 249–259.
- Mierendorff, J. (2010). *Kindheit und Wohlfahrtsstaat. Entstehung, Wandel und Kontinuität des Musters moderner Kindheit*. Juventa.
- Mitscherlich, A. (1992). *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*. R. Piper & Co.
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Suhrkamp.
- Nachtwey, O. (2020, 10. Juli). *Neuer Protesttyp. Rebellen, die autoritär denken*. Deutschlandfunk Kultur. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/neuer-protesttyp-rebellen-die-autoritaer-denken-100.html>
- Nussbaum, M. C. (2002 [1999]). *Konstruktion der Liebe, des Begehrens und der Fürsorge. Drei philosophische Aufsätze*. Reclam.
- Oesterreich, D. (1996). *Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion*. Leske + Budrich.

Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, C. Kindervater & A. Seipel (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–92). Leske + Budrich.

Ottomeyer, K. (2020). Autoritarismus im Kapitalismus und Neoliberalismus. In K. Henkelmann, C. Jäckel, A. Stahl, N. Wünsch & B. Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des Autoritären Charakters* (S. 349–369). Verbrecher.

Peuckert, R. (2012). *Familienformen im sozialen Wandel*. Springer VS.

Schäfer, G. E. (2001). *Prozesse frühkindlicher Bildung. Typoskript zur Vorlesung Bildungsprozesse im frühen Kindesalter*. Universität Köln. https://www.hf.uni-koeln.de/data/eso/File/Schaefer/Prozesse_Fruehkindlicher_Bildung.pdf

Schüßler, M. (2020). Die Verdinglichung des Leibes in der präverbalen Phase kindlicher Entwicklung. Primärsozialisatorische Wurzeln des autoritären Charakters. In K. Henkelmann, C. Jäckel, A. Stahl, N. Wünsch & B. Zopes (Hrsg.), *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des Autoritären Charakters* (S. 177–196). Verbrecher.

Tippelt, R. (1992). Die Familie als Schutz gegen gesellschaftliche Gefährdungsquellen. *Kind Jugend Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz*, 37(2), 43–49.

Winnicott, D. W. (2006 [1960]). *Reifungsprozesse und fördernde Umwelt*. Psychosozial.

Zeiber, H. (2005). Der Machtgewinn der Arbeitswelt über die Zeit der Kinder. In H. Hengst & H. Zeiber (Hrsg.), *Kindheit soziologisch* (S. 201–226). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

ZUR AUTORIN

Julia Rasp ist Erziehungswissenschaftlerin und Sozialpädagogin. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bildungssoziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und befindet sich aktuell in der tiefenpsychologischen Ausbildung zur Kinder- und Jugendpsychotherapeutin. Im Rahmen ihrer Masterarbeit beschäftigte sie sich mit den historischen Studien zum autoritären Charakter und untersuchte Erscheinungsformen zeitgenössischen Autoritarismus aus psychoanalytischer Perspektive.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Annabell Lamberth**, **Hannah Lindner** und **Jan Schuhr**.

Eine Verschiebung der Ungleichheiten:

Studentische Lebensstile und
das Risiko der Coronapandemie

von Guy Schwegler, Hanna Hubacher,
Hannah Göldi, Michelle Kobler, Maurice
Köpfl, Samea Matter, Simon Räber,
Irina Wais, Fabienne Zurbriggen

FRAGMENTE #2
ONLINE VERFÜGBAR

Rechts und radikal liberal

Zur inneren Verwandtschaft von Rechtsextremismus und Libertarismus

von Elias Hechinger

39

Während sich die frühe politische Rechte durch einen völkisch-nationalistischen Antikapitalismus auszeichnet, lassen sich innerhalb der Neuen Rechten diesbezüglich neue Entwicklungstendenzen beobachten. So treten im deutschsprachigen Raum libertäre Akteur*innen, spätestens seit dem Erstarken der *Alternative für Deutschland* (AfD), vermehrt im politischen wie auch gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf. Der vorliegende Beitrag untersucht die Frage, welche Anknüpfungspunkte von marktradikalen respektive libertären Ansichten an rechtsextreme Einstellungen bestehen. Nach einer Erläuterung der Termini Neue Rechte und Libertarismus wird gezeigt, dass zwischen einer radikal wirtschaftsliberalen und rechtsextremen Weltauffassung partielle Gemeinsamkeiten bestehen. So bilden ein spezifischer Antiegalitarismus, eine Naturalisierung gesellschaftlicher Sachverhalte sowie eine gemeinsame Feindbildkonstruktion die verbindenden Elemente beider auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen fußenden Ideologien. Dies führt zu neuen Allianzen und Bündnissen innerhalb des neurechten Spektrums und folglich zu einer Erweiterung desselben.

abstract

Schlagwörter

Libertarismus; Marktradikalismus; Rechtsextremismus; Sozialdarwinismus; Neue Rechte

Einleitung

Im deutschsprachigen Raum ist das Magazin *eigentlich frei* das wohl bekannteste Forum für libertäre bzw. radikal (wirtschafts-)liberale¹ Debatten. Im Editorial einer aktuellen Ausgabe beschreibt André F. Lichtschlag, Herausgeber und Chefredakteur des Magazins, die aktuelle politische Lage und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen aus libertärer Sicht. Dort heißt es unter anderem Corona sei eine künstlich aufgebauchte Pandemie, der Klimawandel existiere nicht, es gebe zwar „ein paar unverbesserliche Nazis und Irre“ und „hin und wieder werden auch Frauen, Schwule oder Fremde beschimpft“, dies alles stehe aber in keinem Verhältnis, „was uns die Propaganda an Klimawahn, Gender-Gaga oder der täglichen Dosis Rassismus zumutet“ (Lichtschlag, 2021, S. 3). All dergleichen seien nur Vorwände, „um immer nur noch hemmungsloser umzuerziehen, umzuerzelen und abzukassieren“ (ebd., S. 3). Die Gesellschaft befinde sich allgemein auf dem Weg, bzw. schon direkt in der Diktatur, gedeckt durch die „Propagandapresse“, die die „größte und einzige Oppositionspartei in Deutschland“ (ebd., S. 3), gemeint ist die AfD, mundtot macht. Das Editorial endet mit den Worten „Kein Fußbreit den neosozialistischen Ausbeutern aller Couleur! Mehr Freiheit!“ (ebd., S. 3).

Das verwendete Vokabular erinnert hierbei weniger an klassisch liberale Argumentationsmuster, sondern vielmehr an den Jargon der Neuen Rechten. So affirmieren zahlreiche Artikel des Magazins die bei Rechtsextremen beliebte Verschwörungstheorie des „Großen Austauschs“, was für Armin Pfahl-Traugber (2020) ein Hinweis darauf ist, dass die deutsche Neue Rechte mit den Libertären über gewisse Schnittmengen verfügt. Die Annahme einer partiellen Überschneidung von Rechtsextremen und Libertären verdichtet sich bei der genaueren Betrachtung weiterer Aussagen prominenter deutschsprachiger Libertärer. So fordern der Volkswirt Hans-Hermann Hoppe, der noch in den 1970er Jahren bei Jürgen Habermas promovierte, und Markus Krall, Hauptgeschäftsführer von Degussa Goldhandel und Träger des Roland-Baader-Preises, ganz offen die Abschaffung der Demokratie zugunsten einer reinen Privatrechtsgesellschaft mit monarchistischen Zügen (Hoppe, 2005; Krall, 2020). André F. Lichtschlag spricht sich ferner in der neurechten *Sezession* für einen Schulterchluss zwischen „Konservativen“ und Libertären aus (Lichtschlag, 2003). Lichtschlag forderte in einem Artikel in der *Welt* ebenfalls, mit Bezug auf Hoppe und Friedrich August von Hayek, den Entzug des Wahlrechts für „Nettostaatsprofiteure“, wonach nur noch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen aus der freien Wirtschaft wählen dürften (Lichtschlag, 2006). In libertärer Lesart dürfen folglich

nur „Leistungswillige“ ein demokratisches Grundrecht wahrnehmen, der Rest sind „staatsabhängige Asoziale“ (Lichtschatz, 2006), denen man politische Meinungs- und Willensbildung abspricht.

Erstaunlicherweise existiert in der deutschsprachigen (sozial-)wissenschaftlichen Forschung eine Lücke bezüglich der Verbindung von Libertarismus und der Neuen Rechten, wurden doch Begriffe wie libertär und Libertarismus eher dem US-amerikanischen Kontext wie beispielsweise der *Tea-Party* Bewegung oder dem *Cato-Institute* zugeordnet, was auch den mangelnden Forschungsstand zum Thema Libertarismus in Deutschland erklärt. Ausnahmen bilden die Recherchen des Soziologen Andreas Kemper (2020a, 2020b) sowie des Historikers Quinn Slobodian und Politikwissenschaftlers Dieter Plehwe (2020), deren Arbeiten sich mit Markus Krall sowie demokratiefeindlichen Netzwerken und Umsturzphantasien innerhalb des deutschsprachigen libertären Spektrums auseinandersetzen, im Rahmen dieses Artikel aber nicht weiter vorgestellt werden können. Die Neue Rechte wird aktuell international zwar gut erforscht, hinsichtlich marktfundamentalistischer Akteur*innen und Netzwerke sowie der inneren Verwandtschaft beider Ideologien existiert jedoch augenscheinlich ein Vakuum.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Frage, welche Anknüpfungspunkte von

marktradikalen respektive libertären Ansichten an rechtsextreme Einstellungen bestehen. Da sich die Neue Rechte als antiliberal charakterisieren lässt und der Libertarismus *per definitionem* eine radikal liberale politische Philosophie darstellt, stellt sich die Frage, wie die Verbindung dieser beiden Positionen gelingen konnte, sind sie doch dem Anschein nach miteinander unvereinbar. Zur Beantwortung der Forschungsfrage sollen im ersten Schritt in aller Kürze die zentralen Charakteristika der Neuen Rechten präsentiert werden. Im Anschluss daran werden die konstitutiven Merkmale des Libertarismus vorgestellt. Daran anschließend soll die Frage geklärt werden, wie sich der Wunsch nach größtmöglicher individueller und wirtschaftlicher Freiheit mit Nationalismus und völkischem Denken vereinen lässt. Im Zentrum stehen hierbei sozialdarwinistische Ansichten, eine Naturalisierung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte sowie der offene Kampf gegen linksgerichtete Kräfte, die als „Scharnier“ zwischen Rechtsextremismus bzw. der Neuen Rechten und dem Libertarismus fungieren.

Strategische und politische Ziele der Neuen Rechten

Zwar wird die Bezeichnung ‚Neue Rechte‘ in politikwissenschaftlichen und journalistischen Diskursen in verschiedenen Zusammenhängen verwendet, allgemein

dient der Begriff jedoch als Bezeichnung für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf die Ideen der „Konservativen Revolution“ zu Zeiten der Weimarer Republik stützt (Pfahl-Traughber, 2006, S. 44; Salzborn, 2014, S. 63f.). Bei der Neuen Rechten handelt es sich jedoch nicht um eine homogene Gruppe oder um Akteur*innen, die sich in formalen Organisationen zusammenschließen. Feste Organisationsstrukturen, Parteien oder Vereine existieren nicht, vielmehr handelt es sich um ein Netzwerk unterschiedlicher Publizist*innen. Hinsichtlich der Berufung auf die Konservative Revolution, ein von Armin Mohler (1950) geprägter Begriff, bestehen jedoch ideologische Gemeinsamkeiten (Pfahl-Traughber, 2019). Die politischen Ziele der Neuen Rechten bestehen im Wesentlichen aus der Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik sowie in der Erringung einer (rechten) „kulturellen Hegemonie“ (Salzborn, 2017, S. 35; Griffin, 2000; Weiß, 2017). Im Zentrum der Neuen Rechten steht somit die Auffassung, dass ein geistiger Wandel einem politischen Wandel vorausgehen müsse. Das metapolitische Anliegen der Neuen Rechten betont insofern die intellektuellen Schwächen des „klassischen“ Rechtsextremismus neonazistischer Prägung und setzt ihm eigene, theoretisch und konzeptionell fundierte Politikansätze entgegen. Die metapolitische Intellektualisierung zielt daher darauf ab,

völkische Positionen, die ein Kernmerkmal der Neuen Rechten sind, umfangreich mit Referenzen aus Geisteswissenschaften und Ideengeschichte zu begründen (Salzborn, 2017, S. 37).

Zentraler Topos der Neuen Rechten ist die Annahme der Ungleichheit aller Menschen, wie sie im Rechtsextremismus konstitutiv ist. Diese Ungleichheit wird nach wie vor ethnisch, aber nicht mehr explizit rassistisch zu begründen versucht. Der daraus resultierende Antiuniversalismus mündet nicht, wie in der NS-Ideologie, in der Vernichtungs- sondern in einer Segmentierungsvorstellung, der konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien, was auch als Ethnopluralismus bezeichnet wird (Salzborn, 2017, S. 39). Ein völkischer Nationalismus in Verbindung mit einem autoritären Etatismus, der sich außenpolitisch in ethnopluralistische Konzepte übersetzt, sind weitere gesellschaftliche Ideale der Neuen Rechten. Eine zentrale Rolle kommt ferner den (intellektuellen) Eliten zu, denen eine Führungsverantwortung zugeschrieben wird, wodurch Elitenvorstellungen als Gegensatz zum Gleichheitsideal verkündet werden (Pfahl-Traughber, 2019).

Die Ideologie der Neuen Rechten besteht folglich aus diversen Aspekten, die traditionell dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Allen voran das Primat

der Ungleichheit bzw. ein Antiuniversalismus, eine „Freund-Feind“-Dichotomie, das Postulat der Homogenität bzw. der Soziobiologie, ein völkischer Nationalismus sowie ein autoritärer Etatismus sind konstitutive Merkmale der Neuen Rechten. Damit strebt die Neue Rechte die Überwindung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates an; insofern ist die Bekämpfung der liberal-rechtsstaatlichen Demokratie an sich als Ziel dieser Strömung zu verstehen.

Die Neue Rechte entdeckt den freien Markt

Bezüglich ökonomischer Fragen scheint ein völkischer und regressiver Antikapitalismus, wie er konstitutiv für „klassische“ Parteien der extremen Rechten ist (Barthel & Jung, 2013, S. 25, 44; Puls, 2012, S. 33f.), nicht mehr ideologischer Konsens zu sein. Diese Art der Kapitalismuskritik zeichnet sich dadurch aus,

dass sie die ‚Schuld‘ an der kapitalistischen Ausbeutung fremden Finanzmächten zuschreibt, die angeblich von jüdischer Seite kontrolliert würden. Als positiven Gegenentwurf idealisiert sie die völkische Nation, den Staat als deren Form und die Arbeit als völkische Tugend. Der diesen Momenten innewohnende Zusammenhang ist ihnen nicht bekannt. (Barthel & Jung, 2013, S. 25)

Der Kern dieser Kritik ist somit eine antisemitische Weltdeutung, die sich – nicht nur, aber insbesondere – auf wirtschaftliche Aspekte bezieht, zugleich jedoch auch untrennbar verbunden mit einer weitaus umfassenderen Ideologie ist, die sowohl politische, kulturelle als auch soziale Aspekte der modernen Gesellschaft plausibel machen will.

Dem Anschein nach versuchen Libertäre, also radikal wirtschaftsliberale Akteur*innen, die staatliches Handeln auf ein absolutes Minimum begrenzen wollen oder für die Abschaffung des Staates an sich zugunsten einer reinen „Privatrechtsgesellschaft“ plädieren, um Allianzen innerhalb des neurechten Spektrums zu buhlen. Diese Entwicklung findet nicht nur im Verborgenen oder innerhalb einschlägiger Debatten (z.B. Hoppe, 2018; Lichtschlag, 2003) statt, sondern lässt sich auch in öffentlichen Diskussionen erkennen, zum Beispiel an innerparteilichen Auseinandersetzungen der rechtsradikalen Partei Alternative für Deutschland. Diese agiert zwischen „Marktradikalismus und ‚völkischem Antikapitalismus““ (Dietl, 2018) und vereint auf personeller wie auch auf inhaltlicher Ebene zwei sich diametral entgegenstehende Akteur*innen und Ansätze: Den völkisch-antikapitalistischen Flügel und eine Strömung, die, in abgeschwächter Form, eine rechtslibertäre Kritik staatlicher Institutionen vom Standpunkt einer total privatisierten „anarchokapitalistischen“

Eigentümer-Gesellschaft übt (Kellershohn, 2019, S. 18).

Der Historiker und Rechtsextremismusforscher Helmut Kellershohn zeigte diesbezüglich jüngst auf, dass innerhalb der deutschen Neuen Rechten vier bedeutende Netzwerke bestehen. Eines dieser Netzwerke ist das um die Zeitschrift *eigentümlich frei*. Dieser Zeitschrift und ihrem Netzwerk, bestehend aus Publizist*innen, Hochschullehrer*innen und Akteur*innen aus der freien Wirtschaft, kommt eine besondere Rolle zu, „weil sie eine im Vergleich zur sonstigen Neuen Rechten ausgesprochen antietatistische und extrem marktliberale Haltung (libertär [oder] ‚anarchokapitalistisch‘) einnimmt ...“ (Kellershohn, 2021, S. 5). Hierbei wird die libertäre Position mit wert- und nationalkonservativen Standpunkten verbunden, was innerhalb der Neuen Rechten zu neuen Allianzen und Bündnissen führt. In der Praxis besteht folglich bereits eine Verbindung zwischen der Neuen Rechten und den Libertären. Es bleibt weiterhin die Frage, wie diese Verbindung auf theoretischer Ebene gelingen konnte. Um sich dieser Frage zu nähern, werden im nächsten Schritt die Grundmerkmale des Libertarismus vorgestellt.

Grundmerkmale und Bezugspunkte des Libertarismus

Zunächst lässt sich festhalten, dass bestimmte (Vor-)Denker im Zusammenhang mit einer spezifischen nationalökonomischen Schule konstitutiv zur Begriffsbildung des Libertarismus beitrugen: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie, insbesondere der dritten und vierten Generation, verkörpert durch Ludwig Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992) (Quaas & Quaas, 2013, S. 9). Die Theorien der beiden Ökonomen und Sozialphilosophen gelten, trotz aller innertheoretischen Differenzen, als Kern einer marktradikalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, auf die sich die allermeisten Libertären berufen (Cooper, 2021).

Diese ursprünglichen Theorien wurden durch weitere prominente Vertreter wie Milton Friedman, Robert Nozick und Murray Rothbard weiterentwickelt und zum Teil radikalisiert. Während sich Hayek sein Leben lang als Liberaler bezeichnete (Hayek, 2005, S. 492), verstand sich der frühe Nozick durchaus als Libertärer und Rothbard gar als Anarchokapitalist. Ihnen gemein sind jedoch spezifische Grundüberlegungen, die ihre Wurzeln im klassischen Liberalismus haben.

Privateigentum als Fundament rational-effizienter Gesellschaften

Der Libertarismus kann sich, trotz seiner unterschiedlichsten Ausprägungen und Facetten, auf eine Quintessenz einigen: (Staatlich-rechtlich) garantierte Sicherheit über die freie Verfügung von Privateigentum. Dies ist der Kern aller ökonomischen und sozialen Forderungen sowohl des Liberalismus als auch des Libertarismus. So schreibt Mises in seinem 1927 erschienenen Werk *Liberalismus*: „Das Programm des Liberalismus hätte also, in ein einziges Wort zusammengefaßt, zu lauten: Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung“ (Mises, 1927, S. 17). Durch (staatlich) gesicherte Eigentumsrechte und der daraus resultierenden freien Privatinitiative der Eigentümer*innen bzw. der Unternehmer*innen, ergäbe sich eine spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die in dieser Lesart nur alleinig prädestiniert für ökonomischen und sozialen, kurz gesellschaftlichen Fortschritt sei. Für Mises und weitere Vertreter*innen der Österreichischen Schule gilt somit „[d]er Kapitalismus als die einzig mögliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen“ (Mises, 1927, S. 25). Sondereigentum an Produktionsmitteln sei der Garant für gesellschaftliches Zusammenleben, jede andere Gesellschaftsform sei unmöglich und jeden Versuch Sondereigentum zu

beseitigen, müsse man „energisch bekämpfen“ (ebd., S. 77). Der Kapitalismus sei daher „die einzig denkbare und mögliche Gesellschaftsordnung“ mit der sich abgefunden werden müsse, „weil es eben keine andere geben kann“ (ebd., S. 78).

Der Kapitalismus als spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsform erscheint in dieser Interpretation als etwas Naturgesetzliches, etwas Unwiderlegbares, etwas Natürliches. Etwaige Alternativen existieren nicht: „entweder oder, entweder Sondereigentum an den Produktionsmitteln oder Hunger und Elend für alle“ (ebd., S. 78). Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Liberalismus dieser Interpretation ein spezifisches Feindbild ausmachen kann, bestehend aus Marxismus, Sozialismus und Kommunismus (ebd., S. 13–16). Auch Friedrich August von Hayek, ein Schüler Mises, sieht dies ähnlich: „Die Auseinandersetzung zwischen Marktordnung und Sozialismus ist nicht weniger als eine Überlebensfrage. Sozialistischen Moralvorstellungen zu folgen, hieße einen großen Teil der heutigen Menschheit zu vernichten und einen großen Teil der übrigen verarmen zu lassen“ (Hayek, 1996, S. 4). Sozialismus ist dieser Denkweise folgend jedoch ein sehr weit gefasster Begriff. So gelten bereits die Sozialdemokratie oder Gewerkschaften als sozialistische Agitatoren, vor allem weil sie die „freien Kräfte des Marktes“ beschränken oder zurückdrängen wollen (Mises, 1927, S. 70–74).

Der freie Markt als gesellschaftlicher Ordnungsmechanismus

Neben Privateigentum ist „der Markt“ der zweite zentrale Bezugspunkt einer libertären Wirtschaft und damit auch einer entsprechenden Gesellschaft: „Der Mechanismus des Marktes gibt der kapitalistischen Wirtschaft ihren Sinn“ (Mises, 1931, S. 10). Jegliche Eingriffe in das Marktgeschehen seien abzulehnen, da sie die „natürliche Ordnung“ stören, denn Eingriffe haben andere Preise zur Folge „als der Markt sie bilden würde“ (Mises, 1940, S. 229, zitiert nach Ötsch & Pühringer, 2015, S. 9). Das „Spiel des Marktes“ wird somit als perfekt dargestellt, welches stets die richtigen, die „wahren“ Ergebnisse erzielt, die nicht kritisier- oder hinterfragbar erscheinen. Der Markt verkörpert folglich „Freiheit“, während Eingriffe in den Markt oder gar Gegenentwürfe durch „Zwang“ charakterisiert werden. Vom Markt kann infolgedessen *ex definitione* kein Zwang ausgehen, sondern nur vom Staat oder anderen intervenierenden Akteur*innen (Ötsch & Pühringer, 2015, S. 10). Auch Hayek teilt diesen Marktbegriff, erweitert über die Jahre jedoch das Konzept um philosophische und handlungstheoretische Komponenten (vgl. Hayek, 2005):

„Der Markt‘ (als reale Ordnung) erscheint jetzt nicht als historisch kontingente Institution, sondern als das notwendige Produkt einer ‚natürlichen‘

Evolution. Die kulturelle Geschichte der Menschheit entpuppt sich somit als ein (simpel entworfener) Selektionsmechanismus mit dem Kapitalismus als Höhepunkt. (Ötsch & Pühringer, 2015, S. 13)

Markt und Privateigentum sind somit die Kernelemente einer liberalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie nach Prägung der Österreichischen Schule. Besonders der Markt wird zu einer Art Quasi-Religion stilisiert, da er als eine „natürliche“, objektive Tatsache wahrgenommen wird, welche durch Grundsätze wie das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen oder das der Preisbildung legitimiert wird. Alle sozialen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Probleme werden auf „Eingriffe“ in das „freie Spiel des Marktes“ zurückgeführt. Marktinterventionen seien daher „überflüssig, unnütz oder schädlich“ (Mises, 1929, S. 123).

Es ist demnach kaum verwunderlich, dass eine Operationalisierung des Begriffs „Markt“ ausbleibt, da ein mehrdeutiges Konzept, das kontextlos gesetzt wird und zugleich alle Kontexte erklären will, nicht operationalisiert werden kann. Dennoch wird „der Markt“ durchgehend als heilige Stätte „der Freiheit“, mit „der Politik“ oder „dem Staat“ als Gegenpart, wahrgenommen und interpretiert.

Freiheit und das Nicht-aggressionsprinzip

Individuelle Freiheit ist der normative Ausgangspunkt für den Libertarismus „denn Freiheit gibt es nicht ohne Individualität, und Individualität gibt es nicht ohne Eigentum“ (Radnitzky, 1998, S. 5). Freiheit und Eigentum bedingen sich somit gegenseitig. Diese Ansichten gehen vor allem auf die Naturrechtsphilosophie John Lockes zurück. Demnach sind Leben, Freiheit und (Privat-)Eigentum unveräußerliche Rechte erster Ordnung, welche den Naturzustand kennzeichnen (Elbe, 2010, S. 24). Der Freiheitsbegriff im Libertarismus ist primär negativ, im Zentrum steht folglich die Abwesenheit willkürlichen Zwangs. Freiheit ist demnach ein „Zustand, in dem ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer unterworfen ist (Hayek, 2005, S. 14). Individuelle Freiheit endet somit dort, wo die Freiheit eines anderen eingeschränkt wird. Es handelt sich also keineswegs um „*anything goes*“, vielmehr werden der Freiheit auch bestimmte Grenzen gesetzt.

Murray Rothbard spezifiziert den Freiheitsbegriff durch das Nichtaggressionsprinzip oder „nonaggression axiom“, welches besagt, dass „no man or group of men may aggress against the person or property of anyone else“ (Rothbard, 2006, S. 27). Aggression, welche gleichbedeutend mit

Invasion ist, wird hierbei definiert als die Anwendung oder Androhung physischer Gewalt gegen die Person oder das Eigentum einer anderen Person. Ein Individuum ist Eigentümer seiner Person, seiner körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten und der daraus resultierenden Sachvermögen. Es ist demnach frei, solange dieses Eigentum keinem Angriff ausgesetzt ist. Zusammengefasst: Jedes Individuum kann über sein Eigentum, über seinen Körper und über die Produkte seiner Arbeit frei verfügen und keine andere Person hat das Recht, sich diesem Eigentum zu bemächtigen bzw. es anzugreifen.

Eigenverantwortung und Vertragsfreiheit

Aus diesem Freiheitsbegriff resultiert eine streng individualistische Gesellschaftstheorie, in der jede*r Einzelne für sich und sein* ihr Leben vollumfänglich selbst verantwortlich ist. Eigenverantwortung und persönliche Leistung sind Determinanten individuellen Wohlergehens, negative Begleiterscheinungen wie Armut oder Ausbeutung sind entweder persönliches Schicksal oder beruhen auf freiwillig getroffenen Abmachungen bzw. Verträgen. Das Prinzip der Vertragsfreiheit ist daher eines der wichtigsten Grundsätze des Libertarismus. Eingriffe in die Freiheit respektive Eigentum sind nur dann zulässig, wenn beide Vertragspartner*innen dem

freiwillig zustimmen. Die libertäre Position ist gewissermaßen ein zugespitzter oder radikalisierter Liberalismus mit absolut „mündigen Bürger*innen“ als individuelle Akteur*innen. Konsequente Vertragsfreiheit ist das logische Resultat; Mehrwertproduktion, Arbeitsteilung oder gesellschaftliches Zusammenleben im Allgemeinen beruhen auf Freiwilligkeit. Ergo kann es keine objektiven Ungerechtigkeiten, beispielsweise in der Arbeitswelt, geben, da sämtliche Verträge (wie der Arbeitsvertrag) freiwillig zustande kommen und niemand, so die Theorie, zum Vertragsabschluss gezwungen wird.

48

Selbst wenn sich Hayek oder Mises nie selbst als Libertäre verstanden haben, können sie durchaus als solche bezeichnet werden. Libertarismus oder Markt-radikalismus sind gewissermaßen zwei Wörter für einen Begriff, sie bezeichnen eine „Radikalform des Liberalismus“ (Ottmann, 2012, S. 302), die sich aus dem Dualismus „Eigentum“ und „freier Markt“ speist und sich um den Kosmos „Freiheit“ bewegt. Freiheit, Eigentum und Markt sind somit die konstitutiven Elemente, die Heilige Dreifaltigkeit des Libertarismus, auf die sich trotz diverser unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen geeinigt werden kann. Der Libertarismus ist folglich streng individualistisch orientiert und befürwortet die Maximierung der individuellen Freiheit sowie ein uneingeschränktes Wirken des freien Marktes. Ob und welche Rolle

dem Staat zukommt, ist innerhalb dieser Strömung umstritten. Fundamentalistische Libertäre wie Murray Rothbard lehnen Staat und Herrschaft restlos ab, während „gemäßigte“ Libertäre wie Robert Nozick ebendiese auf ein absolutes Minimum reduzieren wollen. Ein strikter Anti-Paternalismus ist jedoch Konsens. Auf politischer Ebene stehen stets die Forderungen nach Deregulierung und Privatisierung sowie eine Opposition gegen den Wohlfahrtsstaat und Umverteilungspolitik im Zentrum. Die Erhebung von Steuern wird für viele Libertäre als staatlich-organisierter Raub betrachtet, da diese auf Zwang beruhe (Schilk, 2019, S. 640).

Libertarismus und die politische (Neue) Rechte. Querverbindungen, Überschneidungen, Gemeinsamkeiten

Während der klassische (Wirtschafts-) Liberalismus davon ausgeht, dass öffentliche Interventionen in die ökonomische Sphäre auf ein Minimum reduziert werden sollten, geht der Libertarismus meistens noch einen Schritt weiter und lehnt staatliche Eingriffe, wie am Beispiel Mises gezeigt wurde, kategorisch ab. Öffentliche Interventionen, beispielsweise durch Verbote, sind auch nach Hayek Eingriffe in das Leben der Menschen. Diese Eingriffe wiederum ziehen weitere Eingriffe nach

sich, bis schlussendlich die Freiheitsräume der Individuen komplett vernichtet würden (Karabelas, 2014, S. 157). Die einzige Legitimation des Staates besteht nach Auffassung der meisten Libertären (wenn überhaupt) darin, dass dieser die Sicherheit des Lebens, der Freiheit und des Eigentums zu gewährleisten habe. Nun ist Staatskritik weder ein Alleinstellungsmerkmal von Marktradikalen noch ein allgemeines Zeichen für die Ablehnung demokratischer Grundwerte oder gar Rechtsextremismus. Im Gegenteil: Kritik am staatlichen Handeln wird genauso von anderen liberalen oder linksorientierten Akteur*innen geübt, beispielsweise bei vergangenen Debatten um opferlose Straftaten.

Die innere Verwandtschaft von Liberalismus und Faschismus

In seinem 1934 erschienenen Text „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“ untersucht Herbert Marcuse die Wahlverwandtschaft zwischen dem (radikalen) Liberalismus und dem „heroisch-völkischen-Realismus“, also der faschistischen Weltauffassung. Marcuse zufolge finden sich in Mises' Schriften direkte positive Bezüge auf den Faschismus, beispielsweise dass „der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen ... für den Augenblick die europäische Gesinnung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit

erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben“ (Mises, 1927, S. 45). Zwar werde laut Mises der Faschismus, ebenso wie der Marxismus, untergehen, dieser positive Bezug ist jedoch durchaus auffällig.

Marcuse schlussfolgert ferner aus der Tatsache, dass faschistische Staaten die privatwirtschaftliche Organisation der Gesellschaft, basierend auf dem Schutz und Anerkennung des Sondereigentums sowie der Privatinitiative der Unternehmer*innen, grundsätzlich beibehalten haben, dass Liberalismus und Faschismus durchaus einige Ähnlichkeiten aufweisen (Marcuse, 1970, S. 23f.). Einigkeit bestehe bei beiden Weltanschauungen überdies in der Ablehnung und dem offenen Kampf gegen „Linke“, also Sozialist*innen, Marxist*innen und/ oder Kommunist*innen.

Fraglich bleibt, wie die Angriffe von Faschisten und Vertretern der Konservativen Revolution wie Ernst Krieck und Arthur Moeller van den Bruck gegen „Profitgier“, „raffendes Kapital“ oder den „kapitalistischen Ungeist“ mit einer Theorie übereinstimmt, die jenes Kapitalverhältnis als erstrebenswert betrachtet. Marcuse betont hierbei ausdrücklich den Unterschied einer personifizierten, regressiven Kapitalismuskritik, wie sie von Faschist*innen und anderen Neuen Rechten betrieben wird, und einer umfassenden (materialistischen) Systemkritik, die stets die gesamtgesellschaftliche Totalität, die „ökonomischen

Funktionen des Bürgers in der kapitalistischen Produktionsordnung“ (Marcuse, 1970, S. 25), im Blick hat. Da laut Marcuse der Faschismus den Kapitalismus nicht grundlegend ablehnt, und vor allem, weil er mit „der Grundstruktur [des Liberalismus – Anm. d. Verf.] weitgehend einverstanden [ist]“ (Marcuse, 1970, S. 24), sei die Differenz zwischen Liberalismus und Faschismus nur marginal. Angesichts der Tatsache, dass drei Jahrzehnte später Friedrich August von Hayek diverse autokratische Regime in Südamerika, allen voran Chile unter Augusto Pinochet Ende der 1970er-Jahre, öffentlich unterstützte, lässt sich Marcuses These zumindest teilweise bestätigen. Dass es sich dabei nicht um einen Ausreißer im Denken Hayeks handelt, kann man aus dessen Werk ableiten (Reichhold, 2018, S. 122–127). Eine Autokratie kann in libertärer Lesart demnach als mitunter notwendige ideologische Ergänzung zum Liberalismus gelten.

Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse

Eine spezifische naturalistische Interpretation der Gesellschaft ist für Herbert Marcuse nicht zuletzt eine weitere zentrale Gemeinsamkeit zwischen Faschismus und Liberalismus. Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt wurde, vertreten Hayek und insbesondere Mises in der Tat die Auffassung, dass der Markt und folglich die Gesellschaft

durch natürliche Gesetze geregelt würden. Marcuse fasst zusammen:

Der Liberalismus sieht hinter den ökonomischen Kräften und Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft ‚natürliche‘ Gesetze, die sich in ihrer ganzen heilsamen Naturhaftigkeit erweisen werden, wenn man sie nur frei und ohne künstliche Störung zur Entfaltung kommen lässt. ... Es gibt eine ‚Natur der Dinge‘, die unabhängig von Menschenwerk und Menschenmacht ihre ureigene Gesetzmäßigkeit hat, die sie durch alle Störungen hindurch immer wieder selbst herstellt. (Marcuse, 1970, S. 25f.)

Man müsse sich nur an diese „Naturgesetze“ anpassen und die Gesellschaft findet natürlicherweise ganz im Sinne der ökonomischen Theorie ihr Gleichgewicht. Im Zentrum des liberalistischen Systems findet sich laut Marcuse „die Rückinterpretation der Gesellschaft auf die ‚Natur‘ in ihrer harmonisierenden Funktion: als die ablenkende Rechtfertigung einer widerspruchsvollen Gesellschaftsordnung“ (Marcuse, 1970, S. 26). Wie im Liberalismus existiere auch im Antiliberalismus bzw. im Faschismus der Glaube an natürliche Gesetze im gesellschaftlichen Leben, was Marcuse an diversen Aussagen antiliberaler Denker wie Arthur Moeller van den Bruck, Benito Mussolini und Hans J. Wolff festmacht (Marcuse, 1970, S. 26f.).

Trotz ideengeschichtlicher Gemeinsamkeiten setzt Marcuse den Liberalismus mit dem Faschismus keineswegs gleich. Er erkennt an, dass der Liberalismus im strengen Gegensatz zum Faschismus eine rationale Theorie ist. Diese Rationalität erzeuge durch die „*Privatisierung der Ratio*“ (Marcuse, 1970, S. 31; Herv. im Orig.) jedoch irrationale Elemente und stoße aufgrund ihrer eigenen Entwicklung an gewisse Grenzen, die sie nicht überwinden könne. Sobald sich gesellschaftliche Gegensätze verschärfen oder ökonomische Krisen vermehrt auftauchen, also das „gesellschaftliche Gleichgewicht“ beginnt aus den Fugen zu geraten, greift laut Marcuse die liberalistische Theorie zu irrationalen Rechtfertigungen. Folglich ist es

der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich ‚erzeugt‘: als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der total-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft. (Marcuse, 1970, S. 32)²

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der (radikale) Liberalismus trotz aller Unterschiede durchaus einige Anknüpfungspunkte an einen totalitär-autoritären Gesellschaftsbegriff hat. Vor allem die Vorherrschaft einer „Natürlichkeit der Dinge“, eine naturalistische Deutung der

Gesellschaft, bzw. der Anspruch gesellschaftliche Zusammenhänge über vermeintliche Naturgesetze zu erklären, sind konstitutiv für beide Theorien.

Eines dieser Naturgesetze in der völkisch-nationalistischen Auffassung ist das „Gesetz des Stärkeren“, gemeinhin auch bekannt als Sozialdarwinismus. Während die rechtsextreme Ideologie ein Volk oder eine bestimmte „Rasse“ als anderen überlegen stilisiert, erscheint die Annahme, in einer komplett individualisierten Gesellschaft, welche auf freier Konkurrenz und freiem Wettbewerb basiert, gelte dieses Recht in einer abgewandelten Form ebenfalls, durchaus plausibel. Dieser Annahme wird im Folgenden nachgegangen.

Antiegalitarismus und Leistungsideologie

Grundsätzlich handelt es sich beim Sozialdarwinismus um das Konzept der Biologisierung des gesellschaftlichen Geschehens (Decker & Brähler, 2006, S. 40). Es besteht die Annahme, die Konzepte der Biologie, insbesondere aus dem Tierreich, können mehr oder minder auf komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen werden. Folglich findet eine Biologisierung des Sozialen insofern statt, als eine „kausale“ Vorstellung über die Arterhaltung existiert, also dass der* die Stärkere sich durchsetzen muss, damit die Gattung

überleben kann. In der Konsequenz existiert eine gesellschaftliche Hierarchie mit schwachen Mitgliedern einer Gesellschaft am unteren Ende der Skala, die qua natürlicher Gesetzmäßigkeiten „ausgelesen“ werden (müssen) und starken Mitgliedern einer Gesellschaft am oberen Ende der Skala, die aufgrund spezifischer Merkmale den Selektionsprozess „überstehen“ und zur Erhaltung einer Population beitragen.

Eine gewisse Biologisierung des Sozialen bzw. die Übertragung natürlicher Gesetze auf gesellschaftliches Leben findet sich, wie bereits dargestellt, ebenfalls im Libertarismus, wenn „der Markt“ als objektive, natürliche Tatsache dargestellt und propagiert wird. Der Libertarismus baut jedoch nicht auf sozialdarwinistischen Konzepten per se auf; er teilt menschliches Leben nicht in „lebenswert“ und „lebensunwert“ ein. Er hat aber die Ungleichheit der Menschen als Ausgangspunkt: „Nun steht aber nichts auf so schwachen Füßen wie die Behauptung von der angeblichen Gleichheit all dessen was Menschenantlitz trägt. Die Menschen sind durchaus ungleich“ (Mises, 1927, S. 25).

Eine gewisse Hierarchisierung gesellschaftlichen Lebens findet dennoch statt, nämlich dann, wenn implizit von Leistungsfähigen oder Leistungsunwilligen gesprochen wird. Nach Hayek sind die meisten Menschen jedoch schlicht und ergreifend zu faul, um ihr volles Potential zu entfalten, von

daher bestehe auch keine Notwendigkeit sozialer Sicherung: „Zum mindesten ein sehr großer Prozentsatz der Menschen hat einen äußeren Druck nötig, wenn sie alle ihre Kräfte anspannen sollen“ (Hayek, 2014, S. 125). Somit bedürfe es, zumindest im Bereich der leitenden Tätigkeiten, „Strafen für Nachlässigkeit“ (ebd., S. 125), um Menschen zur Aktivität zu bewegen.

Hayek nimmt ferner an, es gebe einen bestimmten „Wert“ eines Menschen, der durchaus bestimmbar und über den Markt festgelegt sei. Die Festlegung eines Wertes des Menschen sei ein überhistorisches Ereignis und der daraus resultierende Wert eines Menschen bestünde überall (Oellers, 2017, S. 13). Sobald ein Wert existiert, ist dieser auch kategorisierbar das heißt es gibt höhere und niedrigere Wertigkeiten. Eine höhere Wertigkeit weisen die am Markt Erfolgreichen auf, welche Eigenschaften besitzen, die nachgeahmt werden und von denen alle profitieren (beispielsweise durch Schaffung von Arbeitsplätzen). Die Basis des Wohlstands, insbesondere der Erfolgreichen baut auf Anpassungen an vergangene Erfahrungen, „die sich durch selektive Ausmerzung weniger geeigneten Verhaltens ergeben haben“ (Hayek, 2005, S. 35) auf. Die am Markt Erfolgreichen gelten dementsprechend als gesamtgesellschaftliche Vorbilder, deren Position zu schützen sei (Oellers, 2017, S. 13f.). Ein Elitedenken basierend auf einer Leistungsideologie ist somit sowohl im Denken Hayeks als auch

in übergeordneten marktradikalen Theorietraditionen präformiert. Es findet sich hierbei eine Gemeinsamkeit des Rechtsextremismus mit dem Marktradikalismus: Die Verabsolutierung von Höchstleistung und die Glorifizierung von Konkurrenz, in welcher sich die Starken gegenüber den Schwachen durchsetzen sollen (und müssen, wollen sie am Markt bestehen), gelten als erstrebenswertes Ideal bzw. als natürliche Gesetzmäßigkeit. Damit einher geht die Notwendigkeit einer sozialen Selektion, die auf der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Gesellschaftsmitglieder fußt (Butterwegge, 2008, S. 206). Deutlich wird hierbei die Parallele zur Neuen Rechten, da deren Ideologie zum einen, wie eingangs gezeigt wurde, ebenfalls eine anti-egalitaristische ist. Zwar wird diese Annahme primär durch ethnische Kategorien bestimmt, zentral für diese Weltanschauung ist abseits dessen ein strikter Antiuniversalismus. Zum anderen wird (intellektuellen) Eliten sowohl bei der Neuen Rechten als auch im Libertarismus eine essenzielle Bedeutung zugesprochen. Während sie in der rechtsextremen Strömung maßgeblich zur Formierung einer intellektuellen Metapolitik und zur Schaffung einer kulturellen Hegemonie beitragen sollen, gelten sie in der marktradikalen Theorietradition als legitime Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie. Dass in dieser Annahme ein autoritäres Moment steckt, zeigte bereits Marcuse, denn „[d]er charismatisch-autoritäre Führergedanke ist

schon präformiert in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des ‚geborenen‘ Chefs“ (Marcuse, 1970, S. 32). Beiden Ideologien gemein ist die Glorifizierung gesellschaftlicher Elitevorstellungen, was aufgrund eines spezifischen Antiuniversalismus die logische Konsequenz ist.

Sozialdarwinismus als „Scharnier“ zwischen Faschismus und Marktradikalismus

Verabsolutierte Eigentumsrechte und eine konsequent durchgedachte libertäre Theorie führen darüber hinaus dazu, menschliches Leben als nicht zwangsläufig schützenswert zu betrachten. So spricht Murray Rothbard in seiner „Ethik der Freiheit“ Folgendes in aller Nüchternheit aus:

Applying our theory to parents and children, this means that a parent does not have the right to aggress against his children, but also that the parent should not have a legal obligation to feed, clothe, or educate his children, since such obligations would entail positive acts coerced upon the parent and depriving the parent of his rights. The parent therefore may not murder or mutilate his child, and the law properly outlaws a parent from doing so. But the parent should have the legal right not to feed the child, i.e., to allow it to die. The law, therefore, may not properly

compel the parent to feed a child or to keep it alive. (Again, whether or not a parent has a moral rather than a legally enforceable obligation to keep his child alive is a completely separate question.) This rule allows us to solve such vexing questions as: should a parent have the right to allow a deformed baby to die (e.g. by not feeding it)? The answer is of course yes, following a fortiori from the larger right to allow any baby, whether deformed or not, to die. (Though, as we shall see below, in a libertarian society the existence of a free baby market will bring such "neglect" down to a minimum.) (Rothbard, 2015, S. 100f.; Herv. im Orig.)

54

Der Mensch wird im Libertarismus somit auf seine bloße Existenz als Marktsubjekt, das sich im Tausch verwirklicht, reduziert. „Märkte für Babies“ sind in einer libertären Gesellschaft ein Markt wie jeder andere auch; Babies mit Behinderung kann man als Eltern ohne Konsequenzen sterben lassen oder sie dem Markt übergeben.

Das propagierte Modell einer „Marktgemeinschaft“, wie sie libertären Theoretiker*innen vorschwebt, trägt nicht nur autoritäre Züge (Ptak, 2008, S. 43, 60), sondern bildet auch Handlungsanleitungen und Legitimationskonzepte für die Ausgrenzung von Leistungsschwachen, was ebenfalls für den Rechtsextremismus konstitutiv ist (Butterwegge, 2008,

S. 216). Eine staatliche Unterstützung von Leistungsschwachen oder Armen ist nach libertärer Auffassung jedoch keinesfalls legitim, da zum einen der Staat selbst für die Armut verantwortlich ist (Blankertz, 1998) und zum anderen staatliche Umverteilung einen Raub an den „Enteigneten“ darstellt und darüber hinaus „das Schmarotzertum geradezu heraus[fordert]“ (Hülsmann, 1998, S. 99). Der Antiegalitarismus im Libertarismus ist somit der Hauptbestandteil einer verschwimmenden Grenze zum Sozialdarwinismus (Ptak, 2008, S. 73). Beiden ist das Unverständnis für die Leistungsunfähigen, Armen und sozial Benachteiligten sowie das Streben nach einem „perfekt-erfolgreichen Menschen“ (Malina, 2006) inhärent.

Während der Rechtsextremismus als faschistische Ideologie ganz offen die Vernichtung seiner Feind*innen formuliert und die Abschaffung der liberalen Demokratie zugunsten eines total-autoritären Führerstaates fordert, besteht der Libertarismus hingegen – zumindest in der Theorie – auf Eigentumsrechte und der Unverletzbarkeit des Eigentums und wendet sich gegen staatliche Maßnahmen respektive gegen Eingriffe des Leviathans in das Leben der Menschen und plädiert, ganz im Sinne einer rationalen Theorie – die jedoch, wie Marcuse veranschaulicht hat, an ihre Grenzen stößt – an die Vernunft jedes Einzelnen. Nichtsdestotrotz besteht, wie gezeigt wurde, eine gewisse

Verwandtschaft zwischen beiden Ideologien. So ist der Sozialdarwinismus als Theorie, der die bestehenden sozialen Ungleichheiten als naturgegeben rechtfertigt, mit einer libertären Gesellschaftstheorie, die die Menschen qua Leistungsfähigkeit hierarchisch ordnet, durchaus vereinbar. Der Libertarismus weist durch sozialdarwinistische Tendenzen sowie durch die Verabsolutierung angeblich objektiver „Marktgesetze“ Parallelen zum Rechtsextremismus auf, eine Ideologie, welche vor allem durch die Biologisierung des Sozialen gekennzeichnet ist. Der Sozialdarwinismus kann resultierend daraus als „Scharnier zwischen Faschismus und Marktradikalismus“ (Strobl, 2020) bezeichnet werden.

Fazit

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel zu prüfen, welche Gemeinsamkeiten zwischen marktradikalen bzw. libertären Theorien und (neu-)rechten Konzepten bestehen. Zentrale Merkmale der Neuen Rechten sind das Primat der Ungleichheit bzw. ein Antiuniversalismus, eine „Freund-Feind“-Dichotomie, das Postulat der Homogenität bzw. der Soziobiologie, ein völkischer Nationalismus sowie ein autoritärer Etatismus. Demgegenüber sind negative Freiheit, Eigentum und Markt die integralen Bestandteile einer radikal-liberalen politischen Philosophie, die zu natürlichen Gesetzmäßigkeiten stilisiert werden.

Wie gezeigt wurde, weist die radikal-liberalistische Theorie in ihrer Argumentation vor allem dann, wenn von „natürlichen Ordnungen“ gesprochen wird, Parallelen zu rechtsextremen Denkmustern auf. Des Weiteren fungiert der Sozialdarwinismus als „Scharnier zwischen Faschismus und Marktradikalismus“ (Strobl, 2020), da er sowohl im Libertarismus als auch im Rechtsextremismus, Menschen hierarchisch ordnet, jedoch mit unterschiedlichen Ausprägungen. Im Libertarismus sind es die „Leistungswilligen“, die an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide stehen und denen vorrangig demokratische Grundrechte, wie etwa das Wahlrecht, zugestanden werden, während „Leistungsunfähige“ oder „Leistungsunwillige“ als „Schmarotzer“ dargestellt werden, die vom politischen Prozess ausgeschlossen werden sollten. Der Markt in seiner naturalistischen Interpretation dient hierbei als Selektionsmechanismus. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht überdies in der Ablehnung von und dem bisweilen offenen Kampf gegen linksgerichtete Kräfte. Diese stören beispielsweise durch gesetzliche Regelungen wie Lohnuntergrenzen und Streiks, die „freien Kräfte“ des Marktes und verzerren demnach die „natürliche Ordnung“, was es zu verhindern gilt.

Es lässt sich festhalten, dass der Libertarismus als Weltanschauung Anknüpfungspunkte an (neu-)rechtes Denken und bisweilen Parallelen zum Rechtsextremismus

aufweist. Sozialdarwinistische Ansichten, die Naturalisierung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte sowie die Ablehnung gegen alles „Linke“ sind die Hauptmerkmale sowohl einer rechtsextremen Ideologie als auch eines so formulierten Marktradikalismus. Implizit oder explizit geäußerte antidemokratische Umsturzphantasien sind keine Seltenheit innerhalb dieses Spektrums. Die Ziele und idealen gesellschaftlichen Organisationsvorstellungen der libertären und rechtsextremen Ideologie sind zwar unterschiedlich, der Status quo wird jedoch bei beiden Auffassungen abgelehnt. Darüber hinaus sind die jeweils gemeinsam geteilten Feindbilder, der liberale Verfassungsstaat zum einen sowie linksgerichtete Kräfte zum anderen, die verbindenden Elemente beider Auffassungen. Sowohl der Rechtsextremismus als auch der so formulierte Libertarismus streben die Überwindung der liberalen parlamentarischen Demokratie an, was in der Praxis zu einer Erweiterung des neurechten Spektrums und neuen Bündnissen innerhalb desselben führt. Dementsprechend sind weitere wissenschaftliche Studien zum Themenkomplex Libertarismus und Neue Rechte dringend angebracht. So wäre es beispielsweise notwendig und interessant zu erfahren, wie sich die libertären Netzwerke innerhalb des neurechten Spektrums konkret formatieren und welche personellen Verbindungen zwischen beiden Spektren insbesondere auf politischer Ebene existieren.

¹ Die Begriffe marktradikal, libertär oder radikal (wirtschafts-)liberal werden synonym verwendet.

² Der neue Autoritarismus hat jedoch auch neue Elemente, „die über die alte liberalistische Gesellschaftsordnung und ihre bloße Negation hinausweisen“ (Marcuse, 1970, S. 23.), namentlich den bereits angesprochenen „heroisch-völkischen Realismus“, der durch Universalismus, Naturalismus (Organizismus) und Existenzialismus gekennzeichnet ist. Auf die genaue Darstellung dieser Ideologie wird an dieser Stelle verzichtet.

LITERATUR

Barthel, M. & Jung, B. (2013). *Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts*. Unrast.

Blankertz, S. (1998). Staat macht arm. Was die Armen arm macht. *Aufklärung und Kritik Sonderheft 2*, 68–82.

Butterwegge, C. (2008). Marktradikalismus und Rechtsextremismus. In C. Butterwegge, B. Lösch, & R. Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen* (S. 203–223). Springer VS.

Cooper, M. (2021). The Alt-Right: Neoliberalism, Libertarianism and the Fascist Temptation. *Theory, Culture & Society*, 38(6), 29–50.

Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dietl, S. (2018). *Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“*. Unrast.

Elbe, I. (2010). Vom Eigentümer zum Eigentum. Naturrecht, Gesellschaftsvertrag und Staat im Denken John Lockes. In associazione delle talpe & Rosa Luxemburgstiftung Bremen (Hrsg.), *Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion*, (S. 22–36). Rosa Luxemburg Stiftung.

Griffin, R. (2000). Between metapolitics and apoliteia: The Nouvelle Droite's strategy for conserving the fascist vision in the ‚interregnum‘. *Modern & Contemporary France*, 8(1), 35–53.

- Hayek, F. A. von (1996). *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus*. J. C. B. Mohr.
- Hayek, F. A. von (2005). *Die Verfassung der Freiheit*. Mohr Siebeck.
- Hayek, F. A. von (2014). *Der Weg zur Knechtschaft*. Lau-Verlag.
- Hoppe, H.-H. (2005, 24. Juni). „Freiheit statt Demokratie“. Der libertäre Vordenker und bekennende „Antidemokrat“ Hans-Hermann Hoppe über seine provokanten Thesen. *Junge Freiheit*. <https://www.jf-archiv.de/archiv05/200526062409.htm>
- Hoppe, H.-H. (2018, Februar). Libertäre und Alt-Right - Strategische Gedanken. *Sezession*, 20–25.
- Hülsmann, G. (1998). Brauchen wir staatliche Armenhilfe? *Aufklärung und Kritik Sonderheft 2*, 93–99.
- Karabelas, I. (2014). Liberaler Kapitalismus, Libertarismus und Kulturtheorie. Zur Bedeutung Friedrich August von Hayeks für das staatskritische Denken im ausgehenden 20. Jahrhundert. In M. Hochgeschwender & B. Löffler (Hrsg.), *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (S. 151–170). transcript.
- Kellershohn, H. (2019). ‚Antikapitalismus‘ von rechts? – Die Neue Rechte und die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte in der AfD. *Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie*, 68, 13–30.
- Kellershohn, H. (2021). Neue Rechte und AfD. Vorüberlegungen zu einem Projekt über die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. *DJSS-Journal Sonderausgabe 4*, 4–7.
- Kemper, A. (2020a, 5. Mai). Degussa und die Antidemokratie. *Andreas Kemper*. <https://andreaskemper.org/2020/05/05/degussa-und-antidemokratie>
- Kemper, A. (2020b, 12. Mai). Atlas-Initiative – Teil 1. *Andreas Kemper*. <https://andreaskemper.org/2020/05/12/atlas-initiative-teil-1/>
- Krall, M. (2020, 26. August). *Dr. Markus Kralls Vision einer Republik der Freiheit. Rede anlässlich der Roland-Baader-Auszeichnung* [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=IfQigShdODQ>
- Lichtschlag, A. F. (2003, Oktober). Für die libertär-konservative Sezession. *Sezession*, 36–40.
- Lichtschlag, A. F. (2006, 19. Juni). Entzieht den Nettostaatprofiteuren das Wahlrecht! *Die Welt*. <https://www.welt.de/print-welt/article153823/Entzieht-den-Nettostaatsprofiteuren-das-Wahlrecht.html>
- Lichtschlag, A. F. (2021). [Editorial] *eigentlich frei*, 24(211), 3.
- Malina, P. (2006). Auf der Jagd nach dem perfekt-erfolgreichen Menschen. Das sozialdarwinistische Gesellschaftsmodell als große Versuchung der Moderne. *schulheft*, 31(124), 10–27.
- Marcuse, H. (1970). Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In H. Marcuse (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft I* (S. 17–55). Suhrkamp.
- Mises, L. (1927). *Liberalismus*. Gustav Fischer.
- Mises, L. (1929). *Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart*. Gustav Fischer.
- Mises, L. (1931). *Die Ursachen der Wirtschaftskrise*. J. C. B. Mohr.
- Mohler, A. (1950). *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932. Grundriß ihrer Weltanschauung*. Vorwerk.
- Oellers, B. (2017). Konformität und Unterwerfung. Zum autoritären Charakter in der Lehre Hayeks. *Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*. https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Konformitaet_und_Unterwerfung.pdf
- Ötsch, W. O. & Pühringer, S. (2015). *Marktradikalismus als Politische Ökonomie: Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945*. (ICAE Working Paper Series, 38) Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE).
- Ottmann, H. (2012). *Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert. Von der Kritischen Theorie bis zur Globalisierung*. J.B. Metzler.
- Pfahl-Traugher, A. (2006). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*. Beck.

Pfahl-Traugher, A. (2019). *Was die „Neue Rechte“ ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht>

Pfahl-Traugher, A. (2020). *Positionierung gegen den demokratischen Staat*. Blick nach Rechts. <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/positionierung-gegen-den-demokratischen-staat>

Ptak, R. (2008). Grundlagen des Neoliberalismus. In C. Butterwegge, B. Lösch & R. Ptak (Hrsg.), *Kritik des Neoliberalismus* (S. 13–86). Springer VS.

Puls, H. (2012). *Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD*. edition assemblage.

Quaas, F. & Quaas, G. (2013). *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Darstellung, Kritiken und Alternativen*. Metropolis.

Radnitzky, G. (1998). Für ein politikfreies Zusammenleben. „Against Politics“. *Aufklärung und Kritik Sonderheft 2*, 5–27.

Reichhold, C. (2018). *Wirtschaftsfreiheit als Schicksal. Das politische Denken Friedrich August von Hayeks als de-politierte Ideologie*. De Gruyter Oldenbourg.

Rothbard, M. N. (2006). *For a new liberty. The libertarian manifesto* (2nd edition). Ludwig von Mises Institute.

Rothbard, M. N. (2015). *The Ethics of Liberty* (With a new introduction by Hans-Hermann Hoppe). NYU Press.

Salzborn, S. (2014). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Nomos; UTB.

Salzborn, S. (2017). *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Beltz Juventa.

Schilk, F. (2019). Rechtspopulismus in postindustriellen Gesellschaften. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32(4), 635–642.

Slobodian, Q. & Plehwe, D. (2020). Neoliberals against Europe. In W. Callison & M. Zachary (Hrsg.), *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture* (S. 89–111). Fordham University Press.

Strobl, N. (2020, 30. Mai). Der Hass auf alles Schwache. *der Freitag*. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-hass-auf-alles-schwache>

Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Klett-Cotta.

ZUM AUTOR

Elias Hechinger, 25, hat im Bachelor Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg und im Master Wirtschaftssoziologie an der Universität Trier studiert. Seine Interessenschwerpunkte sind Gesellschaftstheorie und -kritik, Politische Soziologie, Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Annabell Lamberth**, **Lucas Steger**, **Michelle Giez**, **Charlotte Huch** und **Andreas Schulz**.

Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und (Rechts-)Populismus

Eine Ursachenanalyse der Autokratisierungsprozesse in
Polen und Ungarn

59

von Niklas Waldner

Dieser Artikel analysiert und erklärt die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn zwischen den Jahren 2010 und 2020 als Verschiebung auf einem Demokratie-Autokratie Kontinuum. Die zentrale These lautet, dass der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien der Grund für die Autokratisierung ist, sodass die Ursachen des Rechtspopulismus letztlich die Ursachen der Autokratisierungsprozesse sein müssen. Eine Analyse bereits existierender Erklärungsmuster des (Rechts-)Populismus und deren Anwendung auf die Fallbeispiele Polen und Ungarn zeigt, dass sozioökonomische, soziokulturelle und politisch-institutionelle Erklärungsansätze einen Geltungsanspruch für die Fallbeispiele haben und somit auch als Erklärungsansätze für Autokratisierungsprozesse dienen können.

abstract

Schlagwörter

Rechtspopulismus; Demokratie; Autokratie; Polen; Ungarn

Autokratisierung und Rechtspopulismus

In den 1990er Jahren setzte sich vor dem Hintergrund der dritten Demokratisierungswelle (vgl. Lührmann et al., 2018, S. 1324) ein Großteil der Demokratieforschung mit dem Phänomen der Demokratisierung auseinander, wobei Fragen nach den Konsolidierungsprozessen das Erkenntnisinteresse bildeten (vgl. Bogaards, 2009, S. 415). Die gegenwärtige Demokratieforschung beschäftigt sich vor dem Hintergrund einer dritten Autokratisierungswelle (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1096; Maerz et al., 2020, S. 923) hingegen größtenteils mit dem Gegenpol der Demokratisierung, der Autokratisierung. Damit ist der Verfall zentraler Voraussetzungen liberaler Demokratie gemeint, wobei sowohl demokratische als auch autokratische Regime diesem (graduellen) Verfall ausgesetzt sein können (vgl. Lührmann et al., 2018; Lührmann & Lindberg, 2019; Maerz et al., 2020). Empirisch messbar sind Demokratisierungs- und Autokratisierungsprozesse durch Indexe wie den Polity-IV Index oder Freedom House. In der Fachliteratur ist jedoch der Liberal Democracy Index (LDI) des Varieties of Democracy Instituts (V-Dem Institut) am weitesten verbreitet, weshalb er auch in diesem Artikel zur Anwendung kommt.

Die Literatur zum Forschungsbereich der Autokratisierung weist einige Erklärungs-

ansätze, wie unter anderem Ansätze in der Tradition der politischen Ökonomie und politischen Kultur, auf, doch es fehlt bislang eine „starke und weithin anerkannte Erklärung“ (Anders & Lorenz, 2020, S. 11, Übers. d. Verfas.). In diesem Sinne verfolgt der vorliegende Artikel das Ziel, einen relevanten Beitrag zur Debatte über Erklärungsansätze gegenwärtiger Autokratisierungsprozesse zu leisten. Der Fokus der Analyse wird dabei speziell auf Polen und Ungarn gelegt, weil dies jene beiden EU-Mitgliedstaaten sind, welche gemessen am Liberal Democracy Index zwischen den Jahren 2009 und 2019 die am deutlichsten ausgeprägten Autokratisierungsprozesse aufweisen (Maerz et al., 2020, S. 915).

Die zentrale These dieses Artikels lautet, dass der Grund für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn im Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien liegt, sodass die Ursachen der Autokratisierungsprozesse letztlich die Ursachen des (Rechts-)Populismus sind. Zu diesem Zweck werden die zentralen Erklärungsansätze für den Wahlerfolg (rechts-)populistischer Parteien dargestellt und in Zusammenhang mit den Autokratisierungsprozessen in Polen und Ungarn gestellt.

Zunächst wird hierfür der Prozess der Autokratisierung analytisch und empirisch beschrieben und an den Fallbeispielen Polen und Ungarn veranschaulicht.

Dann werden die zentralen Merkmale des Populismus beschrieben, aus denen sodann die zentrale These – der Grund für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn liegt im Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien – abgeleitet wird. Im vierten Abschnitt werden die prominentesten Erklärungsansätze des Populismus beschrieben, welche im fünften Abschnitt mit den Autokratisierungsprozessen in Polen und Ungarn in Verbindung gebracht werden. Die Schlussfolgerung dieses Artikels ist, dass der Grund für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn tatsächlich der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien ist, sodass die Ursachen der Autokratisierungsprozesse letztlich die Ursachen des Populismus sind. Eine besondere Erklärungskraft für die Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn kann über die Verknüpfung soziokultureller und politisch-institutioneller Erklärungsansätze erreicht werden.

Autokratisierung in Mittel- und Osteuropa

Konzeptuelle Definitionen

Im Nachfolgenden werden Demokratie und Autokratie in Anlehnung an András Bozóki und Dániel Hegedűs (2018, S. 1173) als zwei entgegengesetzte Pole auf einer kontinuierlichen Skala interpretiert. Als Autokratisierung werden demnach all jene

Veränderungen und Prozesse bezeichnet, durch welche sich die Position eines Staates auf der Demokratie-Autokratie-Skala weiter in Richtung Autokratie verschiebt (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1100). Diese graduellen Veränderungen machen typologische Regime-Unterscheidungen notwendig. Wenn Demokratie und Autokratie nur die beiden Pole eines Kontinuums darstellen, muss ein begriffliches Gerüst vorhanden sein, um zwischen den Mischformen zu unterscheiden. Ansonsten würde die analytische Schärfe verloren gehen. Die Literatur weist einige Konzeptualisierungen für derartige Mischformen auf: Das Konzept von Wolfgang Merkel und Kollegen verwendet beispielsweise den Begriff der defekten Demokratie (vgl. Bogaards, 2018, S. 1483), während Bozóki und Hegedűs (2018) von Hybrid-Regimen sprechen. Da in diesem Artikel der Liberal Democracy Index zur Quantifizierung von Autokratisierungsprozessen herangezogen wird, eignet sich die damit in Verbindung stehende Unterscheidung zwischen liberaler Demokratie, elektoraler Demokratie, elektoraler Autokratie und geschlossener Autokratie (vgl. Lührmann et al., 2018, S. 1327) am besten als begriffliches Gerüst.

Der Liberal Democracy Index setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Die erste Komponente umfasst die Indikatoren zum Index der elektoralen Demokratie (vgl. ebd., S. 1322f.), welcher auf Robert Dahls Konzept der „Polyarchie“ aufbaut

und folgende Kriterien umfasst: „saubere Wahlen, Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, eine gewählte Exekutive sowie Meinungsfreiheit und alternative Informationsquellen“ (Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1096, Übers. d. Verfas.). Die zweite Komponente umfasst Indikatoren zur Rechtsstaatlichkeit (vgl. Lührmann et al., 2018, 1322f.) und zur horizontalen Beschränkung der Exekutive durch die Judikative und die Legislative (vgl. ebd., S. 1327). Zusammen ergeben diese beiden Komponenten den Liberal Democracy Index, welcher von einem theoretischen Maximalwert von 1 zu einem theoretischen Minimalwert von 0 reicht.

62

An dieser Stelle ist die zuvor erwähnte Unterscheidung zwischen liberaler Demokratie, elektoraler Demokratie, elektoraler Autokratie und geschlossener Autokratie relevant. Damit ein Staat als liberale Demokratie, der anspruchsvollsten Form von Demokratie im Rahmen des Liberal Democracy Indexes, eingestuft werden kann, muss ein besonders hoher Wert auf dem Liberal Democracy Index (Tendenz gegen 1) erreicht werden. Dies ist nur möglich, wenn Staaten sowohl den Kriterien der elektoralen Demokratie, also der „Polyarchie“ im Sinne Dahls, als auch den Kriterien der Rechtsstaatlichkeit und horizontalen Beschränkungen der Exekutive gerecht werden. Die nächstniedrigere, das heißt in Bezug auf die Kriterien weniger anspruchsvolle, aber

gleichzeitig auch weniger demokratische, Regimeform ist die elektorale Demokratie. Um als elektorale Demokratie zu gelten, müssen Staaten „nur“ den Kriterien der „Polyarchie“ im Sinne Dahls gerecht werden. Werden diese nicht mehr hinreichend erfüllt, nehmen Staaten einen Wert unter 0.5 auf dem Liberal Democracy Index an und werden als elektorale Autokratien bezeichnet. Elektorale Autokratien sind unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass unfaire Wahlen abgehalten werden, indem etwa die Medienfreiheit eingeschränkt oder die Opposition unterdrückt wird. Als geschlossene Autokratien werden schließlich all jene Staaten bezeichnet, in denen keine Wahlen für die Besetzung der Regierung abgehalten werden, sodass die Regierung in keiner Weise der Wahlbevölkerung rechenschaftspflichtig ist. Diese Staaten nehmen Werte gegen 0 auf dem Liberal Democracy Index ein (vgl. ebd.; Lührmann & Lindberg 2019, S. 1096; Maerz et al., 2020, S. 912).

Wie sehen Autokratisierungsprozesse aus?

Während Autokratisierungsprozesse in früheren Wellen der Autokratisierung meist gar nicht prozesshaft, sondern schlagartig stattfanden, etwa durch einen Militärputsch, nehmen sie gegenwärtig die Form einer langsamen Erosion unter einer legalen Fassade an (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019, S. 1095). Bei dieser

neuen Form der Autokratisierung, der langsamen Erosion demokratischer Normen, gelangen die Amtsinhaber*innen zunächst noch auf legalem Wege an die Macht, beginnen dann aber schrittweise mit einer Agenda der Autokratisierung, ohne dabei die wichtigsten demokratischen Institutionen abzuschaffen. Diese langsame Erosion kann exemplarisch an verschiedenen Veränderungen festgemacht werden: Eine allmähliche Machtkonzentration in der Exekutive durch die Untergrabung der horizontalen Rechenschaftspflicht, das heißt der Schwächung der *Checks and Balances*, die Einschüchterung der Opposition, die Einschränkung der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit von Oppositionsparteien, Wahlrechtsreformen zur Maximierung von Mandaten der regierenden Partei – Stichwort *gerrymandering* – und die Schwächung der Medienfreiheit (vgl. Lührmann & Lindberg, 2019; Przeworski, 2020, S. 198ff.).

Im Sinne der oben eingeführten konzeptionellen Definitionen bedeutet das, dass sich Staaten, welche Autokratisierungsprozesse durchlaufen, immer häufiger im Stadium der elektoralen Autokratie konsolidieren und sich nicht weiter in eine geschlossene Autokratie entwickeln. Diese Konsolidierung im Stadium der elektoralen Autokratie ist besonders für eine langfristige Machtstabilisierung von Bedeutung, weil die Anerkennung eines Staates im internationalen System für

die Regierungslegitimität von enormer Bedeutung ist. Eine allzu offenkundige Autokratisierung, etwa durch das schlagartige Abschaffen von Wahlen, wäre mit zu großen Reputationsverlusten verbunden. Stattdessen sind bei den gegenwärtigen Autokratisierungsprozessen die einzelnen Veränderungen für sich genommen nicht offenkundig demokratieschädigend oder verfassungswidrig, in ihrer Gesamtheit untergraben sie aber die Demokratie.

Die Fälle Polen und Ungarn

Polen hat zwischen den Jahren 2010 und 2020 gemessen am Liberal Democracy Index weltweit die größte Autokratisierung erlebt (vgl. Coppedge et al., 2021). Seitdem die rechtspopulistische PiS Partei 2015 (vgl. Klassifizierung der PiS als rechtspopulistische Partei, siehe Zulianello, 2019) unter Jarosław Aleksander Kaczyński die Wahl gewonnen hat, haben weitreichende Verfassungsänderungen zu einer Machtkonzentration in der Exekutive geführt, indem die *Checks and Balances*, welche der Judikative gegenüber der Exekutive zur Verfügung standen, geschwächt wurden (vgl. Lührmann et al., 2018, S. 1326). Von dieser Schwächung der Judikative waren konkret vier Institutionen betroffen: das Verfassungsgericht, der Oberste Gerichtshof, der Nationale Justizrat und die allgemeinen Gerichte (vgl. Matthes, 2020, S. 263). So wurde unter anderem der oberste Gerichtshof neu

besetzt und Richter, welche nicht im Sinne der Regierung urteilten, wurden bestraft (vgl. Applebaum, 2021, S. 13). Während Polen im Jahr 2010 noch einen Liberal Democracy Index von 0.83 vorzuweisen hatte und damit als liberale Demokratie eingestuft werden konnte, sank der Liberal Democracy Index bis 2020 um mehr als 30 Prozent auf 0.49, sodass Polen nunmehr als elektorale Autokratie klassifiziert wird (vgl. Coppedge et al., 2021).

64

In Ungarn hat das Zusammentreffen der Unpopularität einer von Skandalen und Korruption geprägten Regierung mit der Weltwirtschaftskrise die Bereitschaft für eine neue Regierungspartei in der Wahlbevölkerung erhöht (vgl. Batory, 2016, S. 299). Bei der Wahl im Jahr 2010 hat die Koalition aus der rechtspopulistischen Fidesz (vgl. Klassifizierung der Fidesz als rechtspopulistische Partei: Zulianello, 2019) unter Viktor Orbán und der KDNP eine zweidrittel Mehrheit im Parlament gewonnen, womit es der Regierung rechtlich möglich wurde, Verfassungsänderungen zu beschließen. Diese Möglichkeit wurde sofort ausgeschöpft. Im Jahr 2011 wurde die neue Verfassung angenommen, welche im Jahr 2012 in Kraft trat. Diese Verfassung hat unter anderem die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz von der Exekutive stark einschränkt. Darüber hinaus wurde ein neues Wahlsystem eingeführt, welches den Stimmenanteil der Fidesz im Parlament maximiert. So wurde die

Fidesz unter Orbán mit zwei Drittel der Mandate wiedergewählt, obwohl deren Stimmenanteil geringer ausfiel als im Jahr 2010 (vgl. Anders & Lorenz, 2020, S. 4; Batory 2016, S. 285; Bogaards, 2018, S. 1481; Bozóki & Hegedűs, 2018, S. 1174; Hawkins & Littvay, 2019, S. 50). All diese Entwicklungen zusammen greifen nicht nur die liberale, sondern auch die elektorale Komponente der Demokratie an. Der Liberal Democracy Index hat sich zwischen 2010 und 2020 über 30 Prozent auf 0.37 verschlechtert, womit Ungarn nunmehr als elektorale Autokratie klassifiziert wird (vgl. Coppedge et al., 2021).

Elemente des Populismus und deren Verhältnis zur Demokratie

Das Ziel dieses Artikels ist es, Erklärungsmuster für die im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Autokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn zu finden. Die zentrale These lautet, dass rechtspopulistische Parteien mit Regierungsmacht per definitionem Autokratisierungsprozesse einleiten. Um diese These zu stützen, werden im folgenden Abschnitt die zentralen Merkmale des (Rechts-)Populismus aufgezeigt.

Die einschlägige Literatur beschreibt den Populismus als dünne Ideologie, welche sich mit sogenannten Wirtsideo logien verbindet, um die verschiedenen Subtypen

des Populismus zu bilden (vgl. Hawkins & Littvay, 2019; Mudde & Kaltwasser, 2019; Müller, 2016). Grundlegend können zwei derartige Subtypen des Populismus ausgemacht werden: der Rechtspopulismus und der Linkspopulismus. Der europäische Populismus ist überwiegend ein nationalistischer, nativistischer und fremdenfeindlicher Rechtspopulismus, während der lateinamerikanische Populismus überwiegend ein sozialistischer Linkspopulismus ist. Abgesehen von diesen Subtypen eint den Populismus in der Definition der dünnen Ideologie die Interpretation, dass die „Gesellschaft letztlich in zwei homogene antagonistische Lager gespalten ist, »das anständige Volk« und »die korrupte Elite«, und Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (Gemeinwillen) des Volkes sein sollte“ (Mudde & Kaltwasser, 2019, S. 25, Herv. im Orig.).

Die Bezeichnung als dünne Ideologie schreibt dem Populismus zwei jeweils notwendige, aber nicht hinreichende Merkmale zu: das antielitäre und das antipluralistische Element. Der Populismus kann erstens durch ein antielitäres Moment gekennzeichnet sein. Damit ist die Auffassung verbunden, dass dem „homogenen und moralisch überlegenen Volk“ eine „korrupte und eigennützige Elite“ gegenübersteht. Diese „Elite“ kann durch politische, wirtschaftliche oder kulturelle Macht definiert sein, wird aber stets als „dem Volk“ moralisch unterlegen dargestellt, weil

sie „den »Gemeinwillen« des Volkes konterkariert“ (Mudde & Kaltwasser, 2019, S. 34). Der Populismus kann zweitens durch ein antipluralistisches Moment gekennzeichnet sein, da von einem singulären und homogenen Volkswillen ausgegangen wird. Das „wahre Volk“ hat einen singulären und homogenen Willen, alle davon abweichenden Meinungen sind illegitim. Je nach Definition variiert der populistische Volksbegriff, im Rechtspopulismus ist er in der Regel nationalistisch und ethnisch konnotiert. Nach Jan-Werner Müller (2016, S. 42) ist der moralische Alleinvertretungsanspruch zentral, wonach „einzig die Populisten das wahre Volk vertreten; alle anderen vermeintlichen Repräsentanten der Bürger seien auf die eine oder andere Art illegitim.“ Die Populist*innen kennen den singulären homogenen Willen des wahren Volkes vor jeglicher Deliberation und müssen daher nicht mit anderen Repräsentant*innen der Wahlbevölkerung im Parlament darüber deliberieren, was der „Volkswille“ sei. Sie alleine können den singulären und homogenen Volkswillen a priori erkennen: „Wichtig ist in der Weltanschauung der Populisten allein, dass der populistische Politiker den einzig wahren moralischen Volkswillen korrekt identifiziert und im Sinne eines imperativen Mandats umsetzt“ (Müller, 2016, S. 54).

Homogener Volkswille und imperatives Mandat

Dieser Anspruch, den homogenen Volkswillen vor jeder Deliberation kennen zu wollen und ihn dann lediglich „im Sinne eines imperativen Mandats“ (ebd.) umsetzen zu wollen, ist der Grund, weshalb Rechtspopulismus zu Autokratisierung führt. Dies wird ersichtlich, wenn mensch die Idee eines vor jeder Deliberation durch die populistische Partei erkennbaren Volkswillens, welcher nur mehr durch die populistische Partei im Sinne eines imperativen Mandats umgesetzt werden muss, bis ans Ende verfolgt. Parlamente werden überflüssig, da der Wille des Volkes der populistischen Partei bereits bekannt ist und es daher keiner weiteren Deliberation bedarf. Verfassungsgerichte und politische Opposition werden illegitim und müssen unterdrückt werden. Die einzig legitimen Interessen sind jene des „wahren Volkes“, welche durch die populistische Partei repräsentiert werden. Alle davon abweichenden Interessen sind entweder jene der „korrupten und eigennützigen Elite“ oder anderer Personen, welche ebenfalls nicht zum „Volk“ gehören und deren Repräsentation es daher nicht bedarf. Verfassungsgerichte werden illegitim, weil sie mit der Absicht, Minderheitenrechte zu schützen, dem mehrheitlichen „Volkswillen“ entgegenstehen. Wahlrechtsreformen werden notwendig, um die populistische Partei an der Macht zu halten, schließlich sind

sie die wahren Repräsentant*innen des „Volkes“. Vor diesem Hintergrund gilt das normative Ziel, sowohl die „korrupte und eigennützige Elite“ als auch jedwede andere Opposition im Namen des „wahren Volkes“ von der Regierungsmacht fernzuhalten.

Ursachen des Populismus als Ursachen der Autokratisierung

Sozioökonomische Erklärungsansätze

Sozioökonomische Erklärungsansätze des Populismus nehmen die Globalisierung, die Neoliberalisierung, die steigende sozioökonomische Ungleichheit und den technologischen Wandel als Erklärungsfaktoren in den Blick. So argumentieren Sarah Jay und Kolleg*innen (2017), dass steigende sozioökonomische Ungleichheit die Perzeption von Bedrohungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene verstärken. Als Gegenreaktion dieses verstärkten Bedrohungsempfindens würden sich Menschen an Identitätsanker wie die nationale Identität klammern, um das Gefühl von Sicherheit wiederherzustellen. Eine Hervorhebung der nationalen Identität mündet dann schließlich in befürwortenden Einstellungen zu Protektionismus, einwanderungsfeindlichen Haltungen und damit rechtspopulistischen Politikangeboten (vgl. Jay et al., 2017).

Ebenfalls innerhalb des sozioökonomischen Paradigmas argumentieren Anthony Mughan und Kolleg*innen (2003), welche die Ursache für den Stimmenzuwachs rechtspopulistischer Parteien in der strukturell bedingten Arbeitsplatzunsicherheit der neoliberalen Marktwirtschaft verorten. Vor diesem Hintergrund würden rechtspopulistische Akteure die zunehmende internationale wirtschaftliche Integration und Globalisierung als Ursache für die Arbeitsplatzunsicherheit heranziehen und so für Protektionismus, Nationalismus und Grenzschießungen argumentieren (vgl. Mughan et al., 2003). Anknüpfend an diese auf den Arbeitsmarkt bezogene Erklärung argumentiert David Yarrow (2017, S. 570, Übers. d. Verfas.), dass die Ursache des Populismus „der utopische Versuch [der neoliberalen Wirtschaft] ist, Arbeitskraft [engl. Labour] als Ware zu behandeln.“

Derartige ökonomisch bedingte Zukunftssängste sind ein weit verbreitetes Erklärungsmuster innerhalb des sozioökonomischen Paradigmas. So zeigt Sheri Berman (2021) in ihrer Darstellung der einschlägigen Literatur, dass die Angst vor zukünftigen ökonomischen Entwicklungen häufig als primärer Erklärungsfaktor herangezogen wird:

Wenn Individuen besorgt sind, dass sich ihre finanzielle Situation im Laufe der Zeit verschlechtern wird, vielleicht weil

die Branchen, in denen sie beschäftigt sind, aufgrund von Automatisierung, ausländischer Konkurrenz usw. bedroht oder im Niedergang begriffen sind, dann könnten sie für die Anti-Establishment- und Sündenbock-Populisten empfänglich sein. (Berman, 2021, S. 75, Übers. d. Verfas.)

Die Theorie von Wilhelm Heitmeyer (2018, S. 16f.) nimmt das „Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, sozialen Desintegrationsprozessen und politischer Demokratieentleerung“ in den Fokus. Durch den autoritären Kapitalismus dominieren in Gesellschaft und Politik ökonomische Interessen und Handlungsmotive über allen anderen Erwägungen. Das Resultat sei eine Kontrollverschiebung: Kontrollverluste für den Nationalstaat, die Gesellschaft und das Individuum; Kontrollgewinne für den autoritären Kapitalismus. Diese Kontrollverschiebung hat in zweierlei Hinsicht negative Auswirkungen. Erstens wirkt sich der Kontrollverlust nationalstaatlicher Politik negativ auf die Demokratie aus, da es zu vielfältigen Formen der Demokratieentleerung kommt. Dies führt zu institutionell-partizipatorischer Desintegration, politischer Entfremdung, Misstrauen gegenüber politischen Eliten und rechtspopulistischen Einstellungen. Zweitens führt der Kontrollgewinn des autoritären Kapitalismus zur Ökonomisierung des Sozialen, also der Verbreitung ökonomischer Imperative im sozialen Bereich, sodass

fremde Gruppen ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz bewertet werden. Dies wiederum führt zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber nicht wettbewerbsfähigen Menschen (Ideologie der Ungleichwertigkeit). Neben der Abwertung nicht wettbewerbsfähiger Gruppen kommt es durch die Ökonomisierung des Sozialen zur Verbreitung von Handlungsmotiven wie Konkurrenz- und Durchsetzungszwang. Geraten derartige Handlungsmotive in Kombination mit einer prekären Lage, Statusängsten, Desintegrationserfahrungen oder Orientierungslosigkeit kommt es zur Abwertung all jener Gruppen, die als Konkurrenz gesehen werden. Hinzu kommen durch den autoritären Kapitalismus erzeugte (Zukunfts-)Ängste und Kontrollverluste welche von autoritären politischen Akteur*innen mit autoritären Politikangeboten wie Überwachung oder anderen Kontroll- und Repressionsangeboten erwidert werden (vgl. Heitmeyer, 2018).

Soziokulturelle Erklärungsansätze

Soziokulturelle Erklärungsansätze beziehen sich auf einen Konflikt zwischen progressiv-kosmopolitischen und konservativ-kommunitaristischen Werten. Das Ressentiment konservativ-kommunitaristisch eingestellter Gesellschaftsgruppen gegenüber progressiv-kosmopolitischen Gesellschaftstransformationen geht oft

Hand in Hand mit Anti-Immigrations-Einstellungen, sodass dem Rechtspopulismus Vorschub geleistet wird.

So zeigt etwa Daniel Oesch (2008), dass die Haltung, die eigene nationale Identität gegenüber Immigranten verteidigen zu müssen, größeren Einfluss auf die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien hat als ökonomische Missstände. Jens Hainmüller und Daniel Hopkins (2014) bestätigen diese These in ihrer Arbeit.

Ein besonders prominenter Ansatz innerhalb des soziokulturellen Paradigmas ist jener von Ronald Inglehart und Pippa Norris (2016). Mit der Cultural Backlash These stellen sie einen Zusammenhang zwischen der „Silent Revolution“ (Inglehart, 1971), dem Kulturkampf zwischen progressiv-kosmopolitischen und konservativ-kommunitaristischen Werten, und dem nachfolgenden Aufkommen rechtspopulistischer Parteien her. Das hohe Maß an existenzieller Sicherheit und Wohlstand Ende des 20. Jahrhunderts führe dazu, dass jene Kohorten, welche zu dieser Zeit sozialisiert wurden, postmaterialistische Werte annehmen. Diese Gesellschaftstransformation hin zu progressiveren Werten und Einstellungen wie Kosmopolitismus und Multikulturalismus, führe dann aber zu einer Gegenreaktion (dem Cultural Backlash). Vor allem ältere Generationen, weiße Männer und weniger gebildete Schichten lehnen die progressiven Werte ab. Diese

Gruppen entwickeln Ressentiments und bemängeln die Verdrängung der von ihnen hoch gehaltenen konservativen Werte. Imigrationsprozesse verstärken bei diesen Gesellschaftsgruppen den Eindruck, dass traditionelle Normen und Werte rasch verschwinden würden. Vor diesem Hintergrund interpretieren Inglehart und Norris den Aufstieg populistischer Parteien vor allem als Gegenreaktion auf eine Transformation der gesellschaftlichen Zusammensetzung und traditioneller Werte (vgl. Inglehart & Norris, 2016).

Politisch-institutionelle Erklärungsansätze

Politisch-institutionelle Erklärungsansätze nehmen die Repräsentationsdefizite moderner liberaler Demokratien und die Kontrollverluste nationalstaatlicher Politik in den Fokus. Armin Schäfer und Michael Zürn (2021) sprechen hier von der doppelten Entfremdung. Damit ist die Abweichung der konsolidierten Demokratien vom demokratischen Ideal und die daraus resultierende Entfremdung der Bürger*innen von den demokratischen Institutionen gemeint. Die konsolidierten Demokratien weichen insofern vom demokratischen Ideal ab, als sie Repräsentationsdefizite aufweisen. Einerseits sind die Parlamente nur selektiv responsiv, weil den Interessen ökonomisch starker Gesellschaftsgruppen disproportional viel Gewicht verliehen wird. Diese ökonomisch

starken Gesellschaftsgruppen haben – auf Grund ihres tendenziell hohen Bildungsabschlusses – meist liberale Präferenzen, sodass sich die Politik hin zum kosmopolitischen Pol verschiebt. Als Folge dessen sind kommunitaristische Werte systematisch unterrepräsentiert (vgl. Schäfer & Zürn, 2021).

Andererseits ist es nach Schäfer und Zürn (2021) zu einer Entmachtung der nationalstaatlichen Mehrheitsinstitutionen gekommen, weil sich Entscheidungskompetenzen auf nichtmajoritäre Institutionen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichtshöfe oder inter- und supranationale Institutionen verlagern. Da diese Institutionen eine Affinität zu Internationalisierung und Pluralisierung haben, setzen sich auch hier wieder kosmopolitische gegenüber kommunitaristischen Werten durch. Diese Repräsentationsdefizite gegenüber ökonomisch eher schwächeren, konservativ-kommunitaristischen Gesellschaftsschichten führen dazu, dass sich diese von den demokratischen Institutionen entfremden und für Parteien stimmen, welche nationalistische, antielitäre und antipluralistische Haltungen vertreten (vgl. Schäfer & Zürn, 2021).

Diese politisch-institutionelle Dimension ist im Zusammenhang mit Osteuropa besonders interessant. Heather Grabbe (2006) zeigt, wie der EU-Beitrittsprozess osteuropäischer Staaten durch die Kopenhagener

Kriterien im Allgemeinen und die im Vorfeld des Beitritts durchgeführten Verhandlungsgespräche im Speziellen dazu geführt hat, den Handlungsspielraum der Nationalstaaten drastisch einzuschränken. Bei den Beitrittsprozessen der osteuropäischen Staaten hat die EU einen großen Einfluss auf die nationalstaatliche Politik in diversen Politikfeldern ausgeübt, unter anderem in den Bereichen der Wirtschaft, der Justiz, der Sozialversicherungen, der Steuerreformen und der Energie. All diese Entscheidungsfelder liegen üblicherweise im Kompetenzbereich der Nationalstaaten, sodass sich ein Demokratiedefizit beklagen lässt, da die osteuropäischen Staaten selbst kaum demokratisch an diesen Entscheidungsprozessen beteiligt waren (vgl. Grabbe, 2006). Diese Kontrollverluste der Nationalstaaten sind ein prominenter Erklärungsansatz für die dezidiert anti-internationalistischen Haltungen europäischer rechtspopulistischer Parteien im Allgemeinen und der Anti-EU Haltung im speziellen.

Diskussion der Fallbeispiele

In diesem Abschnitt werden die zuvor thematisierten Erklärungsansätze mit den Fallbeispielen Polen und Ungarn in Verbindung gebracht. Sozioökonomische Erklärungsmuster können in Bezug auf Polen und Ungarn durchaus als gewinnbringend interpretiert werden, aber die

Argumentation von Jay und Kolleg*innen (2017) – steigende sozioökonomische Ungleichheit würde schlussendlich zur Hervorhebung der nationalen Identität und damit fremdenfeindlichen Einstellungen führen – ist im Kontext von Polen und Ungarn nicht sonderlich fruchtbar. Ein Blick auf den Gini-Koeffizienten, ein statistisches Maß der sozioökonomischen Ungleichheit, zeigt, dass sowohl Polen als auch Ungarn über dem EU-Durchschnitt liegen (vgl. Eurostat, 2021b), in Bezug auf sozioökonomische Ungleichheit also egalitärer sind. Auch wenn Mughan und Kolleg*innen (2003) und Yarrows (2017) strukturelle Erklärungen zunächst plausibel erscheinen, handelt es sich doch um globale Faktoren. Für die Analyse der Fallbeispiele Polen und Ungarn ist die Berücksichtigung dieses Faktors somit nicht sehr aufschlussreich. Ansonsten müsste sich die Demokratiequalität in allen kapitalistischen Gesellschaften ähnlich entwickeln, dies ist jedoch keineswegs der Fall. Heitmeyers (2018) Argumentation, die strukturell bedingte Ökonomisierung des Sozialen würde in Kombination mit prekären Arbeitsverhältnissen, verbauten Aufstiegschancen oder mit gefährdeter sozialer Absicherung zu sozialstruktureller Desintegration – und damit zur Abwertung nicht wettbewerbsfähiger Menschen, zur Reklamation von Etablierten Vorrechten und letztlich zu gestiegener Empfänglichkeit für autoritär-rechtspopulistischer Politikangebote – führen, erscheint für die

Fälle Polen und Ungarn schon eher plausibel. Polen und Ungarn waren vor dem historischen Hintergrund der kommunistischen Planwirtschaft im Vergleich zum Westen wirtschaftlich rückständig und auch heute liegt das BIP pro Kopf in Osteuropa noch signifikant hinter jenem Westeuropas (vgl. Eurostat, 2021a). Obgleich diese Argumentation einen komplexen Sachverhalt und ein breites Forschungsfeld stark vereinfacht, kann zumindest vorläufig der Schluss gezogen werden, dass ein sozioökonomischer Erklärungsansatz im Sinne Heitmeyers (2018) ein Erklärungsfaktor sein kann. Der Tatbestand, dass diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch auf die übrigen beiden Staaten der Visegrád-Gruppe, der Slowakei und der Tschechischen Republik, zutreffen und auch in diesen beiden Staaten – wenn auch zu einem geringeren Ausmaß als in Polen und Ungarn – Autokratisierungsprozesse zu beobachten sind (vgl. Anders & Lorenz, 2020, S. 1), bekräftigt sozioökonomische Erklärungsansätze im Sinne Heitmeyers (2018) weiter. Doch, wie bereits angemerkt, muss diese Schlussfolgerung kritisch hinterfragt werden.

Wie können die beiden übrigen Erklärungsansätze, nämlich der soziokulturelle und der politisch-institutionelle Erklärungsansatz, auf die Fallbeispiele angewandt werden? Vor dem Hintergrund einer Kompetenzverlagerung von den Nationalstaaten auf nicht-majoritäre

nationale Organisationen und inter-, sowie supranationale Institutionen – welche auf der Nachfrageseite zur mangelnden Repräsentation konservativ-kommunitaristisch eingestellter Gesellschaftsgruppen führt (vgl. Schäfer & Zürn, 2021) – kommt es im Sinne Heitmeyers (2018) zu institutionell-partizipatorischer Desintegration. Das daraus resultierende Defizit an moralischer Anerkennung führt zu dichotomen Weltbildern, bestehend aus „Elite“ und „Volk“, sowie einem Cultural Backlash im Sinne Norris und Ingleharts (2016), womit die Empfänglichkeit für (rechts-)populistische Politikangebote steigt. Auf der Angebotsseite bietet die mangelnde Repräsentation konservativ-kommunitaristisch eingestellter Gesellschaftsgruppen einen Raum für die entsprechenden Politikangebote. Dieser Erklärungsansatz ist im Kontext der Fallbeispiele Polen und Ungarn besonders fruchtbar, weil es im Zuge des EU-Beitrittsprozesses zu vielfältigen Kontrollverlusten von Seiten der Nationalstaaten kam, wie Grabbe (2006) eindrücklich zeigt. Bestärkt wird diese Argumentation dadurch, dass die Kritik bezüglich zu intensiver und weitreichender Einmischung in die nationalstaatliche Politik von Seiten der EU auch direkt von Polen geäußert wurde (vgl. Anders & Lorenz, 2020, S. 5). In Bezug auf die dichotomen Weltbilder, welche durch institutionell-partizipatorische Desintegration entstehen, muss in Zusammenhang mit Polen und Ungarn eine wichtige Verschiebung festgehalten

werden. Das antielitäre Element des (Rechts-)Populismus bleibt durchaus erhalten, auch wenn Populist*innen in Regierungspositionen gelangen. Die „korrupte Elite“ ist dann eben nicht mehr die nationale politische Elite, sondern die politische Elite der EU. So zeigen etwa Gert Pickel und Cemal Öztürk (2020, S. 74), dass rechtspopulistische Akteur*innen in Regierungspositionen weiterhin eine antielitäre Haltung einnehmen können, indem sie Islamophobie und Euroskeptizismus miteinander verbinden und behaupten, die Bürokrat*innen in Brüssel würden angeblich eine „sogenannte Invasion der Muslime inszenier[en]“ (ebd., Übers. d. Verfas.). Dies zeigt, dass die für den Populismus zentrale antielitäre Rhetorik auch dann weitergeführt werden kann, wenn sich populistische Akteur*innen selbst in Regierungspositionen befinden.

National spezifische Erklärungsfaktoren

Abschließend soll der Blick über die hier dargestellten theoretischen Zugänge ausgeweitet werden, damit auch national spezifische Erklärungsfaktoren Beachtung finden, welche in diesem Artikel aus Platzgründen nicht näher thematisiert wurden. Speziell für den Fall Ungarn gibt es eine Reihe von Besonderheiten, welche in einem gesonderten Artikel analysiert werden könnten. Agnes Batory (2016,

S. 299) hebt drei Besonderheiten im Fall Ungarns heraus: (1) Die überwältigende Zweidrittelmehrheit, welche eine Verfassungsänderung möglich gemacht hat, (2) die starke Parteidisziplin, wodurch Orbán als Parteivorsitzendem zusätzliche Macht zukommt und (3) den Tatbestand, dass die Fidesz keine typische populistische Partei ist, weil sie nicht als neu gegründete Partei in der Außenseiterrolle auf das politische Parkett getreten ist, sondern aus einer Umformung einer bereits bestehenden moderaten Zentrumspartei entstanden ist und damit bereits transnational verknüpft war. Hinzu kommt im Kontext Ungarns die Verschwörungstheorie rund um den Milliardär George Soros, welcher – der Verschwörungstheorie zu Folge – „Ungarn durch den Import von Migranten“ (Applebaum, 2021, S. 45) zerstören will. Als Konsequenz dieser Verschwörungstheorie stellt Applebaum fest, dass Migrant*innen von Teilen der ungarischen Bevölkerung als existenzielle Bedrohung für die ungarische Nation gesehen werden. Dies bekräftigt soziokulturelle Ansätze, welche die Gefährdung der kulturellen Homogenität und nationalen Identität durch Immigration als Erklärung heranziehen (vgl. Oesch, 2008; Hainmüller & Hopkins, 2014). Die verstärkte Salienz der nationalen Identität als Resultat einer Verschwörungstheorie und der damit implizierten Bedrohung der nationalen Identität durch *kulturelle Überfremdung* ist ein national spezifischer Faktor, welcher im

Sinne eines soziokulturellen Erklärungsansatzes der rechtspopulistischen Fidesz Vorschub geleistet haben dürfte und damit indirekt zur Autokratisierung beigetragen hätte. Das Defizit an regional spezifischen Faktoren, welche in der Literatur für den Fall Polen genannt werden, deutet auf eine Forschungslücke hin und eröffnet somit die Möglichkeit für zukünftige Forschung.

LITERATUR

- Anders, L. & Lorenz, A. (2020). Examining Illiberal Trends and Anti-EU Politic in East Central Europe from a Domestic Perspective: State of Research and Outline of the Book. In dies. (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe, Palgrave Studies in European Union Politics* (S. 1–28). Palgrave Macmillan.
- Applebaum, A. (2021). *Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist*. Siedler.
- Batory, A. (2016). Populists in government? Hungary's "system of national cooperation". *Democratization*, 23(2), 283–303.
- Berman, S. (2021). The Causes of Populism in the West. *Annual Review of Political Science*, 24, 71–88.
- Bogaards, M. (2009). How to classify hybrid regimes? Defective democracy and electoral authoritarianism. *Democratization*, 16(2), 399–423.
- Bogaards, M. (2018). De-democratization in Hungary: diffusely defective democracy. *Democratization*, 25(8), 1481–1499.
- Bozóki, A. & Hegedűs, D. (2018). An externally constrained hybrid regime: Hungary in the European Union. *Democratization*, 25(7), 1173–1189.
- Buzogány, A. (2017). Illiberal democracy in Hungary: authoritarian diffusion or domestic causation? *Democratization*, 24(7), 1307–1325.
- Coppedge, M., Gerring, J., Knutsen, C. H., Lindberg, S., Teorell, J., Alizada, N., Altman, D., Bernhard, M., Agnes, C., Fish, S., Gastaldi, L., Gjerløw, H., Glynn, A., Hicken, A., Hindle, G., Ilchenko, N., Krusell, J., Luhrmann, A., Maerz, S., Marquardt, K., McMann, K., Mechkova, V., Medzihorsky, J., Paxton, P., Pemstein, D., Pernes, J., Römer, J. v., Seim, B., Sigman, R., Skaaning, S.-E., Staton, J., Sundström, A., Tzelgov, E., Wang, Y., Wig, T., Wilson, S. & Ziblatt, D. (2021). Varieties of Democracy Project. *Dataset v11.1*, <https://www.v-dem.net/vdemds.html>
- Eurostat (2021a). *GDP per capita, consumption per capita and price level indices*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=GDP_per_capita_consumption_per_capita_and_price_level_indices
- Eurostat (2021b). *Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens - EU-SILC Erhebung*, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_di12&lang=de
- Grabbe, H. (2006). *The EU's Transformative Power: Europeanization Through Conditionality in Central and Eastern Europe*. Palgrave Macmillan.
- Hainmüller, J. & Hopkins, D. J. (2014). Public attitudes towards immigration. *Annual Review of Political Science*, 17, 225–249.
- Hawkins, K. & Littvay, L. (2019). *Contemporary US Populism in Comparative Perspective. Elements in American Politics*. Cambridge University Press.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*. Suhrkamp.
- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *The American Political Science Review*, 65(4), 991–1017.
- Inglehart, R. & Norris, P. (2016). Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-nots and cultural backlash. *HKS Faculty Research Working Paper Series*.
- Jay, S., Batruch, A., Jetten, J., McGarty, C. & Muldoon, O. T. (2017). Economic inequality and the rise of far-right populism: A social psychological analysis. *Journal of Community & Social Psychology*, 29(5), 418–428.
- Lührmann, A. & Lindberg, S. I. (2019). A third wave of Autocratization is here: What is new about it? *Democratization*, 26(7), 1095–1113.

Lührmann, A., Mechkova, V., Dahlum, S., Maxwell, L., Olin, M., Petrarca, C., S., Sigman, R., Wilson, M. C. & Lindberg, S. I. (2018). State of the world 2017: Autocratization and exclusion? *Democratization*, 25(8), 1321–1340.

Maerz, S. F., Lührmann, A., Hellmeier, S., Grahn, S. & Lindberg, S. I. (2020). State of the world 2019: Autocratization surges – resistance grows. *Democratization*, 27(6), 909–927.

Matthes, C. (2020). Safeguarding Democracy and the Rule of Law by Civil Society Actors? The Case of Poland. In A. Lorenz & L. Anders (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe*, Palgrave Studies in European Union Politics (S. 263–284). Palgrave Macmillan.

Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2019). *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Dietz.

Mughan, A., Bean, C. & McAllister, I. (2003). Economic globalization, job insecurity and the populist reaction. *Electoral Studies*, 22(4), 617–633. [https://doi.org/10.1016/S0261-3794\(02\)00047-1](https://doi.org/10.1016/S0261-3794(02)00047-1)

Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Suhrkamp.

Oesch, D. (2008). Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. *International Political Science Review*, 29(3), 349–373.

Pickel, G., & Öztürk, C. (2020). The Varying Challenge of Islamophobia for the EU: On Anti-Muslim Resentments and Its Dividend for Right-Wing Populists and Eurosceptics—Central and Eastern Europe in a Comparative Perspective. In L. Anders & A. Lorenz (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe*, Palgrave Studies in European Union Politics (S. 57–80). Palgrave Macmillan.

Przeworski, A. (2020). *Krisen der Demokratie*. Suhrkamp.

Schäfer, A. & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Suhrkamp.

Yarrow, D. (2017). Progressive Responses to Populism. A Polanyian Critique of Liberal Discourse. *The Political Quarterly*, 88(4), 570–578.

Zulianello, M. (2020). Varieties of Populist Parties and Party Systems in Europe. From State-of-the-Art to the Application of a Novel Classification Scheme to 66 Parties in 33 Countries. *Government and Opposition*, 55, 327–347.

ZUM AUTOR

Niklas Waldner, 21, studiert Soziologie und Politikwissenschaft im Bachelor an der Universität Innsbruck. Seine wissenschaftlichen Interessengebiete sind die Vergleichende Demokratieforschung und Internationale Beziehungen, insbesondere Security Studies.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Andreas Schulz**, **Hendrik Erz**, **Michelle Giez**, **Nils Haacke** und **Dominik Dauner**.

SOZIOLOGIE
MAGAZIN
Publizieren statt archivieren

IN
BIELEFELD

41. KONGRESS DER DEUTSCHEN
GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

26 - 30 SEP 2022

Der *soziologiemagazin e.V.* wird beim 41. DGS-Kongress mit dem Ad-Hoc-Panel *Vermittlung zwischen polarisierten Welten? Ein- und Ausblicke aus Wissenschaft und Praxis* vertreten sein. Wir freuen uns auf interessante Diskussionen!



PERSPEKTIVE

Von Schreibschulen und Pegida-Verstehern

Neurechte Literaturkritik

von Laura Karoline Rogalski

77

Durch die zunehmende Intellektualisierung des Rechtspopulismus, die mit einem gesteigerten wissenschaftlichen wie auch publizistischen Interesse an der Bewegung der Neuen Rechten einhergeht, wächst auch das Bewusstsein für neue Aktionsformen, die im Kulturbereich angesiedelt sind. In der Soziologie sind die Spezifika der Inanspruchnahmen der Kunst von rechts bisher jedoch weitestgehend außer Acht gelassen worden, wengleich durchaus Konsens darüber besteht, dass für die Bewegung Literatur von besonderer Bedeutung zu sein scheint. Der vorliegende Artikel nimmt dies zum Ausgangspunkt und zeigt auf, an welchen Stellen eine soziologische Analyse neurechter Literaturkritik ansetzen könnte. Hierbei wird einerseits die Bewegung der Neuen Rechten sowie deren Literaturpolitik vorgestellt, andererseits die Institution der Literaturkritik aus soziologischer Perspektive theoretisiert. Dabei wird das Augenmerk auf zwei zentrale Funktionen, die Wertung und die Deutung von Literatur, gelegt. Illustriert wird dies beispielhaft anhand von Ausschnitten aus der YouTube-Literatursendung *Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen*.

abstract

Schlagwörter

Neue Rechte; Literaturkritik; Praxistheorie; Literatursoziologie; Wertungsprozesse

Einleitung

Nicht erst das Aufkommen der AfD und deren Einzug in die Parlamente der Bundesrepublik zeigt, dass rechtsextreme Positionen auf dem Vormarsch sind und zunehmend in die Mitte der Gesellschaft rücken (Celik et al., 2020). Nicht weniger wichtig als die parlamentarische Repräsentation extrem rechter Akteure ist für diesen Prozess die metapolitische Dimension – ein Großteil der Wissenschaft ist sich darüber einig, dass die zentrale Strategie der sogenannten *Neuen Rechten* die „Kulturrevolution“ ist, also das bewusste Anstoßen einer Hegemonieverschiebung im Kulturellen, um die eigenen Positionen langfristig im gesellschaftlichen Diskurs zu etablieren (Gessenharter, 1998; Weiß, 2017). Die These einer gesteigerten Bedeutung von Kultur für rechte Akteure steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Diagnosen einer Kulturalisierung der Politik (Reckwitz, 2017).

Wie genau die Strategie der kulturellen Hegemonieverschiebung im Fall der *Neuen Rechten* ausgestaltet ist, insbesondere hinsichtlich der Kunst im Allgemeinen und der Literatur im Besonderen, ist jedoch in der Forschung kaum untersucht worden. Im Gegensatz dazu sind Allianzen zwischen der *Neuen Rechten* und dem Literaturbetrieb spätestens seit den Vorkommnissen auf der Frankfurter Buchmesse 2017 um den Auftritt des AfD-Politikers

Björn Höcke ein wiederkehrendes Thema im Feuilleton, wie nicht zuletzt neuerliche Diskussionen um die Teilnahme rechter Verlage an der vergangenen Buchmesse zeigen (Weidermann, 2021).

Um die Potentiale dieser Forschungslücke, die im Bereich der Spezifika der rechten Vereinnahmung von Kunstdiskursen fraglos zu konstatieren ist, aufzuzeigen, soll dargelegt werden, an welchen Stellen eine soziologische Analyse neurechter Praktiken im Feld der Kunst(-kritik) ansetzen könnte. Ausgangspunkt bilden hierbei allgemeine Theoretisierungen der Literaturkritik, die mithilfe von Beispielen aus der YouTube-Literatursendung *Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen* illustriert werden sollen. Derlei Fragestellungen werden insbesondere vor dem Hintergrund von Diskursen relevant, die der Kunst eine inhärente Widerständigkeit zuschreiben (Rancière, 2008) oder zumindest eine romantisierte Vorstellung des „engagierten“, zumeist linken Intellektuellen vertreten (Sartre, 1958). Denn, wie der Soziologe Oliver Nachtwey anmerkt, sei das Emanzipative keinesfalls der Literatur an sich eigentümlich, sodass jene durchaus als „Motor der Gegenauflklärung“ (Nachtwey, 2020, S. 309) fungieren könne. In diesem Artikel wird demnach eine Perspektive vertreten, welche die Beantwortung der Fragestellung nach einer *prinzipiellen*, etwa durch die Form bedingten Widerständigkeit der Kunst zugunsten einer Betrachtung

spezifischer Praktiken, die in diesem Fall auf der Seite der Rezipient*innen angesiedelt sind, zurückstellt.

Konkret wird einerseits die Bewegung der *Neuen Rechten* und ihre Literaturpolitik vorgestellt, andererseits wird skizziert, welche soziologischen Theoretisierungen der Literaturkritik Anknüpfungspunkte für eine Analyse neurechter Literaturpolitik bieten. Dies wird beispielhaft durch Passagen aus *Aufgeblättert. Zugeschlagen* belegt.

Die Neue Rechte – how new is new enough?

Zentral für die Bestimmung des Begriffs *Neue Rechte* ist die Frage nach der Neuartigkeit der unter ihm gefassten Akteure. Hierbei steht *neu* einerseits im Gegensatz zu einer *alten* Rechten (Weiß, 2017), aber auch in Analogie zu einer neuen *Linken* (Salzborn, 2018). Relative Einigkeit besteht darüber, dass auf der ideologischen Ebene die Kontinuitäten gegenüber den Brüchen überwiegen (ebd., 2018) und die Neuartigkeit eher im Bereich der Strategien zu finden sei.

Die konservative Revolution (Backes & Jesse, 1991; Langebach & Raabe, 2016; Pfahl-Traughber, 1998) gilt als wichtigstes ideologisches Erkennungsmerkmal der Bewegung. Der Begriff wurde maßgeblich durch Armin Mohler und

seine 1949 erschienene Dissertation *Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932* geprägt. Diese etablierte sich schnell als Bezugspunkt der *Neuen Rechten* und besteht in dieser Funktion bis heute fort (Langebach & Raabe, 2016). Laut dem Historiker Volker Weiß (2017) handelte es sich um einen Versuch, eine rechte Position nach den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs zu rehabilitieren, in eine alternative Traditionslinie zu stellen und bewusst vom Nationalsozialismus zu trennen. Die Konstruktion dieses Mythos erfolgte jedoch auf Basis von „gewagten Konstruktionen, Auslassungen und Legenden“ (Weiß, 2017, S. 44).

Die Hauptziele der *Neuen Rechten* sind in der Forschungsliteratur mit der „Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik“ (Salzborn, 2018, S. 76) und der Etablierung einer kulturellen Hegemonie (Weiß, 2017) benannt. Intellektualisierung wird hierbei wertneutral verwendet, losgelöst von einem Verständnis als „aufgeklärtes, reflektiertes, selbstkritisches Denken“ (Salzborn, 2018, S. 76), und meint die Praxis, „die eigenen Positionen formal nachvollziehbar [...] [zu formulieren, sodass sie] in Bezugnahme auf dritte Referenzen dem Anspruch einer intellektuellen Auseinandersetzung genügen“ (Salzborn, 2018, S. 76). Völkische Positionen werden geistes- und ideengeschichtlich fundiert, um eine kulturelle Hegemonie-

verschiebung anzustoßen und langfristige einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse den Weg zu bereiten (Brauner-Orthen, 2001). Die Ursprünge neurechter Metapolitik werden einerseits auf eine Übernahme der Strategien der in den 1960er Jahren entstandenen neuen Linken zurückgeführt (Salzborn, 2018; Weiß, 2017), andererseits ist vor allem die Rezeption des marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci durch neurechte Akteure von Bedeutung (Pfahl-Traughber, 1998). Hierbei wird „auf die nachhaltig prägende Wirkung von intellektuellen Medien in Form von Romanen, Theaterstücken, Filmen und Fernsehsendungen [verweisen]“ (Langebach & Raabe, 2016, S. 570). In der Praxis erfolgt eine terminologische Anpassung an die politische oder mediale Umgebung, um die eigenen Ziele zu verschleiern und rechtsextreme Positionen im Mainstream sagbar zu machen. Karlheinz Weißmann, Mitbegründer der zentralen Denkfabrik der *Neuen Rechten*, des *Instituts für Staatspolitik (IfS)*, ruft gar zur „politischen Mimikry“ (Weißmann, 1986, S. 179) auf, womit eben diese Strategie gemeint ist.

Neurechte Literatur- und Sprachpolitik

Sucht man nach empirischen Studien, die sich den künstlerischen und intellektuellen Strategien der *Neuen Rechten* widmen, fällt auf, dass in der Soziologie vor allem die

Identitäre Bewegung (z.B. Boehnke, 2019; Hornuff, 2019) und das *IfS* um Weißmann und Götz Kubitschek, dessen Umfeld auch die Beteiligten des im Fokus stehenden Formats entstammen, in den Blick genommen wurden (Kellershohn, 2016). Zu diesem Wirkungskreis kann auch die Buchhandlung *BuchHaus Loschwitz* gezählt werden, die die Literatursendung *Aufgeblättert. Zugeschlagen* gemeinsam mit dem Verlag *Antaois*, dem „Hausverlag“ (Weiß, 2015, S. 108) des *IfS*, produziert. Susanne Dagen, Inhaberin der Buchhandlung und Moderatorin des Formats, gilt als „Bindeglied der Neuen Rechten zum Literaturbetrieb“ (Hoffmann, 2021, S. 226), da sie bereits vor ihrer Radikalisierung innerhalb der (ost-)deutschen Literaturszene vernetzt war. Die Literaturpolitik wird von einigen Autor*innen gar als „zentrale[s] Interventionsgebiet der neurechten Thinktanks“ (Hoffmann, 2021, S. 227) bezeichnet, da sie maßgeblich zur „Formierung und Stabilisierung [ihres] Diskurses [...] beiträgt“ (Meurer, 2021, S. 195f.). Ellen Kositzka, die das Format gemeinsam mit Susanne Dagen moderiert, ist wiederum als Redakteurin der *Sezession*, einer vom *IfS* herausgegebenen Zeitschrift, und Ehepartnerin Kubitscheks ebenso eng mit diesem Umfeld verbunden.

Inwiefern die *Neue Rechte* in ihrer Rezeption der Komplexität von Literatur gerecht wird, ist umstritten. Einerseits gibt es die These, die *Neue Rechte* lese Literatur

als „Folie, die man beliebig auf aktuelle Ereignisse legen kann, um sich in den eigenen Befindlichkeiten, Zeitdiagnosen und Weltanschauungen bestätigt zu sehen“ (Gládic & Thomalla, 2020, S. 7), und bleibe so hinter einem modernen Literaturverständnis zurück. Es existiert aber auch die Einschätzung, dass vor allem im Umfeld Kubitscheks die Autonomie der Literatur propagiert, ihr ästhetischer Eigenwert jedoch oftmals politisch funktionalisiert wird: Die Kunstautonomie wird nach rechts verschoben und gegen „Übergriffe der *political correctness* und der *cancel culture*“ (Hoffmann, 2021, S. 230, Herv. im Orig.) in Stellung gebracht. Dies kann in Analogie zur Sprachkritik der *Neuen Rechten* gesehen werden, die sich zwar vordergründig gegen „politisch korrekte“ Sprache richtet, dahinter aber das weitreichendere Ziel einer Verbreitung rechts-extremistischer Positionen verfolgt (Lobin, 2021). Festgehalten werden kann, dass die neurechte Lektürepraxis stets einen politischen Impetus hat, was jedoch nicht bedeutet, dass einzig Autor*innen studiert würden, die sich in ideologischer Nähe befinden (Gládic & Thomalla, 2020) oder dass eine „wilde“ Aneignung“ (Meurer, 2021, S. 211) der „Gegenseite“ vollzogen wird. Vielmehr wird die „Kulturtechnik des Lesens *als solche*“ (Meurer, 2021, S. 211, Herv. im Orig.) propagiert. Diese steht, losgelöst von thematisierten Inhalten, in einem engen Zusammenhang mit der Darstellung „intellektueller Potenz und

bürgerlicher Mäßigung“ (Meurer, 2021, S. 212) und passt gerade deshalb gut in das Projekt einer grundlegenden Reformierung der Rechten, denn die habituelle und narrative Abgrenzung von einer alten Rechten kann so in die Praxis überführt werden. Dabei sollte jedoch nicht aus dem Blick geraten, dass die Verbindungen zu klassisch neonazistischen Akteuren, sowohl auf ideologischer als auch personeller Ebene, bestehen bleiben. In der Praxis schließt die neurechte Literaturpolitik die Bestrebungen einer Neuformierung des Kanons, eine ästhetische, humanistische Erziehung sowie die Aktion und Provokation im Literaturbetrieb mit ein (Hoffmann, 2021). All diese Ziele bündeln sich in der Literaturkritik – so ist jene die Instanz, die maßgeblich zur Kanonformierung beiträgt, die „richtige“ Art des Lesens und Sprechens über Literatur etabliert (van Rees, 1983) und insbesondere im audiovisuellen Format als „Medienritual“ (Dörner & Vogt, 2013, S. 250) öffentlichkeitswirksame Bilder produziert.

Die neurechte Metapolitik zielt grundsätzlich auch auf die Erlangung einer Vormacht über die Sprache ab (Seeflén, 2018; Stahl, 2019). Besonders fruchtbar erscheint das Konzept der „Halbwahrheiten“ (Gess, 2021) im Zusammenhang mit (rechts-)populistischer Kommunikation. Eng verbunden mit Diagnosen des „Post-Faktischen“ (Hendricks & Vestergaard, 2018) stehen hier mehr als Desinformation und „Fake

News“ die Gleichzeitigkeit von faktualen und fiktionalen Elementen und das Bedürfnis nach narrativer Geschlossenheit und Affizierung im Vordergrund.

Literaturbetrieb

Um den Literaturbetrieb aus soziologischer Perspektive zu analysieren, bieten sich feldtheoretische Arbeiten an. Diese stellen ein Instrumentarium bereit, mit dessen Hilfe die im Feld herrschenden Machtstrukturen und damit einhergehende Praktiken untersucht werden können. Ein wichtiger Kritikpunkt, insbesondere seitens der Literaturwissenschaft, ist hierbei, dass der ästhetische Eigenwert des einzelnen Kunstwerks zugunsten seines Stellenwerts als Distinktionsartefakt zurückgestellt wird, ästhetische Strömungen und Entwicklungen somit einzig in ihrer Bedingtheit durch soziale Strukturen erfasst werden (Friedrich, 2001). Da an dieser Stelle jedoch vor allem die Prozesse der Wertung von Literatur betrachtet werden sollen, scheint diese Perspektive zielführender als andere kunstsoziologische Ansätze.

„Das literarische Feld bildet nach Bourdieu nicht nur ein eigenständiges soziales Kräftefeld, sondern wird zugleich als ein Kampfplatz um kulturelle Legitimation der Produkte künstlerischen Arbeitens begriffen“ (Gerhards & Anheier, 1997, S. 129). Beteiligt sind hieran sowohl Kunst-

schaffende als auch Rezipient*innen, wobei Kritiker*innen eine „Gate Keeper“-Funktion für die Generierung symbolischen Kapitals kultureller Güter zukommt. Ihre jeweilige Position im Feld ist maßgeblich von der Fähigkeit abhängig ihre Deutung dessen, was als legitime literarische oder künstlerische Form angesehen wird, durchzusetzen (Bourdieu, 1983).

Das literarische Feld verfügt über zwei Pole, einen autonomen und einen heteronomen. Mit ersterem sind Positionen verknüpft, die aufgrund ihres Kapitals die Autonomie des Feldes vorantreiben können. Er entspricht der „Elitenkunst“. An letzterem agieren Akteure, deren Kapital sie an ein Publikum oder andere Felder bindet. Dies entspricht dem Pol der Massenproduktion. In ersterer Gruppe ist eine Vorstellung der *L'art pour l'art* vorherrschend, während zu letzterer die bürgerliche Kunst gezählt werden kann. Der Allgegenwärtigkeit von Distinktionsprozessen und Machtkämpfen, die Teil der Bourdieuschen Theorie ist, geschuldet, verschieben sich die konkreten Merkmale dessen, was als gute Kunst definiert wird, stetig (Bourdieu, 1983). Herauszustellen ist, dass insbesondere im deutschsprachigen Literaturbetrieb die Unterscheidung zwischen Unterhaltungs- und ernster Literatur, die grob den beiden Polen des Feldes entspricht, relativ starr ist: Hierbei entscheidet die Literaturkritik vor allem über die Zugehörigkeit eines Werkes zu letzterer, da im Bereich der

Unterhaltungsliteratur eher Faktoren wie Verkaufszahlen eine Rolle spielen (Vogt, 1994). Die Differenz zwischen U und E oder Kunst und Kitsch stellt ein Modell dar, das für die Analyse der Literaturkritik zielführend scheint, da diese Unterscheidung konstitutiv für das Selbstverständnis der Kritik ist, wenngleich sich seit den 1990er Jahren auch eine Entwicklung hin zur zunehmenden Öffnung dieser Differenz abzeichnet, denn Phänomene wie das der Popliteratur lösen den wechselseitigen Ausschluss von kommerziellem Erfolg und literarischem Anspruch sukzessive auf (Holler, 2008).

Literaturkritik

Die Literaturkritik ist die Institution, „der aus literatursoziologischer Perspektive vielleicht die größte Bedeutung zukommt“ (Magerski & Karpstein-Eßbach, 2019, S. 133), denn sie nimmt maßgeblich Einfluss darauf, welchen Werken Aufmerksamkeit zuteil und welche Wertigkeit ihnen jeweils zugeschrieben wird. Sie ist somit die Institution, die Autonomie ermöglicht, indem sie zur Beobachterin der Literatur als Literatur wird und eine Form von Eigengesetzlichkeit festschreibt, wobei die konkreten Inhalte der ihr zugrundeliegenden Regeln und die Bewertungskriterien stetig neu verhandelt werden müssen, um die „Auseinandersetzung um die beste und wahre Literatur“ (Magerski

& Karpstein-Eßbach, 2019, S. 133) als zentrale Triebkraft innerhalb des literarischen Raums aufrechtzuerhalten. Sie ist zudem Mittlerinstanz zwischen einem – gesamtgesellschaftlich betrachtet – kleinen Raum, in dem sich literarische Expert*innen bewegen, und einer breiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Hierbei ist nicht allein von Bedeutung, *welchen* Werken durch die Kritik Aufmerksamkeit zuteilwird, sondern auch *wie* diese Werke eingeordnet werden. Diese Einordnung muss sich nicht auf eine Einteilung in gelungene und weniger gelungene Werke beschränken, sondern beeinflusst auch deren Interpretation (Corse & Griffin, 1997; Griswold, 1987). An dieser Stelle lässt sich also zwischen zwei Funktionen der Literaturkritik unterscheiden: einerseits die Kanonisierung oder „Konsekration“ (Bourdieu, 1999, S. 86), andererseits die Konstruktion von Bedeutung, wenngleich auch beide an verschiedenen Stellen miteinander verwoben sind. Erstere soll im Folgenden unter dem Konzept der sozialen Praxis, letztere unter dem Begriff des Meaning-Making betrachtet werden. Die „politische Mimikry“ der *Neuen Rechten* sollte in diesem Zusammenhang also in einer Orientierung an den Praktiken der Literaturkritik und den zugehörigen Kriterien bestehen, während das „Meaning Making“ es ermöglicht, gesellschaftliche Deutungen und somit (meta-)politische Inhalte und Positionen zu kommunizieren.

Literaturkritik als soziale Praxis

Betrachtet man Literaturkritik als soziale Praxis, wird meist unter Zuhilfenahme der Sichtbarmachung feldinterner Machtdynamiken untersucht, wie Urteile über einzelne Werke zustande gekommen sind, welche Mechanismen zusammengewirkt und welche Kriterien hierbei eine Rolle gespielt haben, um den Prozess der Kanonisierung von literarischen Werken nachzuvollziehen.

84 Wertungsprozesse im Bereich der Kunst zeichnen sich durch ein hohes Maß an Unsicherheit aus, da es sich bei Kunstwerken um „singuläre Produkte“ (Karpik, 2011, S. 21) handelt, deren Wert nicht standardisierbar oder auf eine einzelne Eigenschaft reduzierbar, sondern von verschiedenen Aspekten und deren Wechselwirkungen untereinander abhängig ist. Die Logik des literarischen Feldes lässt sich hierbei als Umkehrung des Ökonomischen beschreiben: Während in letzterem eine Wertzuschreibung auf Basis des instrumentellen Nutzens eines Objekts vorgenommen wird, ist es im Literarischen der symbolische Wert, der dieses in eine Hierarchie künstlerischer Objekte einordnet (Hutter & Throsby, 2008). Die Legitimität der Wertungen und somit ihre Generalisierbarkeit beruht vor allem auf der Legitimität des Wertungsprozesses, der sich institutionalisiert hat. Damit anerkannte Aussagen über Literatur getroffen werden können,

müssen also bestimmte Mechanismen und Schritte des Wertungsprozesses beachtet werden (Chong, 2013).

Literarischer Wert ist *zugeschrieben* und eingebettet in implizite oder explizite normative Annahmen über das Wesen und die Funktion von Literatur (Chong, 2020; van Rees, 1983, 1987) und deshalb stets anfechtbar. Kritiker*innen ist es somit nicht möglich, anhand von textimmanenten Merkmalen die substanzielle Qualität eines Werkes abschließend zu bestimmen. Klassischerweise wird davon ausgegangen, dass deskriptive, interpretative und evaluative Aussagen aufeinander aufbauend schließlich zu einem Urteil führen, was aus literatursoziologischer Perspektive jedoch nicht haltbar scheint – vielmehr sind alle über ein Werk getroffenen Aussagen abhängig von einem zugrundeliegenden Literaturverständnis (van Rees, 1987). Für die jeweiligen Kritiker*innen steht im Wertungsprozess auch die eigene Position im Gefüge des Betriebs auf dem Spiel (Bourdieu, 1983; Janssen, 1997), und zwar nicht nur explizit, sondern auch implizit: So ist neben konkreten Urteilen ebenjenes vertretene Literaturverständnis von Bedeutung. Einerseits müssen Kritiker*innen im Einklang mit einem vorherrschenden Literaturbegriff urteilen können, andererseits kann die eigene Position im Gefüge aber auch durch ein Verbreiten des eigenen Literaturverständnisses gestärkt werden (van Rees, 1983). Dieser Aspekt

ist für den Fall der *Neuen Rechten* also von Bedeutung. Denn obwohl es sich bei den Personen nicht um professionelle Kritiker*innen handelt, die im Literaturbetrieb anerkannt sind, so ist vor allem der Einfluss des Literaturverständnisses auf die Legitimität ihrer Wertungspraxis zu beachten.

Dass sich die Kritiker*innen in der Sendung *Aufgeblättert. Zugeschlagen* an Literaturverständnissen, die im Betrieb anschlussfähig sind, orientieren, zeigt beispielsweise ein Rekurs auf die Unterscheidung zwischen trivialer und hoher Literatur auf (Dörner & Vogt, 2013; Vogt, 1994). Ein besprochenes Buch wird als „Definition par excellence für Trivilliteratur“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:07) bezeichnet, deren Merkmale in diesem Zusammenhang aufgezählt werden:

Wir haben eine Situation, die sich entsprechend zeitgeschichtlich und zeitpolitisch darstellt. Wir haben die Liebesbeziehung oder in welcher Form auch immer sie nun miteinander verbunden sind und man hat also eine sehr einfache Art von Erzählstruktur. (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:07)

An anderer Stelle beziehen sich die Diskutant*innen unter dem Schlagwort „Schreibschule“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:12) auf die gegenwärtige Debatte um die Ausbildung junger Autor*innen

an Universitäten, die oftmals kritisiert wird und für einen Komplex von Erfahrungsarmut und stilistischer Perfektion, aber auch Gleichförmigkeit steht (Lange, 2015). Ebenso anschlussfähig sind Passagen, in denen darüber diskutiert wird, inwiefern Literatur politisch sein sollte: „Da finde ich das Buch großartig, weil quasi das Politische kommt sozusagen – es ist ganz direkt sichtbar, aber es ist nicht sozusagen direkt aufgetragen“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:18). Dies lässt sich in den Diskurs über engagierte Literatur einordnen: Diese soll politisch sein, jedoch gleichzeitig einen ästhetischen Eigenwert haben (Sartre, 1958).

Wie sich die Logiken des Feldes auf der Mikroebene auf die spezifischen Praktiken der Bewertung auswirken, hat die Soziologin Philippa Chong in einer Interviewstudie mit Rezensent*innen untersucht: Hierbei zeigt sie, wie die Problematik des Verhältnisses von Subjektivität und Objektivität, das sich letztlich auf die Vorstellung bezieht, dass Geschmack als zentraler Faktor in der Bewertung von Kunst subjektiv ist, von Rezensent*innen in der Praxis gelöst wird. Hierfür ist das Konzept der kritischen Distanz zentral. Mittels bestimmter Praktiken soll diese hergestellt und aufrechterhalten werden. Dies geschieht durch die Auswahl der Texte und ein Ausblenden von Verlagsmaterialien, um eine möglichst neutrale Ausgangsposition herzustellen. Im Prozess der Bewertung wird vor allem

auf „evidenzbasiertes Rezensieren“, also ein konkretes Benennen und Begründen, sowie einen reflexiven Leseprozess, in dem persönliche und „professionelle“ Urteile voneinander getrennt werden (Chong, 2013, 2020), zurückgegriffen. Dieses Erzeugen einer kritischen Distanz zeigt sich auch in der Sendung *Aufgeblättert. Zugeschlagen*.

Beispielsweise unterstellt Ellen Kositzka ihren Mitdiskutant*innen, die das Buch *Das weiße Schloss*, anders als sie selbst, sehr negativ bewerten, eben das Fehlen dieser kritischen Distanz, wenn sie ihnen „Ressentiments“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:15) gegenüber der wahrgenommenen milieuspezifischen Verortung des Autors Christian Dittloff vorwirft. Sie selbst stärkt ihr positives Urteil über das Buch nämlich gleich zu Beginn, indem sie ihre eigenen Bedenken artikuliert: „Ich hab'ne gewisse Abneigung gegenüber diesen Leuten, Mitte Dreißiger, die mit Bento und Vice aufgewachsen sind, also die zu den Digital Natives gehören, die gelten mir als kontaminiert“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:01-00:02). Ihre Kolleg*innen kontern mit der Aussage „Ressentiments gegen schlechte Literatur“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:15), was später durch die Aussage ergänzt wird, „dann haben wir sehr, sehr unterschiedliche Vorstellungen, was einfach handwerklich akzeptable Literatur ist“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:15). Im Verlauf nennen sie sehr konkrete Merkmale, um dieses Urteil zu stützen, womit auch

sie sich als „professionelle“ Leser*innen positionieren.

Ebenso von Bedeutung sind die jeweils im Wertungsprozess angelegten Bewertungskriterien. In der bereits erwähnten Studie verweist Chong auf die Kriterien Themen und Ideen, Handlung und Struktur, Figuren, Sprache und Gattungserwartungen (Chong, 2020). Auch diese finden sich in den in der Sendung geführten Diskussionen, wenn beispielsweise das Buch *Serotonin* gelobt wird, weil es „ganz große Themen“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:29) behandle, oder die „Perspektive der Verrücktheit zum Schein“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:11) in *Munin oder Chaos im Kopf* positiv bewertet wird. An anderen Stellen sind es Figuren, mit denen sie sich „in keinster Weise [...] identifizieren [können]“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:13) oder „eine völlig absurde, misslungene Metapher“ (BuchHaus Loschwitz, 2019, 00:13), die als Begründungen genannt werden.

Darüber hinaus wird in Chongs Studie auch deutlich, dass innerhalb dieser Kriterien nicht nur bewertet wird, wie originell die Geschichte ist oder wie schön die Sprache, sondern dass es immer auch um Angemessenheit oder Glaubwürdigkeit geht, sodass an dieser Stelle die Rückkopplung an eine wahrgenommene gesellschaftliche Wirklichkeit von Bedeutung ist (Chong, 2020). Eindrücklich zeigt sich dies, bezogen

auf eine Figur, in folgendem Beispiel: Die Passage wird interessanterweise als „Geschmacksfrage“ (BuchHaus Loschwitz, 2020, 00:34) eingeführt, es wird also auf die Problematik des Verhältnisses von Subjektivität und Objektivität in der Wertung von Kunst angespielt. Bei der Figur handelt es sich um einen „Syrer“, der Ellen Kositza „nicht geschmeckt“ hat, er sei zu „dick, pastös, aufgetragen“ (BuchHaus Loschwitz, 2020, 00:34), weil er nicht nur „‘n toller Arzt und gebildet [ist]. Der ist James-Joyce-Spezialist und er ist eigentlich ‘n Übermensch“ (BuchHaus Loschwitz, 2020, 00:35). Hier ergibt sich also eine Wechselwirkung zwischen der Deutung des Buches und der Interpretation gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Folgenden wird der Bereich der Interpretation und seine Bedeutung für die Wertungspraxis weiter erläutert.

Literaturkritik als Meaning-Making

Die Literaturkritik hat also weiterhin die Funktion der Konstruktion von Bedeutung, sie ist also auch ein „Akt der kulturellen Rezeption“ (Chong, 2020, S. 5, Herv. im Orig., Übers. d. Verf.). Kritik ist immer schon Interpretation: Aus ihrer „Heteroglossie“, die sich aus der Bedeutungsoffenheit der Sprache selbst ergibt, folgt, dass in der Kritik eine Vielzahl von Narrativen, Stilmitteln und rhetorischen Manövern, die ein bereits mit Bedeutung

aufgeladenes Artefakt zu deuten suchen, miteinander in Konkurrenz treten: Kritik als ewiger Konflikt der Interpretationen (Ricoeur, 2010). Hieraus lässt sich schließen, dass sie per definitionem nicht neutral sein kann, es sich also um eine inhärent normative Praktik handelt. Darüber hinaus ist fehlende Einigkeit konstitutiv für die Institution, eben weil es sich bei ihren Praktiken stets um Deutungskämpfe handelt (Roberge, 2011).

Diese Deutungskämpfe sind nach Wendy Griswold in einem Modell fassbar, das unterschiedliche Interpretationen in verschiedenen Gesellschaften auf Wechselwirkungen zwischen Kontext und Bedeutungsanlagen des Werks zurückführt. Kulturelle Bedeutung entsteht also in der Rezeption durch Interaktion zwischen diesen unterschiedlichen Ausprägungen der im Werk angelegten kulturellen Macht und den unterschiedlichen Erwartungen und Anliegen der einzelnen Publika. Kulturelle Macht wird hierbei definiert als:

[T]he capacity of certain works to linger in the mind and, over and above this individual effect, to enter the canon, which is constructed and upheld by literary elites. A powerful work is “original” in the restrictive aesthetic sense of the term: it locates itself within a set of conventions that it strains, plays with, perhaps inverts, but does not totally ignore. (Griswold, 1987, S. 1105)

Sie entstehe, so weiter, durch die Fähigkeit eines Werkes, relativen Konsens über seinen Inhalt herzustellen, bei einer gleichzeitigen relativen Divergenz unterschiedlicher Interpretationen. Die (inhaltliche) Rezeption eines Werkes wird demnach nicht nur durch die jeweils angewendeten Interpretationsstrategien gelenkt, sondern vielmehr erst durch diese hergestellt (Corse & Griffin, 1997). Wenn also, wie im vorangegangenen Abschnitt beschrieben, für die Wertung von Literatur ein spezifisches Literaturverständnis die Grundlage bildet, so kann auch angenommen werden, dass der Deutung ebenfalls ein spezifisches Gesellschaftsverständnis zugrunde liegt.

Schließlich kann in diesem Zusammenhang auf das dezidiert politische Moment der Literaturkritik hingewiesen werden: Sowohl Kultur als auch Politik tangieren den Bereich der Bedeutung und sind bis zu einem gewissen Grad reflexiv. Diese Reflexivität geht über das Sprachliche hinaus, denn sie bezieht sich auf die Bedeutungsgebung, die erst durch soziale Akteure in konkreten Praktiken vollzogen wird. In diesem Zusammenhang können kulturelle Produkte, vermittelt durch die konkrete Ausgestaltung der Kritik, „Fenster“ sein, durch die kritische Perspektiven die Routine des Alltäglichen durchbrechen (Roberge, 2011, S. 439).

Dies ist der Punkt, an dem ersichtlich wird, wie die Literaturkritik sich metapolitisch

nutzbar machen lässt: Die Interpretation des Werkes entsteht zu Teilen erst durch die Literaturkritik, sodass metapolitische Diskursverschiebungen durch ein Einnehmen dieser Deutungsmacht entstehen können, indem implizit und explizit auf gesellschaftliche Verhältnisse rekurriert wird. Im Folgenden werden nun zwei Passagen aus den Diskussionen in *Aufgeblättert. Zugeschlagen* einander gegenübergestellt, um die kontextspezifische Deutung sowie das Moment des Ambivalenten in beiden herauszuarbeiten. Das erste Beispiel entstammt der Diskussion um *Munin oder Chaos im Kopf* von Monika Maron, die bekanntermaßen der *Neuen Rechten* nahesteht (Bartels, 2020), während das zweite Beispiel *Bruder und Schwester Lenobel* von Michael Köhlmeier, der sich in der Öffentlichkeit gegensätzlich positioniert hat (Janker, 2018), thematisiert.

Anschaulich zeigt sich, wie eine spezifische Wahrnehmung der Gesellschaft die Deutung des Romans *Munin oder Chaos im Kopf* bedingt:

Caroline Sommerfeld *Aber die Anthropologie, die Gott dann sozusagen vertritt, ist ja sozusagen ein Sozialdarwinismus. Also wirklich zu sagen, so nach dann dem Motto, der Mensch ist dadurch problematisch, dass er sich eben nicht daran hält, dass in der Natur das, was sterben muss, auch wirklich sterben soll.*

Susanne Dagen *Genau. (leise)*

Caroline Sommerfeld *Und wenn du das jetzt quasi auf die sozusagen politische Gegenwart überträgst, dann ist das Ganze natürlich starker Tobak. Das hat mich sozusagen eigentlich begeistert. (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:17)*

Bezieht man diese Passage auf weitere getätigte Äußerungen zu im Buch behandelten Themen, in denen beschrieben wird, dass es in dem Roman um einen Konflikt um eine „Irre“ in einer Nachbarschaft geht, die ihre Mitmenschen tyrannisiert, indem sie auf dem Balkon „Opernarien [...] träller[t]“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:07), und dieser Konflikt sich später zu einem zwischen Alt- und Neubaubewohner*innen entspinnt, weil sich letztere nicht „an das anpassen können, was in [ihr] Leben eindringt“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:19), eine Position, die auch Monika Maron als „Pegida-Versteherin“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:20) zugerechnet wird, zeigt sich relativ deutlich, woran an dieser Stelle implizit Kritik geübt wird: Unter den „Flüchtlingen“, die, wie auch in der Diskussion thematisiert, laut Monika Maron „den Krieg bringen“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:21), leiden vor allem die „Unterprivilegierten“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:19). An dieser Stelle wird also ein Gedanke, der mit den politischen Positionen der *Neuen Rechten* im Einklang steht, sowohl mit

Marons politischen Einstellungen als auch den im Roman geschilderten Handlungen und Ideen in Zusammenhang gebracht.

Stellt man dem die Passagen aus der Diskussion des Buchs *Bruder und Schwester Lenobel* gegenüber, wird diese kontextspezifische Deutung nochmal deutlicher sichtbar. Ausgehend von der Geschichte einer jüdischen Figur, die „sich den Spaß macht und in irgendeinem Internetforum unter zwölf verschiedenen Namen [...] vom Leder zieht“ und das „so kritisch gegen Juden oder so ‘n bisschen spielerisch, so antisemitisch teilweise auch“ (BuchHaus Loschwitz, 2018b, 00:58). An anderer Stelle wird auch über die Haltung des Autors gemutmaßt: „Da liest er ein antisemitisches Märchen und der sagt das ist doch völliger Quatsch, ja? Und vielleicht spricht da auch so ‘n bisschen der Köhlmeier selber aus ihm, der ja die Märchen so liebt und gut kennt“ (BuchHaus Loschwitz, 2018b, 00:57).

Diese Passagen über das Judentum sind insofern interessant, als sie die eigene Sicht auf den Autor übertragen – trotz dessen „philosemitischer“ Ansichten, die durchaus thematisiert und auch kritisiert werden. Schließlich gelangen sie zu der Aussage „ein Buch, was sich sehr, sehr vielfältig, sehr ambig miteinander diskutieren lässt“ (BuchHaus Loschwitz, 2018b, 01:02), was auch im Zusammenhang mit folgender Ausführung Dagens steht: „Also so wie ich Köhlmeier kennengelernt habe, als

Autoren, glaube ich, dass auch der Zweifel sein steter Begleiter ist. Und dass er diesen Zweifel auch auslebt in seiner Literatur“ (BuchHaus Loschwitz, 2018b, 01:01).

Dies ist insofern interessant als hier, im Vergleich zur Diskussion von *Munin oder Chaos im Kopf*, die Ambivalenz oder Ambiguität des Buches herausgestellt und nicht nur formal, sondern auch inhaltlich gedeutet wird. Im Gegensatz dazu scheint im Fall Monika Marons immer eindeutig, *was* die „politische Botschaft“ ist, „ambivalent“ ist dabei einzig als Qualitätsmerkmal der literarischen Form zu verstehen: Das Politische wird „versteckt“ und „literarisch auf unterschiedlichen Ebenen in eine Form [ge-]packt“ (BuchHaus Loschwitz, 2018a, 00:16).

Ausblick

Dieser Artikel hat gezeigt, an welchen Stellen eine soziologische Analyse neurechter Literaturpolitik ansetzen könnte. Zunächst soll dafür plädiert werden, den Blick auf den Bereich der Literaturkritik zu richten – da dort bisweilen implizite Annahmen über Literatur expliziert werden, eben weil Wertungen stets begründet werden müssen. Somit können zugrundeliegende Wertesysteme sichtbar werden (vgl. Boltanski & Thévenot, 2014). Eine theoretische Betrachtung der Literaturkritik als Institution verdeutlicht, inwiefern sich die

metapolitischen Bestrebungen der *Neuen Rechten* in zwei spezifischen Funktionen, der Bewertung und der Deutung, finden lassen. Anzunehmen ist, dass eine „politische Mimikry“ insbesondere in einer Annäherung an verbreitete Praktiken der Wertung und angelegte Kriterien besteht. Erste Beispiele aus dem YouTube-Format *Aufgeblättert. Zugeschlagen* zeigen, dass Mechanismen wie das Erzeugen und Aufrechterhalten einer kritischen Distanz sowie das Anlegen von anerkannten Kriterien zur Bewertung von Literatur neben Bezugnahmen auf verbreitete Literaturverständnisse in der Sendung zu finden sind. Auf der anderen Seite kann aber auch angenommen werden, dass die Literaturkritik Deutungen erst aus den latenten Bedeutungsanlagen der Werke, die sie behandelt, hervorbringt, an dieser Stelle also das metapolitische Potential des Formats zu finden ist. Unter diesen Deutungen liegen stets Vorannahmen über die Gesellschaft, die im Fall der *Neuen Rechten* eben rechts bis rechtsextrem sind und somit die jeweiligen Lesarten, Interpretationen und schließlich auch Wertungen bedingen. Anders als die Forschungsliteratur zur *Neuen Rechten* vermuten lässt, sollte dies allerdings nicht als Alleinstellungsmerkmal rechter Literaturkritik angesehen werden, da auch im größeren Literaturbetrieb auf gesellschaftliche Vorannahmen rekurriert wird. Auch dies ist ein Plädoyer dafür, aus soziologischer Perspektive keine grundsätzlichen Aussagen über *die Kunst* oder

die Kritik zu treffen, sondern die spezifische Ausgestaltung bestimmter Praktiken zu analysieren. Theorie und Empirie deuten ferner darauf hin, dass beide Bereiche, Wertung und Interpretation, stärker miteinander verwoben sind, als die hier geschilderte modellhafte Skizzierung es annehmen lässt. Noch wichtiger wäre an dieser Stelle zu betrachten, wie das Bewerten von literarischen Werken mit Urteilen über die Gesellschaft einhergeht, wie diese also miteinander interagieren, um insbesondere zu untersuchen, inwiefern durch den Rekurs auf Literatur Aussagen über die Gesellschaft möglich werden, die anderswo nicht sagbar wären. Um dies systematisch zu analysieren, bietet sich die dokumentarische Methode (Bohnsack, 1999) an, da diese inkorporierte, also latente, Wissensbestände sichtbar machen kann. Für eine Analyse, die stärker auf Begriffsarbeit abzielt, die eine der zentralen sprachlichen Strategien neurechter Metapolitik ist (Seeßlen, 2018), scheint die Diskurstheorie (Laclau & Mouffe, 2014) zielführend.

Wie bezieht sich die *Neue Rechte* also nun auf Literatur? In jedem Fall bleibt sie anschlussfähig an Narrative und Debatten des Literaturbetriebs und variiert dabei in der Komplexität ihrer Argumentationen. Stellenweise nutzt sie sie sicherlich als Transportmedium für die eigenen Positionen. Es bleibt jedoch die Problematik bestehen, dass eine durch den eigenen (politischen)

Weltzugriff eingefärbte Deutung zumindest in Ansätzen in jeglicher Lektürepraxis zu finden ist. Tut man die neurechte Literaturpolitik also als unterkomplex ab, so nimmt man nicht nur eine Position ein, die die im Literaturbetrieb verbreitete, im Selbstverständnis vage liberale bis linke Bewertungspraxis in ihrer Reflexivität überschätzt und somit den Blick versperrt für die Anknüpfungspunkte, die aus den Praktiken selbst hervorgehen und die sich regressive Bewegungen zunutze machen. Auf eigentümliche Weise verschmelzen in dieser Lesart Ideen über die Angemessenheit politischer Positionen mit Aussagen über die Qualität bestimmter intellektueller Praktiken. Dabei scheint es durchaus verständlich, rechte oder völkische Gedanken(-gänge) inhaltlich dekonstruieren zu wollen, an einigen Stellen könnte sich dieses Vorgehen jedoch als kontraproduktiv erweisen – denn (rechts-)populistische Kommunikation setzt ganz bewusst auf eine Vermischung faktualer und fiktionaler Gehalte (Gess, 2021). Darüber hinaus besteht die Gefahr, die Potentiale der Bezugnahmen auf Literatur für die rechtsintellektuelle Bewegung, die sich aus den Wechselwirkungen zwischen ihren politischen Positionen und literaturkritikspezifischen Praktiken und Narrativen ergeben, zu unterschätzen. Erste Eindrücke aus *Aufgeblättert. Zugeschlagen* zeigen nämlich, dass in der Praxis ebenjenes Oszillieren zwischen Aussagen über die Gesellschaft und Aussagen über literarische

Werke zu finden ist. Ein Rückbezug auf das Literarische oder Fiktionale, das an vielen Stellen Mittler für gesellschaftskritische Aussagen zu sein scheint, kann also eine der Strategien der *Neuen Rechten* sein, völkisches Gedankengut in der Schwebe zu halten, das heißt, so zu formulieren, dass menschen- oder demokratiefeindliche Inhalte diffus bleiben und somit in abgeschwächter Form in den Diskurs eingespeist werden können.

LITERATUR

- Backes, U. & Jesse, E. (1991). Extremistische Gefahrenpotentiale im demokratischen Verfassungsstaat. Am Beispiel der ersten und der zweiten deutschen Demokratie. In U. Backes & E. Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Bouvier.
- Bartels, G. (2020). Die große Stille. *Der Tagesspiegel*, 14.11.2020. <https://www.tagesspiegel.de/kultur/monika-maron-uwe-tellkamp-und-ihre-verlage-die-grosse-stille/26624880.html>
- Boehnke, L. (2019). Rechter Kulturkampf heute. Identitätskonstruktion und Framing-Strategien der Identitären Bewegung. In L. Boehnke, M. Thran & J. Wunderwald (Hrsg.), *Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung* (S. 89–114). Springer VS.
- Bohnsack, R. (1999). *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis*. Leske + Budrich.
- Boltanski, L. & Thévenot, L. (2014). Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Hamburger Edition.
- Bourdieu, P. (1983). The Field of Cultural Production, or: The Economic World Reversed. *Poetics*, 12(4–5), 311–356.
- Bourdieu, P. (1999). *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Suhrkamp.
- Brauner-Orthen, A. (2001). *Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen*. Leske + Budrich.
- BuchHaus Loschwitz (2018a). *Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen 01 mit Caroline Sommerfeld*. <https://www.youtube.com/watch?v=EPFIGHhTCcw>
- BuchHaus Loschwitz (2018b). *Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen 04 mit Martin Lichtmesz*. <https://www.youtube.com/watch?v=kQQZZk1SOE>
- BuchHaus Loschwitz (2019). *REUPLOAD – Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen 06 mit Alexander Wendt*. <https://www.youtube.com/watch?v=CLCyx3vt3Sc>
- BuchHaus Loschwitz (2020). *Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen. Folge #11 über Bücher von Meinhardt, Balzano & Seiler*. <https://www.youtube.com/watch?v=8D-ZmX6kfKG0>
- Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität* (S. 149–176). Psychosozial-Verlag.
- Chong, P. (2013). Legitimate Judgment in Art, the Scientific World Reversed? Maintaining Critical Distance in Evaluation. *Social Studies of Science*, 43(2), 265–281.
- Chong, P. (2020). *Inside the Critics' Circle. Book Reviewing in Uncertain Times*. Princeton University Press.
- Corse, S. M. & Griffin, M. D. (1997). Cultural Valorization and African American Literary History. Reconstructing the Canon. *Sociological Forum*, 12(2), 173–203.
- Dörner, A. & Vogt, L. (2013). *Literatursoziologie. Eine Einführung in zentrale Positionen - von Marx bis Bourdieu, von der Systemtheorie bis zu den British Cultural Studies*. Springer VS.
- Friedrich, H.-E. (2001). Vom Überleben im Dschungel des literarischen Feldes. Über Pierre Bourdieus „Regeln der Kunst“. *IASL online*, 1–18. https://www.iaslonline.lmu.de/index.php?vorgang_id=2070
- Gerhards, J. & Anheier, H. K. (1997). Das literarische Kräftefeld als ausdifferenziertes und intern stratifiziertes System. In J. Gerhards (Hrsg.), *Soziologie der Kunst. Produzenten, Vermittler und Rezipienten* (S. 125–141). Westdeutscher Verlag.

- Gess, N. (2021). *Halbwahrheiten. Zur Manipulation von Wirklichkeit*. Matthes & Seitz.
- Gessenharter, W. (1998). Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus. Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. In W. Gessenharter & H. Fröchling (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland* (S. 25–66). Springer VS.
- Gládic, M. & Thomalla, E. (2020). Literatur als Klartext. Wie Rechte lesen. *Merkur - Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken*, 75(862), 5–15.
- Griswold, W. (1987). The Fabrication of Meaning. Literary Interpretation in the United States, Great Britain, and the West Indies. *The American Journal of Sociology*, 92(5), 1077–1117.
- Hendricks, V. F. & Vestergaard, M. (2018). *Postfaktisch. Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien*. Blessing.
- Hoffmann, T. (2021). Ästhetischer Dünger. *Deutsche Vierteljahrschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte*, 95(2), 219–254.
- Holler, V. (2008). Autonomie und Heteronomie - das Profane und das Kulturelle. *LiTheS*, 1(1), 52–71.
- Hornuff, D. (2019). *Die Neue Rechte und ihr Design. Vom ästhetischen Angriff auf die offene Gesellschaft*. transcript.
- Hutter, M. & Throsby, D. (2008). *Beyond Price. Value in Culture, Economics, and the Arts*. Cambridge University Press.
- Janker, K. (2018). In vielen kleinen Schritten zum Bösen. *Süddeutsche Zeitung*, 18.05.2018. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/holocaust-gedenken-in-oesterreich-in-vielen-kleinen-schritten-zum-boesen-1.3968863>
- Janssen, S. (1997). Reviewing as Social Practice. Institutional Constraints on Critics' Attention for Contemporary Fiction. *Poetics*, 24(5), 275–297.
- Karpik, L. (2011). *Mehr Wert*. Campus.
- Kellershohn, H. (2016). Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten* (S. 439–467). Springer VS.
- Laclau, E. & Mouffe, C. (2014). *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. Verso Books.
- Lange, K. (2015). Die Schulen des Schreibens. In E. Zemanek & S. Krones (Hrsg.), *Literatur der Jahrtausendwende* (S. 389–400). transcript.
- Langebach, M. & Raabe, J. (2016). Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik Deutschland. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 561–592). Springer VS.
- Lobin, H. (2021). *Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert*. Duden.
- Magerski, C. & Karpstein-Eßbach, C. (2019). *Literatursoziologie. Grundlagen, Problemstellungen und Theorien*. Springer VS.
- Meurer, J. (2021). Lob der Lektüre. Die Neue Rechte als Lesebewegung. In S. Pappert, C. Schlicht, M. Schröter & S. Hermes (Hrsg.), *Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Diskurspraktiken der Neuen Rechten aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive* (S. 195–215). Buske.
- Nachtwey, O. (2020). Lesen in der regressiven Moderne. In K. Raabe & F. Wegner (Hrsg.), *Warum Lesen. Mindestens 24 Gründe* (S. 305–320). Suhrkamp.
- Pfahl-Traughber, A. (1998). „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“, *Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*. Leske + Budrich.
- Rancière, J. (2008). *Ist Kunst widerständig?* Merve Verlag.
- Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Suhrkamp.
- Ricœur, P. (2010). *Der Konflikt der Interpretationen. Ausgewählte Aufsätze (1960-1969)*. Karl Alber.
- Roberge, J. (2011). The Aesthetic Public Sphere and the Transformation of Criticism. *Social Semiotics*, 21(3), 435–453.
- Salzborn, S. (2018). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Nomos.
- Sartre, J.-P. (1958). *Was ist Literatur? Ein Essay*. Rohwolt.

Seeßlen, G. (2018). Vorsicht! Sprache von rechts! Versuch über Sprechweisen und semantische Strategien. In U. Blumenreich, S. Dengel, W. Hippe & N. Sievers (Hrsg.), *Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18: Welt. Kultur. Politik.–Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung* (S. 101–112). transcript.

Stahl, E. (2019). *Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien*. Alfred Kröner Verlag.

van Rees, C. J. (1983). How a Literacy Work Becomes a Masterpiece. On the Threefold Selection Practised by Literary Criticism. *Poetics*, 12(4–5), 397–417.

van Rees, C. J. (1987). How Reviewers Reach Consensus on the Value of Literary Works. *Poetics*, 16(3–4), 275–294.

Vogt, L. (1994). Kunst oder Kitsch: ein „feiner Unterschied“? Soziologische Aspekte ästhetischer Wertung. *Soziale Welt*, 45(3), 363–384.

Weidermann, V. (2021). Ein neues Wir. *Die Zeit*, 28.10.2021. <https://www.zeit.de/2021/44/rechte-verlage-frankfurter-buchmesse-umgang-rechtsradikale-jasmina-kuhnke>

Weiß, V. (2015). Die ‚Konservative Revolution‘. In M. Langebach & M. Sturm (Hrsg.), *Erinnerungsorte der extremen Rechten* (S. 101–120). Springer VS.

Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Klett-Cotta.

Weißmann, K. (1986). Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme. *Criticón*, (96), 176–179.

ZUR AUTORIN

Laura Karoline Rogalski hat Soziologie und Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Pontificia Universidad Javeriana in Bogotá studiert. Derzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am SFB 1512 „Intervenierende Künste“. Ihr Forschungsinteresse umfasst Kunst- und Literatursoziologie, Gesellschaftstheorie, soziale Bewegungen, kritische Theorie und Emotionssoziologie.

Die Publikation wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen des SFB 1171 „Affective Societies“ gefördert.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Hendrik Erz**, **Annabell Lamberth**, **Emma Schaber** und **Andreas Schulz**.

„Starke Männer – Figuren disruptiver Politik in transnationaler Perspektive“

Bericht zur Freiburger Online-Tagung
vom 24.-25. März 2022

95

von *Simon Lieb*

Die „starken Männer“ haben Konjunktur in der Politik, und mit ihnen lässt sich auch ein Wiedererstarken von Populismus, einem autoritär-disruptivem Politikstil und einer heroisierten Maskulinität feststellen. Obendrein wurde die Tagung „Starke Männer – Figuren disruptiver Politik in transnationaler Perspektive“, die vom 24. zum 25. März 2022 online stattfand, durch den Krieg in der Ukraine von einer traurigen Aktualität überschattet. Ziel der Tagung war es, die „starken Männer“ als globales Phänomen in den Blick zu nehmen und anhand von zeitgenössischen Fallbeispielen heroische Personalisierungsprozesse, mediale Inszenierungspraktiken und maskuline Politikstile nachzuzeichnen. Im Rahmen dieser zweitägigen, inter-

disziplinär angelegten Online-Veranstaltung wurden zehn Vorträge gehalten, die im Anschluss jeweils diskutiert wurden. Der gut besuchten Tagung wohnten nicht nur viele Soziolog*innen, Sinolog*innen, Philosoph*innen, Politik- und Medienwissenschaftler*innen bei, sondern auch Pressevertreter*innen und interessierte Studierende. Ausgetragen wurde die Tagung von dem Freiburger Sonderforschungsbereich „Helden – Heroisierungen – Heroismen“¹, welcher sich kultur- und epochenübergreifend mit dem Heroischen als sozialem Phänomen beschäftigt.

Die Tagung begann mit einem einleitenden Vortrag des Soziologen Ulrich Bröckling (Freiburg), der einige Überlegungen und

Charakterisierungen zur Sozialfigur des „starken Mannes“ präsentierte. Deren transgressiver Politikstil stützt sich auf gewollte Political Incorrectness, wie auch auf die affizierenden Dynamiken von sozialen Medien und ermutigt ihre Anhänger*innen zu mehr Diskriminierung und Gewalt. Dies legt nahe, dass ‚Dämonisierungen‘ dieser „starken Männer“ – zum Beispiel, wenn die Rede von „Putins Krieg“ ist – einerseits nicht nur die Faszination der „starken Männer“ steigert, sondern auch ihr Drohpotenzial erhöht. Die Fokussierung auf Personenkulte birgt dabei immer auch die Gefahr, ebendiese zu reproduzieren. Dementsprechend sollte sich den „starken Männern“ mittels einer relationalen und prozessualen Perspektive genähert werden, die sowohl ihre antagonistischen Gegenmächte in den Blick nimmt, als auch die politisch-ökonomischen Faktoren ihrer Herrschaft. Als ein Phänomen von personellen Verdichtungspunkten sozialer Energie sollten ihre Regime einer Kraftfeldanalyse unterzogen werden, welche Effekte charismatischer Herrschaft oder misogyne Rituale der Erniedrigung als Energiequellen ihrer Popularisierung fassen kann.

Die Kunst- und Medienwissenschaftlerin Dorna Safaian (Freiburg) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit diesen Affektpolitiken der „starken Männer“ in Verbindung mit dem Begriff der Komik. Anhand von visuellen Darstellungen auf Social Media

Plattformen wie Memes oder Tweets wurde gezeigt, wie Komik strategisch als affektives Mittel zur Herstellung von sozialer Intensität genutzt wird. Sie stellt jedoch auch immer einen riskanten Kommunikationsakt dar, der missverstanden werden kann oder eine Gegenbewegung provoziert. Dabei wird Komik als politische Kommunikationstaktik des ‚kleinen‘, wie auch des ‚großen Mannes‘ verwendet, um einerseits Nähe zum Volk herzustellen und andererseits gezielt zu provozieren. Die ambivalente Wirkung der Komik wird so zur Konstituierung von Affizierungsschleifen eingesetzt, welche sich manche – nicht alle – „starken Männer“ als eine Inszenierungspraxis zu Nutze machen.

Eine deduktive Analyse der Inszenierungsstrategien für den Fall Indien legte die Politikwissenschaftlerin Sandra Destradi (Freiburg) in ihrem Vortrag vor. Mittels eines Vergleiches der zwei indischen Premierminister Narendra Modi und Atal Bihari Vajpayee, welcher sich auf Reden, Wahlplakate und Zeitungsartikel stützte, konnte sie verschiedene Narrative von Maskulinität identifizieren. Indem eine produktive Verbindung zwischen dem Begriff des Populismus und der Außenpolitik Indiens hergestellt wird, kann gezeigt werden, wie außenpolitische Vorfälle zur Erzeugung innenpolitischer Führernarrative instrumentalisiert werden. Während bei Modi eher Themen wie Vergeltung, Anti-Elitismus und Glorifizierung des

Militärs bedient werden, was zu einer stärkeren Personalisierung Modis führt, werden um Vajpayee eher Schlagwörter wie Verantwortung, Frieden und Selbstverteidigung in einem kollektiven Narrativ der „Stärke der Nation“ propagiert.

Die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer (Wien) spürte der Verfung autoritärer-rechter Politik und einer Konjunktur der Maskulinität nach, welche gemeinsam in einer maskulinen Identitätspolitik aufgehen. Auf diese Weise konnten an diversen Beispielen verschiedenste Männlichkeiten beschrieben werden; von einer Maskulinität der ‚rohen Bürgerlichkeit‘ eines Alexander Gaulands (AfD), bis zum „Feschismus“² eines Jörg Haider (FPÖ/BZÖ). Auffallend war daran, dass auch weibliche Spitzenpolitikerinnen der politischen Rechten wie Beatrix von Storch oder Alice Weidel (beide AfD) Spielarten einer Maskulinität zugeordnet werden.

In seinem Vortrag stellt der Politikwissenschaftler Fabian Burkhardt (Regensburg) die These des schwachen starken Mann Russlands auf: Wladimir Putin. Anhand einer Charakterstudie zu Putin als hypermaskuliner Person, einer intensiven Analyse der russischen Verfassung und der Miteinbeziehung außenpolitischer Konflikte konnte eine prozesshafte Genese Putins zum „starken Mann“ entwickelt werden. Diese zeigt Putins fragiles Regime in Abhängigkeit eines Krafffeldes, beste-

hend aus einem korrupten Behördenapparat und ineffizientem Bürokratiesystem sowie einer „bad governance“ patronaler und informeller Politik einerseits, und andererseits einer stabilen Elitenkontrolle, einer Zentralisierung politischer Macht im Amt des Präsidenten und der geschickte Einsatz von Repressionen.

Der zweite Tag der Tagung begann mit einem Forschungsüberblick des Sinologen Daniel Leese (Freiburg) über moderne Führerkulte als Forschungsgegenstand. Dieser verortet moderne Führerkulte in einem Spannungsfeld zwischen transformativen Idealen und Tendenzen der Entpolitisierung und Deidealisierung, aufgrund der zunehmenden Personalisierung von Politik. An diese auf China fokussierte Perspektive konnte daraufhin die Sinologin Nicola Spakowski (Freiburg) anschließen. Mithilfe von Magazincovern, Karikaturen und Postkarten legte sie ein Repertoire von Inszenierungspraktiken Xi Jinpings offen. Hierbei konnte im Vergleich zu einer disruptiven-revolutionären Selbstdarstellung Mao Zedongs dem aktuellen Staatschef Xi Jinping eher eine symbolische Überhöhung zugeschrieben werden, die sich auf Begriffe von Harmonie, Stabilität, Stärkung der Partei und Tradition konzentriert. In Abgrenzung zu einem ‚muskulären Autoritarismus‘ eines harten, aber auch zärtlich gerahmten Wladimir Putins, der in China eine Art „Putin-Komplex“ auslöst und sich dort großer Popularität erfreut,

wird Xi eher als konfuzianische Vaterfigur eines Ein-Parteien-Systems inszeniert.

Die Rückkehr der „starken Männer“ beschäftigt auch den Politikwissenschaftler Philip Manow (Bremen), der in diesem Zusammenhang zum einen ein Fehlen einer Theorie der Autokratisierung kritisierte und zum anderen die Aussagekräftigkeit von *autocratic playbooks* oder *scripts* in Frage stellte. Diese übersehen – neben anderen Unzulänglichkeiten – vor allem zwei Faktoren, die eine Autokratisierung demokratischer Systeme befördern: Einerseits die Tendenz von Demokratisierungsprozessen hin zu einer Personalisierung von Macht und andererseits, dass Wohlstandserhöhung und das Vergrößern ökonomischer Ungleichheiten autokratischen Tendenzen Vorschub leisten.

Mit Victor Orbán und Recep Tayyip Erdoğan ergänzten die Politologin Ellen Bos (Budapest) und der Islamwissenschaftler Maurus Reinkowski (Basel) zwei weitere Fallstudien zu aktuellen politischen Führungsfiguren. Während im System Orbáns eine andauernde Entdemokratisierung zu beobachten ist, nutzt der Präsident der Türkei die Demokratie lediglich als Mittel zum Zweck, seine eigene politische Agenda voranzutreiben. Dabei werden diese Demontierungsprozesse der Demokratie aus der Biografie der beiden „starken Männer“ heraus erklärt, sowie durch ein geschichtlich-nationales Narrativ

begründet: sei es die Sorge Ungarns, wieder Opfer einer größeren europäischen Macht zu werden oder der Wille der Türkei, ihr Recht auf Aggression nach innen und außen zu bewahren.

In der Abschlussdiskussion wurden nach einem kurzen Input von Ulrich Bröckling aus aktuellem Anlass die Verbindungen zwischen „starken Männern“ und Krieg diskutiert. Angesprochen wurden dabei sowohl die destabilisierenden wie auch stabilisierenden Effekte in Bezug auf die Regime „starker Männer“. Neben maskulinen Heroisierungsprozessen und de-institutionalisierenden Personalisierungsprozessen von „starken Männern“ auf der einen Seite könne Krieg auf der anderen Seite zu einer Selbstvergewisserung von Demokratien führen. Dabei bestünden zwei Gefahren: Zum einen dürfe man den jetzigen Krieg in der Ukraine nicht generalisieren, da sein Ausgang noch sehr offen sei, und zum anderen scheinen Kausalketten in Retrospektive immer sehr zwingend, doch auch sie entsprängen kontingenten Strukturen.

Die vielfältigen Beiträge der Tagung haben gezeigt, dass der Begriff des „starken Mannes“ dabei hilft, ebendiese komplexen Verstrickungen zu erkennen. Insgesamt stellte die Tagung eine gelungene Veranstaltung dar, und auch wenn die Diskussionen unter dem Onlineformat doch etwas zurückhaltend waren, konnten sich die unterschiedlichen Vorträge

und Diskussionen produktiv aufeinander beziehen und ergänzen. Gerade tagesaktuelle Themen wie der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigen, dass die Politik der „starken Männer“ zu desaströsen Ereignissen führen kann. Umso wichtiger waren die Beiträge dieser Tagung, um das Funktionieren dieser Politiken für die Gegenwart zu entschlüsseln.

¹ Der Sonderforschungsbereich 948 „Helden – Heroisierungen – Heroismen. Konjunkturen und Transformationen des Heroischen von der Antike bis in die Moderne“ der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg besteht seit 2012 und setzte sich aus verschiedenen transdisziplinären Teilbereichen der Philosophischen, Philologischen und Theologischen Fakultät zusammen. Die Tagung wurde vom Teilprojekt S2 „Personalisierung: Subjektivierung und Autorität“ unter der Leitung und Organisation von Prof. Dr. Ulrich Bröckling, Prof. Dr. Nicola Spakowski und Dr. Dorna Safaian veranstaltet. Das Teilprojekt umfasst die Disziplinen der Soziologie, Philosophie, Sinologie, Medienwissenschaft und Theologie.

² „Feschismus“ ist eine Wortneuschöpfung des österreichischen Publizisten und Journalisten Armin Thurnher aus dem Jahr 2000 und setzt sich aus den Worten „Faschismus“ und „fesches“ zusammen. Thurnher bezog den Begriff auf den Ex-Vorsitzenden der FPÖ Jörg Haider, der sich durch sein ‚fesches‘ Auftreten und ständige Anspielungen auf den Nationalsozialismus profilierte (Rühle, 2016).

LITERATUR

Rühle A. (2016, 28. April). „Fesch und Faschismus ergaben den Feschismus“. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/armin-thurnher-feschismus-1.2969440>

ZUM AUTOR

Simon Lieb, B.A., 24 Jahre alt, studiert im Master Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und ist derzeit wissenschaftliche Hilfskraft im Sonderforschungsprojekt 948 „Helden, Heroisierungen, Heroismen“. Seine Interessenschwerpunkte liegen im Bereich der Kulturosoziologie, Ontologie, New Materialism sowie in post-strukturalistischen Theorien.

Der Beitrag wurde von **Andreas Schulz** und **Hendrik Erz** betreut und lektoriert.



AUS DER
REDAKTION

MACH MIT!

... im Redaktionsteam

Eine E-Mail genügt! Wir suchen stets neue Gesichter mit frischen Ideen. Aktuell brauchen wir Unterstützung insbesondere für Review und Lektorat, Layout und Satz, Autor*innenbetreuung sowie für Social Media.

... als Autor*in in unserem Magazin

Schickt uns zu unserem aktuellen Call4Papers eure wissenschaftlichen Artikel. Außerdem nehmen wir in unseren Serviceteil „Perspektiven“ gerne auch Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder andere soziologische Inputs mit auf.

... als Blogger*in

Schickt uns eure Ideen für Rezensionen aktueller soziologischer Bücher, eigene soziologische Blog-Beiträge oder Interview-Vorschläge an: [redaktion\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:redaktion[at]soziologiemagazin.de)

Meldet euch bei uns oder leitet einen Hinweis auf uns in eurem soziologisch interessierten Umfeld weiter. Wir freuen uns!



Literatur zum Thema

Buchempfehlungen der Redaktion

von Nils Haacke



Zwischen Vergangenheit und Zukunft

Übungen im politischen Denken I

von Hannah Arendt
München Piper 2012
ISBN: 978-3-4923-0174-9
14,00 €

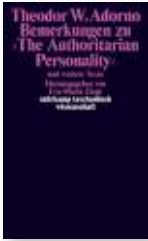


Die Furcht vor der Freiheit

von Erich Fromm
München dtv Verlagsgesellschaft 1993 [1941]
ISBN: 978-3-4233-5024-2
12,90 €

Diese Textsammlung gewährt einen gut zugänglichen Überblick über das Denken der politischen Theoretikerin Hannah Arendt. Ihr Interesse gilt den Funktionsweisen der Macht, wobei ein spezielles Augenmerk in diesem Buch auf dem Phänomen der Autorität liegt. Arendt zielt darauf ab, dass Macht auch produktive Funktionen innehat. Autorität wird ihre zufolge im Sinne einer zwanglosen Machtausübung, die Gehorsam generieren kann, ohne dass Überzeugungsarbeit notwendig ist, in der Politik sogar im gewissen Maße vorausgesetzt und benötigt.

In diesem Klassiker der Sozialphilosophie legt Erich Fromm einen wichtigen ideengeschichtlichen Grundstein für nachfolgende geisteswissenschaftliche Abhandlungen zum Thema Autoritarismus. Es handelt sich um eine Charakterstudie des Menschen, deren Grundthese sinngemäß festhält, dass Individuen zwar nach Freiheit streben, rein psychologisch gesehen aber (noch) nicht in der Lage seien, diese Freiheit über ein gewisses Maß auch wirklich zu ertragen. In der Folge droht die „Flucht“ in die autoritäre Selbstunterwerfung.

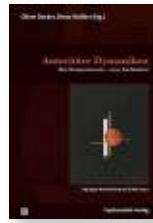


Bemerkungen zu „The Authoritarian Personality“ und weitere Texte

von Theodor W. Adorno
(Hg. Eva-Maria Ziege)
Frankfurt/M. Suhrkamp
2019

ISBN: 978-3-518-29900-5
18,00 €

Der Sammelband, herausgegeben und kommentiert von Eva-Maria Ziege, umfasst bisher unpublizierte Bemerkungen Theodor W. Adornos zur autoritären Persönlichkeit sowie zwei weitere Schlüsseltexte zur öffentlichen Debatte um das Werk. Unter dem Eindruck der Nazi-Diktatur entstand die bis heute stark rezipierte Studie „The Authoritarian Personality“, in welcher Adorno gemeinsam mit Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford aus kritisch theoretischer sowie psychoanalytischer Perspektive nach den Ursachen für Autoritarismus und Antisemitismus suchte.



Autoritäre Dynamiken

Alte Ressentiments
– neue Radikalität

von Oliver Decker und
Elmar Brähler (Hg.)
Gießen Psychosozial-
Verlag 2020

ISBN: 978-3-8379-3000-9
24,90 €

Die sogenannten Leipziger Autoritarismus Studien werden seit 2002 im zwei-Jahres-Rhythmus veröffentlicht. Sie geben Auskunft über die Verbreitung und Entwicklung rechtsextremer und autoritärer Einstellungsmuster aller in Deutschland lebenden Menschen. Die Autor*innen beziehen sich in ihren theoretischen Annahmen auf die klassischen Studien zum autoritären Charakter der kritisch theoretischen Frankfurter Schule (insbesondere auf die Arbeit Theodor W. Adornos et al. 1950). In diesem 2020 erschienenen Buch werden die aktuell vorliegenden empirischen Daten vorgestellt und ausgewertet.



Autoritäre Versuchungen

Signaturen der
Bedrohung 1

von Wilhelm Heitmeyer
Frankfurt/M. Suhrkamp
2018

ISBN: 978-3-5181-2717-9
18,00 €

Bereits zur Jahrtausendwende warnte Wilhelm Heitmeyer vor der Rückkehr des Autoritarismus. Diese Bedrohung entwickelte sich infolge politischer und sozialer Kontrollverluste sowie des aggressiv in sämtliche Gesellschaftsbereiche übergreifenden Kapitalismus. Seitdem hat sich die gesellschaftliche Situation noch einmal verschärft, wie Heitmeyer in diesem Werk aufzeigt. Da gegen entsprechende Probleme nichts Nennenswertes unternommen wurde, öffnet sich der politische Diskurs in Deutschland immer weiter für autoritäre und rechtsextreme Forderungen.



Authoritarianism

Three Inquiries in
Critical Theory

von Wendy Brown,
Peter E. Gordon und Max
Pensky

Chicago University of
Chicago Press 2018

ISBN: 978-0-2265-9727-0
19,75 €

Dieses Buch enthält drei Ansätze, welche auf die Ideen der kritischen Theorie im Kontext zeitgenössischer Geschehnisse zurückgreifen. Die populistischen Erfolge in Europa, der Wahlsieg Donald Trumps und damit verbunden das Wiedererstarken der grundsätzlichen Bereitschaft, mit Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und „traditionellen Werten“ Politik zu machen, geben Grund genug, die Theorien des autoritären Charakters auf ihre Aktualität zu prüfen. Wie können wir die Wiederkehr dieser Weltanschauung verstehen, von der Viele bereits hofften, dass sie der Vergangenheit angehören würde?



Autorität

von Alfred Schäfer und
Christiane Thompson
(Hg.)
Paderborn Ferdinand
Schöningh 2009
ISBN: 978-3-5067-6724-0
29,00 €



Wie männlich ist Autorität?

Feministische Kritik
und Aneignung

von Hilge Landweer und
Catherine Newmark (Hg.)
Frankfurt/M. Campus
2018
ISBN: 978-3-5935-0993-8
39,95 €

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Fragestellung nach der Autorität im Erziehungswesen. Einerseits scheinen hier Autoritätsbeziehungen brüchig zu werden, was von Vielen auch zunächst als positiv wahrgenommen wird. Diese Annahme sei aber keineswegs unproblematisch, denn andererseits können Pädagog*innen gar nicht umhin, Autorität für sich in Anspruch zu nehmen. Die Texte des Sammelbands beleuchten dieses Spannungsfeld zwischen den traditionellen Vorstellungen einer starken Autorität im Erziehungswesen und der Unmöglichkeit, komplett auf dessen Inanspruchnahme zu verzichten.

Autorität und Autoritarismus sind Begriffe, die nach wie vor zumeist männlich konnotiert sind. Schnell ist das Bild des sprichwörtlichen „starken Mannes“ aufgerufen, der die Massen mit autoritärem Charisma verführt. Dieses Verständnis wird in diesem interdisziplinären Sammelband kritisch beleuchtet und hinterfragt. Inwiefern und mit welchen Zielen lässt sich Autorität auch weiblich denken?

105

Die Literaturempfehlungen wurden von **Annabell Lamberth** lektoriert.

Tagungen und Termine

1 [14th International German Socio-Economic Panel User Conference 2022](#)

Die 14. Internationale Konferenz für SOEP-Nutzer*innen findet vom 30. Juni bis 1. Juli 2022 am DIW in Berlin statt.

2 [Das vermessene Leben](#) [Transformationen der digitalen Gesellschaft](#)

Die Konferenz, veranstaltet von Vera King (Frankfurt), Benigna Gerisch (Berlin) und Hartmut Rosa (Erfurt, Jena), findet vom 1. bis 2. Juli 2022 in Frankfurt am Main am Siegmund-Freud-Institut statt. Eine Online-Teilnahme wird nach Anmeldung möglich sein.

3 [Kulturelle Konflikte in und um Europa](#) [Aktuelle Perspektiven der Kultur- und Europasozio­logie](#)

Die gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen Europasozio­logie und Kultursoziologie findet vom 7. bis 8. Juli 2022 an der FAU Erlangen-Nürnberg statt.

4 [Why focus on gender?](#) [Gender und intersektionale Perspektiven in der politischen Bildung](#)

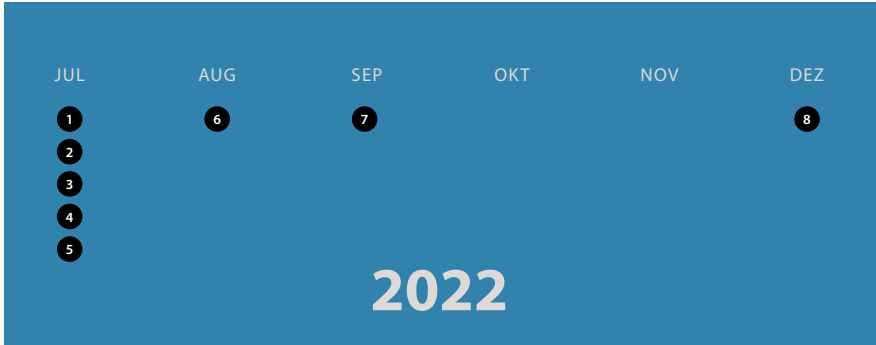
Die Tagung, veranstaltet von der Universität Potsdam in Kooperation mit dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Teilinstitut Bremen und der Arbeitsgruppe Politische Bildung und Gender der GPJE, findet vom 7. bis 8. Juli 2022 an der Universität Potsdam statt. Die Tagung wird in hybrider Form ausgerichtet.

5 [Achte Fuldaer Feldarbeitstage „Leib-Körper-Ethnographie. Erkundungen zum Leib-Sein und Körper-Haben“](#)

Die achten Fuldaer Feldarbeitstage, veranstaltet von Ronald Hitzler, Matthias Klemm, Simone Kreher, Angelika Pofnerl und Norbert Schröer, finden vom 8. bis 9. Juli 2022 an der Hochschule Fulda statt.

6 [Sociology of Emotions](#)

Die Konferenz, veranstaltet vom ESA Research Network 11 „Sociology of Emotions“ und dem SFB 1171 „Affective Societies: Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten“, findet vom 31. August bis 2. September 2022 in Hamburg statt.



7 [41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie](#)

Der 41. DGS-Kongress zum Thema „Polarisierte Welten“ findet vom 29. bis 30. September 2022 an der Universität Bielefeld statt.

8 [Politics of Pasts and Futures in \(Post-\)Imperial Contexts](#)

Die Konferenz, veranstaltet von dem GRK 2571 „Empires“, findet vom 1. bis 3. Dezember 2022 in Freiburg statt.

Die Terminübersicht wurde von **Annabell Lamberth** recherchiert und von **Dominik Dauner** lektoriert.

Redaktionsteam

Andreas Schulz (MA, M.A.), hat u.a. Soziologie in Leipzig, Bern und Wien studiert und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für vergleichende Medien und Kommunikationsforschung (CMC) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Aufgaben: Administration, Heftkoordination, Review und Lektorat.

Annabell Lamberth (B.A.), studiert Soziologie an der TU Berlin. Aufgaben: Heftkoordination, Review, Autor*innenbetreuung und Lektorat.

Cathrin Mund (M.A.), promoviert am Lehrstuhl für Kultur- und Religionssoziologie an der Universität Bayreuth. Aufgaben: Vereinsvorstand, Betreuung wissenschaftlicher Beirat.

Charlotte Huch (M.A.), hat Politikwissenschaft, Wirtschaftspsychologie und Internationale Politische Theorie studiert. Arbeitet und promoviert an der Uni Hamburg im Fachbereich Kriminologie und dem Exzellenzcluster CLICCS. Aufgaben: Lektorat, Social Media.

Dominik Dauner (B.A.), studiert Soziologie an der Universität Heidelberg. Aufgaben: Heftkoordination, Lektorat und Review.

Emma Schaber, studiert Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Aufgaben: Lektorat.

Hannah Lindner (B.A.), studiert Soziologie in Frankfurt/Main. Aufgaben: Vereinsvorstand, Review und Lektorat.

Hendrik Erz (M.A.), hat Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Bonn studiert und ist derzeit Doktorand am Institut für Analytische Soziologie (IAS) an der Universität Linköping (Schweden). Aufgaben: Vereinsvorstand, Blogkoordination und Social Media, Review und Lektorat.

Jan Schuhr (B.A.), studiert in Hannover Soziologie. Aufgaben: Review.

Lucas Steger studiert in Konstanz Politikwissenschaften. Aufgaben: Review.

Luisa Bischoff (M.A.), arbeitet im Graduiertenkolleg 'Doing Transitions' in Frankfurt/Main. Aufgaben: Gleichstellung.

Markus Kohlmeier (M.A.), promoviert an der Universität Duisburg-Essen. Aufgaben: Vereinsvorstand, Finanzen, Anzeigen.

Marlene Müller-Brandeck (M.A.), hat an der LMU München Soziologie studiert. Aufgaben: Gleichstellung.

Michelle Giez (M.A.), hat an der LMU München Soziologie studiert und ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie in Hannover. Aufgaben: Review, Autor*innenbetreuung und Satz.

Nils Haacke (M.A.), hat Soziologie an der Universität Freiburg/Breisgau studiert. Aufgaben: Review und Lektorat.

Tobias Bauer (B.A.), hat Soziologie in Münster und Erlangen studiert. Aufgaben: Lektorat.

Veronika Riedl (MA, BA), studierte Soziologie an der Universität Innsbruck, in Paris und in Montréal. Aufgaben: Vereinsvorstand und Satz.

Danksagung

Das Soziologiemagazin wird – samt dem dazugehörigen Verein – ausschließlich von ehrenamtlich arbeitenden Menschen getragen: Studierende und Absolvent*innen der Soziologie und/oder verwandter Fächer, aber auch Promovierende sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Professor*innen, die sich bei uns als wissenschaftliche Beiräte engagieren. An all diejenigen möchten wir auch diesmal ein herzliches und großes Dankeschön aussprechen. Danke für Eure und Ihre Energie, für die investierte Zeit und Mühe, für Diskussionen und Absprachen sowohl in der Redaktion als auch mit den Autor*innen. Ein solches Engagement ist nicht selbstverständlich und soll deshalb an dieser Stelle dezidiert bedacht, genannt und gewürdigt werden! Des Weiteren durften wir uns auch diesmal mit zahlreichen und diversen Beiträgen auseinandersetzen; vielen Dank an die dazugehörigen Autor*innen, die Lust, Zeit und vielleicht in manchen Fällen auch Mut gefunden haben, ihre Artikel einzusenden und sich dem Review-Verfahren zu stellen. Ohne solche Einsendungen und Rückmeldungen wäre unsere Arbeit frustrierend oder sogar schlicht unmöglich. Außerdem bedanken wir uns beim Verlag Barbara Budrich für die produktive und zuverlässige Zusammenarbeit. So, und das letzte große Dankeschön geht an die Leser*innen unserer Magazine und des Blogs und an die Menschen, die uns auf Facebook, Twitter und YouTube folgen. Aufgrund Eurer starken Unterstützung macht es uns wiederum großen Spaß, das Magazin – mit allem, was dazu gehört – auf die Beine zu stellen und damit auch weiterhin eine Publikationsplattform für Studierende und Promovierende der Sozialwissenschaften zu bieten.

Notizen:

A series of horizontal dotted lines for taking notes.



Jürgen Leibiger

Eigentum im 21. Jahrhundert

Metamorphosen, Transformationen, Revolutionen

2022 – 381 Seiten – 38,00 € – ISBN 978-3-89691-073-8

9. Auflage

Elmar Altvater

Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen

Eine radikale Kapitalismuskritik

2022 – 240 Seiten – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-627-3

„nichts weniger als eine Revolutionstheorie für das
21. Jahrhundert“ Mathias Greffrath in: *Die Zeit*

7. Auflage

John Holloway

**Die Welt verändern, ohne die Macht zu
übernehmen**

aus dem Englischen übersetzt von Lars Stubbe

2022 – 255 Seiten – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-514-6

Kai Lindemann

Die Politik der Rackets

Zur Praxis der herrschenden Klassen

2021 – 155 Seiten – 16,00 € – ISBN 978-3-89691-067-7



Impressum

HERAUSGEBER

soziologiemagazin e.V.
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Soziologie
Konradstraße 6
80801 München

RECHTSSITZ: Halle (Saale)

VEREINSVORSTAND (VISDPR)

Hendrik Erz (Vorsitz), Cathrin Mund (stellv. Vorsitz)
Markus Kohlmeier (Finanzen), Daniel Bräunling,
Hannah Lindner, Veronika Riedl

vorstand@soziologiemagazin.de

REDAKTION

Aljosha Kannewurf, Andreas Schulz, Annabell Lamberth,
Cathrin Mund, Charlotte Huch, Daniel Bräunling, Dominik
Dauner, Emma Schaber, Hannah Lindner, Helen Greiner,
Hendrik Erz, Jan Schuhr, Lucas Steger, Luisa Bischoff,
Markus Kohlmeier, Marlene Müller-Brandeck, Michelle
Giez, Nils Haacke, Tobias Bauer, Veronika Riedl

FRAGEN BITTE AN

redaktion@soziologiemagazin.de

LAYOUT UND SATZ: Michelle Giez, Veronika Riedl
TITELBILD: Sillyconductor: 100 Catronomes. Foto:
Andreas Schulz

ANZEIGEN

Ansprechpartner: Markus Kohlmeier
anzeigen@soziologiemagazin.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom April 2021

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Clemens Albrecht, Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher,
Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Prof. Dr. Ulrich Bröckling, Prof.
Dr. Aldo Haesler, Prof. Dr. Ernst von Kardorff, Prof. Dr. Hubert
Knoblauch, Prof. Dr. em. Reinhard Kreckel, Prof. Dr. Thomas
Kron, Dr. Diana Lindner, Prof. Dr. Kurt Mühler, Dr. Yvonne
Niekrenz, Dipl. Sozialwirt Harald Ritzau, Dr. Cornelia Schad-
ler, Dr. Imke Schmincke, Dr. Jasmin Siri, Dr. Irene Somm,
Prof. Dr. Manfred Stock, Dr. Sylvia Terpe, apl. Prof. Dr. Udo
Thiedeke, Prof. Dr. Georg Vobruba, Dr. Greta Wagner, Priv.-
Doz. Ass.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Weicht

ERSCHEINEN UND BEZUGSBEDINGUNGEN

Jährlich zwei Hefte. Open Access

PREIS:

Einzelheft Print EUR 13,00;
Abonnement Print: EUR 22,00 / Jahr,
Abonnement Print ermäßigt EUR 18,00 / Jahr
(inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten);
E-JOURNAL: kostenlos

Das digitale Angebot finden Sie auf:
sozmag.budrich-journals.de und auf
www.soziologiemagazin.de

BESTELLUNGEN PRINT

bitte an den Buchhandel oder den
Verlag Barbara Budrich
Stauffenbergstr. 7
D-51379 Leverkusen-Opladen
Tel.: +49 (0)2171.79491.50
Fax: +49 (0)2171.79491.69
info@budrich.de
www.budrich.de
www.budrich-journals.de
www.shop.budrich.de

Heft 25, Jg. 15, 2022

© 2022 Verlag Barbara Budrich GmbH
Opladen | Berlin | Toronto
ISSN 2198-980X

© 2022 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung der gleichen CC-BY-4.0-Lizenz und unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenzen.



Dieses Heft steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/soz.v15i1>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden.



Auseinanderdriften

Polarisierung, Radikalisierung und Konflikt

Auf einem sozialen Netzwerk aktiv zu sein, heißt dieser Tage meist, in einen Ort einzutreten, an welchem sich zwei oder mehr Gruppen in der Diskussion rasch unversöhnlich gegenüber stehen – egal, ob das Thema die Klimakrise, die Coronapandemie oder die Migrationspolitik ist. Auch weite Teile der journalistischen und sozialwissenschaftlichen Beobachtung stimmen der Deutungsweise zu: Polarisierung ist ein entscheidendes Charakteristikum des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Klimas.

Die Entstehung von zwei oder auch mehreren gesellschaftlichen „Polen“, zwischen deren Elementen keine überschneidenden Gemeinsamkeiten mehr bestehen, ist keine neue Beobachtung. Dennoch lassen aktuelle Entwicklungen im Kontext politischer Auseinandersetzungen vermuten, dass Lebenswelten unvereinbarer, Meinungen konträrer und Systeme inkompatibler werden und dass Debatten mit immer weniger Kompromissbereitschaft und umso größerer Emotionalität geführt werden.

Zum einen lassen sich Polarisierungstendenzen im Hinblick auf spezifische Milieus und Einstellungsmuster beobachten. Bilden sich hier starke, möglicherweise extremistische Meinungsbilder, die ganze Gruppierungen, wie Rechtsautoritäre, Querdenker*innen oder auch Klimaaktivist*innen polarisieren? Zum anderen fällt der Blick auf gesamtgesellschaftliche Dynamiken. Deuten mögliche Spaltungstendenzen und wechselseitig ansteigende Antipathien zwischen Gruppierungen auf eine insgesamt stärker polarisierte Gesellschaft hin?

Das Thema der Polarisierung lässt sich nicht nur anhand der politischen Auseinandersetzung untersuchen. Vielfältige Fragestellungen, die Polarisierung entlang ökonomischer, kultureller und räumlicher Dimensionen untersuchen, sind denkbar. Auch Fragen nach Medieneffekten oder nach den Auswirkungen von Pluralisierung und/oder Globalisierung stellen in diesem Kontext vielversprechende Ansätze dar. Zuletzt stellt sich auch die Frage, ob die Gesellschaft überhaupt derart polarisiert ist, wie es die mediale und sozialwissenschaftliche Beobachtung mitunter erklären. Ist Polarisierung ein Phänomen, welches in den eingangs erwähnten sozialen Netzwerken zwar auffällt, in vielen Fällen aber nur einen sehr begrenzten Ausschnitt der politischen Auseinandersetzung betrifft?

Das alles (und noch mehr) wollen wir von euch wissen! Schickt uns eure Texte rund um den Themenkomplex der Polarisierung bis zum **1. Juli 2022** an [einsendung\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:einsendung[at]soziologiemagazin.de). Wir freuen uns auf Eure Einsendungen! Hilfestellungen zum Verfassen von Artikeln erhaltet ihr auf unserem Blog unter „**Hinweise für Autor*innen**“.

Das Soziologiemagazin legt Wert auf Chancengleichheit und Diversität. Wir ermutigen daher insbesondere Frauen* und Personen, die einer in der Nachwuchswissenschaft unterrepräsentierten Gruppe zugehörig sind, zu einer Einsendung. Für Fragen zum Thema Gleichstellung und zu unserer Position stehen Euch unsere Ansprechpartner*innen unter [gleichstellung\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:gleichstellung[at]soziologiemagazin.de) gerne zur Verfügung.